Freitag, den 21. Februar 1930 Einzelnummer 10 Pfennige 41. Jahrgang — Nr. 44

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 106, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf, auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Vor folgenschwerer Entscheidung

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Die Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer mit den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien sind vorläufig abgeschlossen. Jetzt wird zunächst der Finanzminister sein Programm zur Deckung des im Etatsentwurf für 1930 enthaltenen Defizits aufstellen und das Kabinett wird dann darüber zu entscheiden haben. Es handelt sich dabei um eine Entscheidung, die für das Kabinett selbst, vor allem aber für das deutsche Wirtschaftsleben, von schicksalsschwerer Bedeutung ist. **Bei den interfraktionellen Besprechungen sind die Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeglichen,** sondern in voller Schärfe herausgearbeitet worden. Trotzdem die Steuersenkungspropaganda, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres von kapitalistischen Interessenvertretern mit Hochdruck betrieben wurde, durch die tatsächliche Entwicklung der Dinge ad absurdum geführt worden ist, werden jetzt doch die Gedankengänge, auf denen sie beruhte, wieder in den Vordergrund gerückt.

Die Etatsdeckungspläne, die von der Deutschen Volkspartei, von den Demokraten und in gewissem Grade auch vom Zentrum vertreten werden, zielen darauf ab, „zur Entlastung der Wirtschaft“ die Verbrauchssteuern auf die Dauer so stark zu erhöhen, daß vom Jahre 1931 ab eine erhebliche Senkung der Besitzsteuern im voraus gesichert wird. Die bürgerlichen Parteien erklären, daß sie nicht in den nächsten Wahlkampf gehen könnten, ohne ihren Wählern Steuererleichterungen mitzubringen. Die Sozialdemokratie aber soll das politische Opfer, die Arbeiterklasse die wirtschaftliche Belastung auf sich nehmen, um den bürgerlichen Parteien die Führung des Wahlkampfes zu erleichtern. Weil sie dazu nicht geneigt ist, machen Blätter vom Schlage der Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie ihre „Machtstellung“ in der Regierung überspanne und mißbrauche.

Die egoistischen Steuerpläne der bürgerlichen Parteien werden mit einer schönklingenden wirtschaftstheoretischen Begründung versehen. Man müsse, so heißt es, aus der Kapitalnot und ihrer Folgeerscheinung, der Wirtschaftsstockung, herauskommen, man müsse mit der Steuersenkung dem Wirtschaftsleben einen neuen Auftrieb geben, man müsse neue Arbeitsstellen für die Millionen Arbeitslosen schaffen. Daran sei auch die Arbeiterklasse in hohem Grade interessiert.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen, 's steht aber doch schief darum. Werden wirklich die Erleichterungen, die der Wirtschaft durch Steuersenkungen gewährt werden sollen, der Förderung der Kapitalbildung und der Belebung der Wirtschaft dienen? Besteht nicht vielmehr die Gefahr, daß sie zum großen Teil zu irrationellen Maßnahmen und zur Verschwendung verwendet werden? Die ganz offen redenden Vertreter dieser Ideen sprechen aus, daß in der kapitalistischen Wirtschaft, zu der sie sich prinzipiell bekennen, dem Unternehmer und Kapitalisten eine „angemessene Rente“ gesichert werden müsse. Mit der „angemessenen“ Rente steht natürlich die angemessene Lebenshaltung, stehen die übersetzten Betriebsleitungen, die steigenden Direktorengehälter, die steigenden Bezüge der Aufsichtsräte usw. in engstem Zusammenhang. Wie in diesen Dingen die Wirtschaft heute wirtschaftet, dafür einige Zahlen: In den Jahren seit 1913 ist bei 604 Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, die Zahl der Direktoren um 50 Prozent, die Zahl der Aufsichtsräte um 45 Prozent gestiegen, obgleich die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen ist. Bei einem Werk, das in der Vorkriegszeit elf Direktoren mit Monatsgehältern von 1000 bis 2000 Mark hatte, waren 1926 nicht weniger als 26 Direktoren mit Monatsgehältern von 4 bis 5000 Mark beschäftigt. Im Zitzmann-Prozeß wurde zeugeneidlich festgestellt, **daß Gehälter in Höhe von 300 000 bis 400 0000 Mark in der Industrie „durchaus üblich“** seien. Ein Zeuge erklärte, daß er selbst ein Gehalt von 304 000 Mark bezogen habe. Die Direktoren der J. G. Farbenindustrie beziehen **Gehälter bis zu 500 000 Mark.** Dem Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie wird ein **Jahresgehalt von 600 000 Mark** zugeschrieben, neben dem die Reichskanzlerpension Cunos in Höhe von 18 500 Mark nur ein bescheidenes Taschengeld darstellt. **So lange die Wirtschaft sich solche Ausgaben für ihre Führer leistet, nehmen sich ihre Klagen über den hohen Steuerdruck recht komisch aus.**

Aber einmal zugegeben, was nicht feststeht, daß eine Steuersenkung in vollem Maße der Kapitalbildung zugute käme, auf welchen Voraussetzungen soll sie aufgebaut werden? Es soll eine Mehrbelastung der Verbraucher eintreten, die ihre Kaufkraft schwächen und damit dem **Wirtschaftsleben jedenfalls zunächst** statt Nutzen **schweren Schaden zufügen würde.** Zur Diskussion steht die Erhöhung der Umsatz- und der Biersteuer. Beide Steuern werden nach der Absicht des Gesetzgebers abgewälzt auf die Konsumenten. Aber es wird den Konsumenten ein weit größerer Betrag aufgebürdet, als der ist, der in die Reichskasse fließt, denn bei jeder Abwälzung wird aufgerundet. Statistische Erhebungen über die letzte Biersteuererhöhung liefern den Nachweis, daß die Biertrinker mehr als das Dreifache des Betrages aufgebürdet bekamen, der an Steuern mehr einging. Man denkt an eine Erhöhung der Biersteuer um 50 Prozent, die 180 Millionen, oder um 75 Prozent, die (bei Berücksichtigung des Konsumrückganges) 250 Millionen mehr erbringen soll. Ist damit eine Mehrbelastung der Verbraucher um 500 bis 750 Millionen verbunden, so entsteht die Frage, wie bei gleichbleibendem Einkommen diese Last getragen wird. Doch nur so, daß der Mehraufwand für Bier am Aufwand für andere Bedürfnisse in Abzug gebracht wird. Das aber bedeutet, daß nicht nur eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Verbraucher, sondern auch eine Produktionseinschränkung in jenen Wirtschaftszweigen, die von der Bedarfsbeschränkung betroffen werden, eintritt. **Die Wirtschaft würde also keinen Auftrieb, sondern eine weitere Lähmung erfahren.** Noch bedenklicher wären die Wirkungen einer Erhöhung der Umsatzsteuer, von der die lebensnotwendigen Verbrauchsgegenstände direkt, nicht indirekt, wie bei der Biersteuer, betroffen werden.

Nun wird eingewandt, die Verlagerung des Steuerdrucks sei notwendig, um die verstärkte Kapitalbildung an den produktionswichtigen Stellen zu erleichtern. Abgesehen davon, daß diese Theorie darauf hinausläuft, den kleinen Leuten die Beteiligung an der Kapitalbildung zu erschweren, entsteht hier die Frage, ob nicht gerade die von diesen Schichten bei den Sparkassen, Versicherungsgesellschaften in Pfandbriefen usw. angelegten Ersparnisse dem zurzeit allerwichtigsten Produktionszweig, nämlich dem Wohnungsbau, zugeführt werden. **Es ist wirtschaftlich viel wichtiger, dem Wohnungsbau das aus unzähligen Bächlein rieselnde Neukapital zuzuführen, als den industriellen Großbetrieben, die weniger unter der Kapital- als unter Absatzmangel leiden,** die Möglichkeit zu geben, große Summen in halb oder ganz stilliegenden Betrieben zu investieren.

Die Arbeiterschaft würde auch über eine Anspannung der Verbrauchssteuern mit sich reden lassen, wenn erstens ein Schutz geschaffen würde gegen eine Verdoppelung und Verdreifachung der Steuerlast bei der Abwälzung, und wenn zweitens die dauernden Mehreinnahmen zur dauernden Sicherung der Sozialleistungen des Reiches verwendet würden. Diesen Bedingungen sind aber die bürgerlichen Parteien, wie die Verhandlungen über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung zeigen, abgeneigt. Der einmalige Mehrbedarf, der vor allem zur Abdeckung der schwebenden Schuld erforderlich ist, muß mit einmaligen Mehreinnahmen, zu denen die leistungsfähigen Schichten heranzuziehen sind, aufgebracht worden.

Bereitet der Reichsfinanzminister ein Deckungsprogramm vor, das diese Gesichtspunkte ignoriert, so ist nicht abzusehen, wie im Reichstag dafür eine Mehrheit zustande kommen soll.

* * *

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Sozialpolitikern der Regierungsparteien über die Deckungsvorschläge für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung sind am Donnerstag abgeschlossen worden, ohne daß eine endgültige Verständigung erzielt worden wäre.

Der Reichsfinanzminister wird nunmehr dem Reichskabinett die erforderlichen Vorlagen zur Deckung des Defizits unterbreiten und vor allem von sich aus Vorschläge darüber machen, wie die Arbeitslosenversicherung vom Standpunkt des Etats aus zu regeln ist und wie der zur Deckung der Ausgaben erforderliche Restbetrag aufgebracht werden kann. Es verlautet, daß der Reichsfinanzminister plant, der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung selbst die Aufgabe ihrer Sanierung aufzuerlegen.

Chautemps beauftragt

Tardieu sagt ab Briand sagt zu

Chautemps erfolgreich?

Paris, 21. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Chautemps erklärte um Mitternacht, daß er mit seiner Arbeit noch heute vormittag fertig zu werden hoffe. Wie Chautemps selbst mitteilt, sollen die wichtigsten Ministerien wie folgt besetzt werden:

Ministerpräsident und Innenminister: Chautemps, Außenminister: Briand, Justizminister: Desnard, Finanzminister: Dumont (bisher Berichterstatter für das Budget im Senat) oder Pietri, Schatzminister: Palmade (bisher Berichterstatter für das Budget in der Kammer), Kriegsminister: Flandin, Marineminister: Danielou oder Pietri, Unterrichtsminister: Daladier, Kolonialminister: Sarraut, Landwirtschaftsminister: Queuille, Arbeitsminister: Loucheur und Luftfahrtsminister: Laurent-Eynac.

Das neue Kabinett, das wohl ohne weitere Schwierigkeiten, wenn auch die Besetzung des Finanzministeriums nicht endgültig feststeht, zustande kommen kann, besteht also in seiner überwiegenden Mehrheit aus streng republikanischen Ministern. Nur zwei, Pietri und Flandin, stammen aus dem linken Zentrum und fallen ihrer politischen Position aus dem Rahmen der früheren Kartellkabinette der Jahre 1924/25 heraus. Falls die Regierung trotz dieses „Schönheitsfehlers“ die einstimmige Unterstützung der Sozialistischen Partei findet, die hier als einer Minderheitsregierung unbedingt notwendig ist, kann sie mit einer sicheren Mehrheit von 320 bis 350 Stimmen rechnen, genügend also, um selbst in schwierigen Stürmen bestehen zu können.

Paris, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht).

Der frühere Innenminister Herriots und Nachfolger Daladiers in der Führung der radikalen Kammerfraktion Chautemps, der am Donnerstag vom Präsidenten der Republik mit der Neubildung des Kabinetts betraut wurde, hat sofort die üblichen Besprechungen aufgenommen. Von vornherein gab es für ein Kabinett unter radikaler Führung zwei Möglichkeiten: Ein Ministerium auf kartellartiger Grundlage mit der parlamentarischen Unterstützung der Sozialisten, oder eine Koalition, die, um ohne die Sozialisten eine hinreichende Mehrheit zu haben, von den Radikalen bis einschließlich zur Maginot-Gruppe reichen müßte. Chautemps hatte sich bereits am Mittwoch abend für die zweite Möglichkeit entschieden; er zieht unabhängig von den Sozialisten eine Majorität der „republikanischen Konzentration“ vor.

Chautemps dürfte bei seinen Versuchen auf beträchtliche Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Partei stoßen, da der linke (Daladier-)Flügel der Radikalen sich aufs heftigste gegen eine Zusammenarbeit mit Maginot, Tardieu und deren Umgebung sträubt. Es ist infolgedessen alles noch in der Schwebe, und so lange der junge und energische Chautemps sein Kabinett nicht fix und fertig auf dem Papier hat, würde jede Vorhersage über ein Gelingen oder Mißlingen seiner Mission auf ein mühseliges Rätselraten hinauslaufen.

Der bisherige Ministerpräsident Tardieu hat eine Aufforderung Chautemps, in sein Kabinett einzutreten, abgelehnt. Briand hat bereits eine Zusage erteilt.

Bravo!

Keine Abtrennung des Polenabkommens vom Haager Vertrag

Berlin, 20. Februar. (Eigener Bericht.)

Die Reichsregierung beschloß am Donnerstag, es bei ihren früheren Entscheidungen über die gemeinsame Verabschiedung des Young-Planes und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zu belassen.

* * *

Es ist sehr erfreulich, daß die Reichsregierung gegenüber der sachlich völlig unbegründeten und nur aus übelstem Polenhaß entspringenden Hetze der deutschen Nationalisten und der oberschlesischen Schreier festgeblieben ist.

Das unvermeidliche Echo aus Polen

Scharfe Worte gegen Deutschland im Sejmausschuß

Warschau, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In der Debatte der Außenkommission des Sejm über ein Exposé des polnischen Außenministers erklärte der nationaldemokratische Redner am Donnerstag, daß die Beziehungen zu Deutschland sich nicht gebessert, sondern im Gegenteil verschlechtert hätten. Der Redner des Regierungsblocks erklärte, daß Polen im Liquidationsvertrag große Opfer gebracht habe und der Wert dieses Vertrages noch untersucht werden müsse. Ein Abgeordneter der linksradikalen Bauernpartei, Wyzwolenie, betonte, daß seine Partei die politische Bereinigung der deutsch-polnischen Beziehungen unterstütze. Aus der Debatte im Reichstag könne man jedoch entnehmen, daß die deutsche Demokratie gefährliche Wege beschreite, indem sie im Augenblick der Liquidierung der Kriegsfolgen den territorialen Besitzstand ihres Nachbarn angreife.

Nach der üblen Hetze in Deutschland gegen das Liquidationsabkommen war nichts anderes zu erwarten.

Die Mißhandlungen der Landarbeiter

Der Landwirtschaftsminister bestätigt die sozialdemokratischen Beschwerden — Schlesiens Landwirtschaft besonders bloßgestellt — Die Verschuldung der Landwirtschaft ist gesunken

Berlin, 20. Februar. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des preußischen Landtages stand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Landwirtschaftsetats. Zur Geschäftsordnung beantragte Abg. Jürgensen (Soz.), die sozialdemokratische Interpellation über den Boykott der Stadt Neumünster durch staatlich unterstützte Viehzuchtvereine mit auf die Tagesordnung zu setzen. Da dem Antrag von der Rechten widersprochen wurde, konnte ihm nicht stattgegeben werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger:

Die langfristige Verschuldung der preußischen Landwirtschaft ist im Jahre 1929 nicht gestiegen. Das ist kein Zeichen für eine Besserung der Lage der Landwirtschaft, sondern lediglich eine Folge des stockenden Pfandbriefabsatzes. **Wird im Reich die Gefahrengemeinschaft der Versicherungsanstalten Gesetz, dann wird die letzte Quelle für die Hypothekenbeschaffung der Landwirtschaft gänzlich versiegen.** (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei zeigen die 6000 Anträge auf 70 Millionen Hypothekar-Kredit, die allein in der Provinz Ostpreußen vorliegen, wie groß der Kreditbedarf der Landwirtschaft noch ist. **Auch der Personalkredit ist in der Landwirtschaft in den letzten beiden Vierteljahren 1929 um mehrere hundert Millionen Mark zurückgegangen.** Die Rückflüsse sind vor allem der Preußenkasse zugute gekommen, die Zinserleichterung beträgt etwa 20 Millionen. Aber auch hier ist es fraglich, ob die Rückzahlung aus Ueberschüssen erfolgt ist oder nicht vielmehr aus der Substanz der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft braucht in erster Reihe die ausreichende Versorgung mit einheimischen Arbeitskräften. Wir müssen nach Möglichkeit die Arbeiter auf dem Lande erhalten und durch eine individuell geleitete Arbeitsvermittlung arbeitslose städtische Jugendliche auf das Land zurückführen. **Die landwirtschaftlichen Unternehmer in allen östlichen Provinzen haben die Tarife zwecks Lohnabbau gekündigt.** Ich hoffe, daß mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen diese Konflikte ohne Erschütterung der Wirtschaft ausgeräumt werden.

Zu meinem großen Leidwesen muß ich bestätigen, daß die sozialdemokratischen Beschwerden über unwürdige Behandlung von Landarbeitern sich in einer nicht geringen Anzahl von Fällen bestätigt haben.

(Stürmisches Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe zunächst festgestellt, daß ich über diese Fragen von den nachgeordneten Stellen mangelhaft unterrichtet werde. Denn sämtliche vom Abgeordneten Grötzner im Hauptausschuß vorgetragenen Fälle waren meinem Ministerium überhaupt unbekannt. (Hört, hört! links.) **Bei uns festgestellt wurden 46 Fälle körperlicher Mißhandlung aus dem Jahre 1929,** von denen 30 Fälle gerichtlich verfolgt worden sind; **in 23 Fällen ist gerichtliche Bestrafung erfolgt.** Die Provinzen Ostpreußen und Schlesien stehen dabei an erster Stelle. (Hört, hört! links.) Von den neuen Tarifverträgen in der Landwirtschaft erhoffen wir dringend eine Verbesserung des Hofgängerwesens, das jetzt die Quelle zahlloser Rechtsstreitigkeiten ist. Zur Ueberwindung der Landflucht muß ein viel besseres Verhältnis zwischen den beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Großbetriebe der Landwirtschaft stellen sich immer mehr auf Saisonarbeit um. **Darum wird es immer dringender, die Landarbeiter auf eigener Scholle seßhaft zu machen.** Neben dem Bau von Landarbeiterwohnungen, den der Wohlfahrtsminister fördert, dient dazu die Ansiedlung der Landarbeiter. Wir geben den Landarbeitern Rentengüter von zirka 2 Hektar und gewähren ihnen noch 1000 Mark unverzinslichen Einrichtungskredit. In den Grenzgebieten stehen uns dafür Reichsmittel zur Verfügung.

Die Förderung der Landwirtschaft erfolgt weniger durch die Praktiker als durch die Forschung. Den Arbeiten der Forschungsinstitute unserer Hochschulen muß vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Leider geht die Zahl der landwirtschaftlichen Studierenden von Jahr zu Jahr zurück und nur noch ein Drittel von ihnen stammt aus der Landwirtschaft selbst. Die landwirtschaftliche Fachschule besuchen 80 Prozent der Knaben, aber nur 10 Prozent der Mädchen. Wir müssen endlich für die ländliche Berufsschule einen genügenden Staatszuschuß durch Gesetz festlegen.

In der Landwirtschaft selbst fördern wir die Versuchsringe des Großgrundbesitzes und der Bauernschaft, die zweckmäßigerweise getrennt gehalten werden, die Meliorationen, soweit die Wirtschaftlichkeit gegeben ist und im Westen die Umlegungen. Auch die Roggen- und Kartoffelnot kann eine allgemeine Aufteilung des Großgrundbesitzes nicht begründen. Ostpreußen zeigt z. B. auf dem Gebiete der Viehzucht eine entschiedene Ueberlegenheit des Großgrundbesitzes. Ich fasse die Anschauungen der preußischen Landwirtschaftsverwaltung dahin zusammen:

1. Die wichtigsten Grundlagen der modernen Landwirtschaft sind Forschung und Bildung.
2. Voraussetzung der Erhaltung und Steigerung der Produktion ist die privatwirtschaftliche Rentabilität, die nur durch Zusammenwirken von Staatshilfe und Selbsthilfe hergestellt werden kann.
3. Anzustreben ist eine gesunde Mischung von kleinem, mittlerem und großem Grundbesitz, angepaßt den verschiedenen natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen.
4. Das Genossenschaftswesen ist der Landwirtschaft in weitestem Umfange nutzbar zu machen.
5. Im Interesse des Wirtschaftsfriedens ist der Abschluß von Tarifverträgen und der Bau von Eigenheimen zu fördern.
6. Die Landwirtschaft bedarf genügenden Zollschutzes, wo sie durch besonders günstige Wettbewerbsbedingungen des Auslands bedroht ist: die Landwirtschaftlichen Zölle müssen untereinander und mit den Industriezöllen abgestimmt sein.
7. Die Handelsverträge dürfen den Seuchenschutz der Landwirtschaft nicht antasten.
8. Zu der Steuergesetzgebung ist zu beachten, daß die Landwirtschaft entgegen der syndizierten Industrie der freien Preisbildung unterliegt und Lasten nicht abzuwälzen vermag. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. **Schiffer** (D. Vp.) dankt den Gewerkschaften für ihr Eintreten für Deklarations- und Gewichtszwang beim Roggenbrot.

Abg. **Wachhorst de Wente** (Dem.): Die Differenz des Preises beim Landwirt und beim Konsumenten zwingt geradezu zum Ausbau des genossenschaftlichen Verkehrs. **Die Landwirtschaft stößt aus parteipolitischer Voreingenommenheit die helfende Hand zurück.** Hätte ein deutschnationaler Ernährungsminister den vierten Teil dessen für die Landwirtschaft getan, was der jetzige Reichsernährungsminister Dietrich tut, so würde der Landbund ihn bejubeln. (Sehr wahr! links.)

Abg. **von Detten** (Wirtschp.): Wir fordern Erhöhung der Zölle und Drosselung jeder ausländischen Einfuhr. Aehnlich äußern sich Abg. **Keller** (Bauernp.) und Abg. **Lohse** (Natsoz.). Die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

Vorwürfe an die falsche Adresse

Zentrumsmann Andre spielt sich als Sozialpolitiker auf, indem er flunkert.

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Andre, jetzt Präsident der Landesversicherungsanstalt Württemberg, veröffentlicht in der christlichen Gewerkschaftspresse einen Artikel, in dem er der Sozialdemokratie wegen des Stillstandes der Sozialpolitik schwere Vorwürfe macht. Sie sei verantwortlich, daß im Jahre 1929 die Reichsbeiträge für die Invalidenversicherung in Reichsschatzanweisungen, statt in barem Gelde ausgezahlt worden seien. Sie treffe auch die Verantwortung dafür, daß die Zollmittel für das Jahr 1929 in Höhe von 40 Millionen bisher nicht ausgezahlt wurden. Auch die Nichtausführung der im Sommer vergangenen Jahres beschlossenen Lex Brüning, soweit die Ueberweisungen an die Invalidenversicherung in Betracht kommen, sei ihre Schuld. Schließlich liege auch die Entscheidung darüber, ob die Reserven der Invaliden- und Angestelltenversicherung für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen werden, in erster Linie bei der Sozialdemokratie.

Für Herrn Andre, der nach wie vor ein treuer Anhänger des Zentrums ist, scheint es demnach selbstverständlich zu sein, daß das Zentrum in allen sozialen Angelegenheiten auf der Seite der Reaktion steht. Denn da er für die oben erwähnten Dinge nur die Sozialdemokratie mit Vorwürfen bedenkt, **obwohl das Zentrum genau die gleiche Haltung eingenommen hat wie die Sozialdemokratie,** muß Herr Andre doch der Meinung sein, daß Vorwürfe an die Adresse des Zentrums nichts nützen. Trotzdem ist **das Verhalten des Herrn Andre unehrlich.** Denn er weiß, daß die Sozialdemokratie infolge ihrer Stellung als Flügelpartei sehr viel geringeren politischen Einfluß hat als das Zentrum als Mittelpartei. Diese Machtstellung des Zentrums, die es zugunsten besitzender Bevölkerungskreise sehr oft durch eine Mehrheitsbildung mit der Rechten ausgenutzt hat, hat es sehr viel weniger zur Mehrheitsbildung mit der Sozialdemokratie veranlaßt.

Aber auch eine Prüfung im einzelnen zeigt die mangelnde Berechtigung der Vorwürfe des Herrn Andre. Die Auszahlung der Reichsbeiträge zur Invalidenversicherung im Jahre 1929 ist zwischen dem Reich und den Trägern der Invalidenversicherung freiwillig vereinbart worden. Das Zentrum hat gegen diese Vereinbarung niemals Bedenken erhoben, sondern sie als eine Notmaßnahme des Reiches verteidigt. Die Zollmittel von 40 Millionen für die Gesundheitsförderung durch die Invalidenversicherung sind dank der Anstrengungen des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell im Jahre 1920 in voller Höhe in den Etat eingestellt worden. Im Jahre 1930 haben die Zentrumsminister im Kabinett mitgeholfen, daß von dieser Summe 20 Millionen gegen Wissell und die übrigen sozialdemokratischen Reichsminister gestrichen wurden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Streichung rückgängig zu machen suchen. Werden die Freunde des Herrn Andre im Zentrum dabei helfen? Die Abänderung der Lex Brüning ist gegen die Sozialdemokratie durchgesetzt worden. Die Freunde des Herrn Andre in den Länderregierungen, insbesondere die württembergische Regierung, sind in erster Linie dafür verantwortlich, daß der Reichsrat der Ausführung dieses Gesetzes Schwierigkeiten bereitet. Auch hier werfen wir die Frage auf, ob das Zentrum an der Seite der Sozialdemokratie stehen wird, wenn dieser Beschluß im Reichstag rückgängig gemacht werden soll. Und schließlich sei darauf verwiesen, daß der Versuch von Dr. Moldenhauer, die Sozialversicherung für die Lasten der Arbeitslosenversicherung haftbar zu machen, **entschiedenste Ablehnung bei der Sozialdemokratie, aber wohlwollendstes Verständnis, ja sogar Unterstützung beim Zentrum gefunden hat.**

Kann man sich nach solchen Proben von „Sachlichkeit" und „christlicher Ehrlichkeit" darüber wundern, daß Herr Andre am Schlusse seines Artikels die Frage aufwirft, warum man denn nicht daran denke, auch andere Kreise als die Arbeiter zu den Lasten heranzuziehen. Die Sozialdemokratie verlangt, daß die leistungsfähigen Schichten zu den Lasten, die letzten Endes durch den Krieg und seine zerstörenden Wirkungen hervorgerufen sind, herangezogen werden. Kann Herr Andre dasselbe für das Zentrum sagen? Will Herr Andre dafür sorgen, daß der Gedanke eines Notopfers der Leistungsfähigen die Unterstützung des Zentrums und damit eine Mehrheit findet? Und will Herr Andre, wenn das nicht der Fall ist, und die Sozialdemokratie allein bleibt, wiederum sie für das verantwortlich machen, was seine politischen Freunde verschuldet haben?

Bei einem Manne, der sich durch seine politischen Leidenschaften zur Mißachtung jeder Sachlichkeit verleiten läßt, muß man schließlich auf alles gefaßt sein.

Die Bestimmungen des deutsch-polnischen Roggenabkommens

Das gestern in Warschau unterzeichnete deutsch-polnische Roggenabkommen ist entgegen anderslautenden Meldungen nicht bis zum 1. Juli 1931, sondern nur für die Dauer von etwa vier Monaten, nämlich bis zum 30. Juni des laufenden Jahres abgeschlossen worden. Es wird indessen mit einer Verlängerung des Vertrages gerechnet. Der Vertrag sieht im Interesse der Landwirtschaft beider Länder eine Regelung vor, die dem bisherigen Zustande einer gegenseitigen Unterbietung auf den in Frage kommenden Auslandsmärkten ein Ende bereiten soll. Um eine möglichst gute Verwertung der beiderseits zum Export gelangenden Mengen zu gewährleisten, erfolgt eine Kontingentierung der Ausfuhr und eine Festsetzung von Mindestpreisen. Es wird eine deutsch-polnische Kommission für die Ausführregelung gebildet und zur Durchführung der mit diesem Vertrage verbundenen geschäftlichen Tätigkeit wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschafter fungieren als Treuhänder, und zwar auf deutscher Seite die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft, auf polnischer Seite die staatliche Getreidestelle. Die Regierungen haben sich vorbehalten, gegebenenfalls später andere Stellen mit den betreffenden Funktionen zu betrauen. Der Sitz der Kommission soll nach den Gesichtspunkten wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit gewählt werden, zunächst ist es Berlin. Deutsche Einfuhrscheine und polnische Ausfuhrscheine sollen in Zukunft nur für solche Roggenmengen gewährt werden, die durch die Kommission verkauft werden. Die zur Ausfuhr gelangende Roggenmenge wird auf die beiden Staaten nach dem Verhältnis von 3 : 2 verteilt. Die Festsetzung der Mindestpreise soll je nach der Marktlage erfolgen, um eine möglichst günstige Verwertung der Roggenmengen zu gewährleisten.

Konferenz Rauscher-Zaleski

Fortschritte in den Handelsvertragsverhandlungen

Zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau Rauscher und dem Außenminister Zaleski hat gestern eine Konferenz stattgefunden, die den zurzeit unter Teilnahme mehrerer Sachverständiger der deutschen Wirtschaft intensiv betriebenen Arbeiten an dem Handelsvertrag galt. Wie es heißt, konnten **in mehreren Punkten gewisse Fortschritte in den Verhandlungen festgestellt werden** und es wird von Optimisten bereits für die nächste Zeit die Möglichkeit eines Vertragsabschlusses in Aussicht gestellt.

Ruhige Parlamentswahlen in Japan

Die japanischen Parlamentswahlen sind vollkommen ruhig verlaufen. Von den 12 Millionen Wahlberechtigten sind schätzungsweise zehn Millionen zur Urne gegangen. Man vermutet, daß die gegenwärtige Regierung mit einer kleinen Mehrheit wiedergewählt worden ist.

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebertragen von Max E. Schirmer

51) [Nachdruck verboten]

Paul Amery hatte die verhängnisvolle Gabe, Leute zu erschrecken. Mr. Tupperwill sprang bei diesen Worten vom Stuhle.

„Stillman?" stammelte er. „Ich — verstehe Sie nicht."

„Niemand versteht mich!" sagte Amery, „aber das kommt daher, weil ich zu deutlich spreche. Sie führen das Konto eines Mannes Stillman — ein viel größeres Konto als das meinige und viel gefährlicher. Stebbings-Bank würde es überleben können, mich in seinen Büchern zu führen, aber Stillmans Konto wird Sie, Ihr ganzes Vermögen und Ihre Bank in einen so dicken Schlamm stürzen, daß Sie daran ersticken werden."

Der Bankier starrte ihn einen Augenblick erschrocken an, dann versetzte er: „Ich verweigere es ganz entschieden, über die Geschäfte meiner Bank zu sprechen", und schlug mit der Hand auf den Tisch. „Es ist schändlich — ungeschäftsmäßig! Sie erlauben sich, Herr..."

Amery brachte ihn durch eine Handbewegung zum Schweigen.

„Das kann alles möglich sein. Aber ich kann Ihnen sagen, daß Stillman, wenn ich mich über seine Person nicht sehr irre, tödlicher wirkt, als das Gift einer Schlange."

„Ich weigere mich, über die Angelegenheit zu sprechen", rief Mr. Tupperwill zornig und drückte auf den Klingelknopf. „Herr, Sie sprechen über eine Dame — eine reizende Dame — eine Dame, die, obgleich sie nur eine untergeordnete Stelle in Ihrem Geschäft in der City einnimmt, doch meine Achtung und meine Bewunderung verdient."

Amery schaute ihn erstaunt an. „Eine Dame?" sagte er ungläubig. „In der City — in meinem Geschäft? Herr Gott!"

XXXII.

John Stillman, der geheimnisvolle Kunde der Stebbings-Bank, war Elsa Marlowe! Der Unheimliche konnte den Bankier mit dem roten Gesicht nur sprachlos anstarren. Maurice Tarns Nichte? War sie trotz alledem in die Sache verwickelt?

„Ich nehme an, daß Sie über Miß Marlowe sprechen?"

„Ich spreche über niemand, Herr." Vor Wut flog Mr. Tupperwills Stimme ganz heiser. „Sie wollten, daß ich ein heiliges Geheimnis verrate. Das kann ich Ihnen nicht verzeihen."

Der Buchhalter trat jetzt ein.

„Weisen Sie Major Amery aus diesen Räumen, und unter keinen Umständen darf er wieder zugelassen werden!"

Amery schaute ihn immer noch an.

„Entweder hat man Sie sehr getäuscht, oder Sie lügen, Tupperwill", sagte er. „Miß Marlowe hat bei Ihnen weder in ihrem eigenen noch in einem anderen Namen ein Konto."

„Ich lehne es ganz entschieden ab, noch ein Wort zu reden. Dort ist die Tür, Herr!"

Der Besucher wollte noch etwas erwidern, aber er unterließ es und ging hinaus.

Eine Viertelstunde lang saß Mr. Tupperwill vor Wut kochend da, und am Ende dieser Zeit hatte er sich genügend erholt, um nach seinem Buchhalter zu klingeln.

„Bringen Sie mir Mr. Stillmans Konto!" befahl er kurz.

„Ich wollte schon mit Ihnen darüber sprechen, Sir!"

„Ist nicht nötig!" fuhr ihn der Bankier an. „Bringen Sie nur das Konto!"

In wenigen Minuten wurde ihm ein aufgeschlagenes Buch vorgelegt, und er gewann seine alte Höflichkeit wieder.

„Sie müssen mir meine — eh — Verdrießlichkeit verzeihen, aber Major Amery hat mich geärgert — er hat mich sehr geärgert."

Er schaute auf die vor ihm aufgeschlagene Seite nieder, und sein Gesicht verfinsterte sich.

„Er hat es nicht überzogen", meinte er.

„Nein, er hat es nicht überzogen, aber das ist auch alles, was man sagen kann. Seine Spekulationen sind kolossal gewesen. Schauen Sie sich es an!" Er fuhr mit dem Finger die Zahlenreihe herunter. „Alles Maklerschecks. Er hat in Angora Oel spekuliert. Wir hatten eine Unmenge Aktien von ihm, aber binnen einer Woche sind sie von siebenundfünfzig auf dreizehn gefallen. Ich wollte Sie schon bitten, mit Mr. Stillman zu sprechen."

„Haben Sie ihn niemals selbst gesprochen?" fragte der Bankier, ohne aufzuschauen.

„No, Sir, das Konto wurde durch Sie eröffnet, und ich kann mich nicht erinnern, daß der Bankier jemals in der Bank war. Mir kam die Unterschrift auf den Schecks wie eine Damenhandschrift vor."

„Schon gut, schon gut, Thomas!" meinte Mr. Tupperwill mürrisch. „Ich will Mr. Stillman selbst schreiben. Soviel ich ersehen kann, hat er in einem halben Jahre über eine Viertelmillion verloren." Er schloß das Buch mit großem Geräusch und winkte, daß es weggenommen werden sollte.

Eine Viertelmillion, dachte er erschrocken — auf die Straße geworfen!

Für Mr. Tupperwill war Kapital ein lebendes Wesen, und es schmerzte ihn, wenn es grausam behandelt wurde. Eine Viertelmillion war in nichts zerstückelt worden. Schon der Gedanke daran war ihm schrecklich. Er nahm einen Briefbogen und fing zu schreiben an. Als er zur Hälfte fertig war, las er ihn mit einem unzufriedenen Gesichtsausdruck durch, ging an den Kamin, zündete ein Streichholz an und beobachtete, wie das Papier sich in gekräuselte Asche verwandelte. An diesem Tage arbeitete er nicht mehr, denn er war zu sehr mit seinen Gedanken beschäftigt.

Gegen vier Uhr klingelte er nach dem Buchhalter.

„Stillmans Konto beunruhigt mich sehr!" sagte er. „Wenn ich mich nicht sehr täusche, ist Stillmann das Pseudonym einer jungen Dame, die vor Jahren bei der Bank eingeführt wurde. Damals war mir versichert worden, daß sie ein großes Vermögen geerbt hätte."

„Ist das so?" fragte der Buchhalter, als wenn ihn nichts in Erstaunen setzte. „Eine adlige Dame?"

„Nein, keine adlige Dame", antwortete Mr. Tupperwill verlegen. „Sie bekleidet sogar eine sehr untergeordnete Stellung in einem Londoner Geschäftshaus. Soweit ich mich erinnern kann, wollte sie sich für eine kaufmännische Laufbahn vorbereiten und hat ganz unten angefangen. Ich muß sagen, daß mir die Invasion des gemeinen Geschäftskampfes durch das zartere Geschlecht nicht gefällt, aber das hat damit nichts zu tun."

„Was soll ich tun, wenn noch weitere Schecks vorgelegt werden?" fragte der Buchhalter. „Mr. oder Miß Stillan hat nur ein sehr niedriges Guthaben."

Mr. Tupperwill schaute die Decke an. „Ich glaube, man sollte die Schecks honorieren", sagte er ruhig. „Ja, man müßte sie honorieren, selbstverständlich wenn sie nicht auf zu große — ich meine übermäßige — Summen lauten."

„Das wollte ich wissen!" bemerkte der Buchhalter. „denn soeben habe ich einen Scheck für fünfundzwanzigtausend Pfund von Stillman erhalten, und fünfzig Pfund sind nur auf dem Konto."

Mr. Tupperwill wurde blaß.

(Fortsetzung folgt.)

Die Genfer Zollkonferenz

Abschluß der Generaldebatte — Einsetzung von Ausschüssen

Genf, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Wirtschaftskonferenz schloß am Donnerstag die allgemeine Aussprache. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Teilung der Konferenz in zwei Ausschüsse vorgesehen.

Der erste Ausschuß soll auf Grund des vorliegenden Konventionsentwurfs versuchen, ein Abkommen über den Zollfrieden fertigzustellen. Er wird sich in der Hauptsache mit fünf Fragen beschäftigen müssen, über die die Forderungen in der allgemeinen Aussprache stark auseinander gingen. Es handelt sich um den Stichtag, um das Verhältnis des Abkommens zum Meistbegünstigungsrecht der Handelsverträge, um die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung der Landwirtschaftszölle, um die Dauer des Zollfriedens und um die Definition der Fiskalzölle, da der Vertreter Portugals und andere Staaten darauf hinwiesen, daß bei dem in ihren Ländern vorherrschenden Zollsystem eine reinliche Scheidung von Fiskal- und Schutzzöllen kaum vorzunehmen sei.

Der zweite Ausschuß soll ein Programm für die Wirtschaftsverhandlungen während des Zollfriedens ausarbeiten. Es handelt sich vor allen Dingen um die von den Nachfolgestaaten geforderten regionalen Abkommen, um die von den Freihandelsstaaten gewünschte schleunige Inangriffnahme von Zollherabsetzungen für einzelne Warengruppen und natürlich auch um das Problem eines organisierten Austausches von Landwirtschafts- und Industrieprodukten. Graf Moltke ließ sich den Holländer Colijn, der schon auf der ersten Wirtschaftskonferenz als Vorsitzender der Handelskommission und später als Präsident der Ein- und Ausfuhrkonferenz eine große Rolle spielte, sowie den rumänischen Finanzminister als Vizepräsidenten an die Seite geben. Colijn dürfte Präsident des Zollfriedensausschusses werden, während der Rumäne dem anderen Ausschuß vorstehen wird. Die Kommissionen sollen nach Bedarf Unterausschüsse bilden. Für die Kommissionsberatungen sind 14 Tage in Aussicht genommen, wobei Graf Moltke die Hoffnung aussprach, daß die aktiven Minister, die fast ausnahmslos gegen Ende der Woche Genf verlassen müssen, nach Abschluß der Ausschußberatungen wiederkehren werden, um bei den Schlußberatungen ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen.

Aus der Debatte des Donnerstag verdient hervorgehoben zu werden eine Warnung des Vertreters Hollands vor einer Befolgung der italienischen Isolationspolitik und vor den Folgen, die eine ergebnislose Konferenz für die Zollpolitik Europas haben würde. Der Schweizer Bundesrat Schultheß wies sehr nachdrücklich darauf hin, daß die Schweiz jeden Gedanken an ein Paneuropa oder an eine europäische Zollunion strikt ablehne. Der Vertreter Frankreichs erklärte, daß Frankreich infolge der ungeklärten innenpolitischen Verhältnisse sich seine Stellungnahme vorbehalten müsse. Der grundsätzlichen krassen Absage Italiens hat sich in der allgemeinen Aussprache kein weiteres Land angeschlossen. Andererseits waren die grundsätzlichen Mitarbeitserklärungen der meisten Staaten so unbestimmt, daß aus ihnen für den Erfolg der Ausschußberatungen noch keine Folgerungen gezogen werden können.

Journalistische Lumperei der „Deutschen Zeitung"

Aus Agitationsbedürfnis die Interessen Deutschlands geschädigt

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses des Reichstages gab der Vorsitzende, Abg. Scheidemann (Soz.), am Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Erklärung ab:

„Die „Deutsche Zeitung" vom 18. Februar hat unter der Ueberschrift „Ein Skandal ohne Ende" einen Artikel gebracht, in dem sie die Ausschußverhandlungen über den Youngplan und die Berichterstattung darüber als eine Irreführung und einen historischen Skandal bezeichnet. Die „Deutsche Zeitung" betont weiter, daß sie es für ihre Pflicht hält, den Schleier der Vertraulichkeit ohne jede Rücksichtnahme zu zerreißen. Sie will sich nicht darum kümmern, ob der Ausschuß strengste Vertraulichkeit beschlossen hat oder nicht. In diesem Sinn bringt die „Deutsche Zeitung" dann auch gleich in derselben Ausgabe einen Bericht über die vertrauliche Sitzung, in der über die Frage des Moratoriums verhandelt worden war. Ich bin der Ansicht, der Ausschuß kann sich ein solches Verhalten nicht gefallen lassen. Wenn der Ausschuß den Beschluß faßt, vertraulich zu verhandeln, muß der Beschluß auch strikt durchgeführt werden. Die Annahme, die zunächst nahe lag, daß der Artikel auf Grund von Indiskretionen eines Ausschußmitgliedes zustande gekommen sei, hat sich erfreulicherweise nicht als richtig herausgestellt. Vielmehr scheint sich der Vorgang so abgespielt zu haben, daß sich ein Vertreter der „Deutschen Zeitung" auf die Journalistentribüne geschlichen hatte, deren Tür durch ein Versehen des Reinigungspersonals des Reichstages kurze Zeit unverschlossen geblieben war. Wenn wir hier den Beschluß fassen, vertraulich zu verhandeln, so tun wir das nicht, um der Presse ihre Arbeit zu erschweren, sondern aus vaterländischen Interessen. Aber das, **was die „Deutsche Zeitung" getan hat, ist genau das Gegenteil dessen.** Der Artikel gibt die Verhandlungen zum Teil ganz falsch, zum Teil entstellt wieder. **Er ist geeignet, das deutsche Interesse auf das allerschwerste zu gefährden.** Ich hoffe, daß Reichstagspräsident Löbe energisch durchgreifen und dem betreffenden Journalisten die Reichstagskarte entziehen wird."

Abg. Graf von Westarp (Dnat.) behauptet, daß die Berichterstattung der „Deutschen Zeitung" sich auf Beratungen über das Schiedsgericht bezogen habe, die nicht vertraulich waren. Dem widerspricht der Abgeordnete Dr. Hoetzsch (Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft). Abg. Koch-Weser (Dem.) stellt fest, daß sich der in Frage kommende Journalist des Hausfriedensbruches schuldig gemacht habe und zur Anzeige gebracht werden müsse.

Dann wird der am Mittwoch zurückgestellte § 21 des Reichsbankgesetzes, der die Lombardfähigkeit von kommunalen Schuldverschreibungen anerkennt, gegen 15 Stimmen angenommen. Es folgt die Beratung über die Sanktionsfrage. Die Verhandlungen werden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten für vertraulich erklärt.

Eine Zierde des Journalistenstandes

Der Redakteur der Berliner „Deutschen Zeitung", Joachim Nehring, der eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Reichstages unter einer Bank belauschte, hat eine „rühmliche" Vergangenheit. Der „Vorwärts" weiß über diesen Spitzel folgendes mitzuteilen:

„Als vor einigen Jahren in Danzig gewerkschaftliche und pazifistische Organisationen eine Totengedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges veranstalteten, in der der greise Professor Quidde die Totengedenkrede hielt, warf Nehring während dieser Rede eine Stinkbombe. Er ergriff sofort die Flucht, wurde aber gestellt. Wie es bei diesen Helden von rechts üblich ist, leugnete er, die Stinkbombe geworfen zu haben. Es war aber nicht schwer, ihn zu überführen, denn den Korken trug er noch in der Tasche. Er wurde wegen dieser Handlung zu einer geringfügigen Strafe von 24 Gulden wegen groben Unfugs verurteilt. Bei der Deutschnationalen Volkspartei aber avancierte er zu ihrem Redakteur und später zu ihrem Fraktionssekretär im Danziger Volkstag. Von da kam er zur „Deutschen Zeitung" und nun unter die Bank. Nationale Heldenlaufbahn!"

Der Journalistenverband wird, wenn er nicht selbst in ein sehr übles Licht geraten will, diesen „Berufskollegen" hinauswerfen müssen. So ein Mensch entehrt den Journalistenstand.

Die Pleite der Christlichen Eisenbahnerbank

Der christliche Eisenbahnerverband voll verantwortlich — Vollendete Korruption

München, 18. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der Christliche Bayerische Eisenbahnerverband macht verzweifelte Anstrengungen, die wegen des Zusammenbruchs der Eisenbahnerbank rebellisch gewordenen Mitglieder einigermaßen zu besänftigen. Die Verbandsleitung sucht in gewundenen Presseerklärungen die Sache so darzustellen, als ob der Eisenbahnerverband mit der verkrachten Bank überhaupt nichts zu tun hat und folglich für den Zusammenbruch nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Dem steht die Tatsache gegenüber, daß **die Leiter des Bankunternehmens fast durchweg Vorstandsmitglieder und Gewerkschaftsangehörige des Eisenbahnerverbandes** sind. Der erste Direktor Bergmeier ist Sekretär des Bayerischen Eisenbahnerverbandes, der zweite Direktor Link ist ebenfalls Vorstandsmitglied des Bayerischen Eisenbahnerverbandes. Der als Bankfachmann zugezogene dritte Direktor Belkner konnte sich in der Leitung fast gar nicht durchsetzen. Auch im Betriebsrat sitzen fast nur Vorstandsmitglieder des Verbandes, darunter der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dauer, der Landtagsabgeordnete Breitenbach und der Staatssekretär im bayerischen Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit, Landtagsabgeordneter Funke. Der Eisenbahnerverband hat ja auch in jeder Agitationsversammlung für den Beitritt zur Eisenbahnerbank Stimmung gemacht. Schließlich muß noch erwähnt werden, daß in den Sparbüchern der Eisenbahnerbank ausdrücklich festgestellt wird, daß der Bayerische Eisenbahnerverband mit allen seinen Einrichtungen für die Sicherheit der Einlagen garantiert.

Die Bank hat mit Spareinlegern ein geradezu frevelhaftes Spiel getrieben. So ist beispielsweise nachgewiesen, daß **noch am Dienstag, den 11. Februar, vormittags 11 Uhr, Einzahlungen entgegengenommen wurden, obwohl man wußte, daß man am Nachmittag die Schalter schließen wird und die Gelder so gut wie verloren waren.** Der Aufsichtsrat erklärt in einem Kommuniqué, von dem Zusammenbruch selbst überrascht worden zu sein. Demgegenüber wird aber von der gesamten Münchener Presse behauptet, daß ihm die Situation schon lange vorher bekannt war. Die Blätter geben u. a. einem Gerücht Raum, wonach noch kurz vor dem Zusammenbruch einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates trotz der in Aussicht gestellten 12 Prozent Dividende ihren gesamten Aktienbesitz der Bank verkauft hätten. **Außerdem habe sich der Aufsichtsrat, ohne daß ein Generalversammlungsbeschluß vorlag, zu Weihnachten eine Gratifikation von 10 000 Mark auszahlen lassen.**

Zur Frage des Panzerkreuzers B

Berlin, 19. Februar. (Eig. Bericht.)

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: „Es ist bekannt, daß in der letzten Kabinettssitzung eine Einigung dahin zustandegekommen ist, daß eine Rate für das Panzerschiff B in den Etat für 1930 nicht eingesetzt wird. Die Gründe sind in Finanznot zu erblicken, die es dieses Jahr unmöglich macht, einen Posten für Panzerschiff B in Ansatz zu bringen. Ebenso ist es deshalb nicht möglich, schon jetzt einen Beschluß des Reichstages nachzukommen, wonach umgehend ein langfristiges Programm für die Ersatzbauten der Flotte aufgestellt werden soll. Dieses wird mit dem Etatvoranschlag für 1931 vorgelegt werden und, auf eine Reihe von Jahren verteilt, die Ersatzbauten festlegen, wobei auch der Ersatz für Linienschiffe vorgesehen wird."

Die Meldung des „Echo de Paris", daß auf den Bau des Panzerkreuzers B erst nach Protest der englischen Regierung verzichtet worden sei, wird von der Reichsregierung in jeder Form als frei erfunden bezeichnet. Die Reichsregierung habe nicht einen Augenblick daran gedacht, die für das Panzerschiff B anfänglich in Aussicht genommene Rate aus außenpolitischen Gründen abzulehnen. Der wirkliche Grund der Ablehnung ist in der Finanznot Deutschlands zu suchen.

Erhöhung der Kaffee- und Teezölle

Amtlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett ermächtigte am Donnerstag den Reichsfinanzminister zum Erlaß einer Verordnung über die Inkraftsetzung der Zollerhöhungen für Kaffee und Tee, welche in dem Gesetz vom 8. April 1922 über Erhöhung von Zöllen beschlossen sind. Die von dem Reichsfinanzminister daraufhin zu erlassende Verordnung wird unverzüglich der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Die Erhöhung tritt am 5. März dieses Jahres in Kraft.

Das Reichskabinett erledigte alsdann die Ausgabenseite des Etats für 1930 bis auf einige kleinere Restpunkte, die noch im Laufe dieser Woche ihre abschließende Behandlung finden werden.

Berlin, 21. Februar. (Eigener Funkbericht).

Die am Donnerstag vom Reichskabinett beschlossene Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee dürften alles in allem eine Mehreinnahme von rund 50 Millionen Mark ergeben. Davon entfallen etwa 45 Millionen auf die Zollerhöhungen für Kaffee und etwa 7 Millionen auf die für Tee.

Im einzelnen gestaltet sich die Erhöhung künftig so, daß die Einfuhr von rohen Kaffeebohnen statt mit 1,30 pro Kilo mit 1,60 Mark, die Einfuhr von gebranntem Kaffee statt mit 1,75 Mark mit 3 Mark und die Einfuhr von Tee statt mit 2,20 Mark mit 3,50 Mark pro Kilo verzollt werden muß.

Endlich ein Sieg der Vernunft

Annahme der Anleihevorlage durch die Berliner Stadtverordneten

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung nahm am Donnerstag abend die Magistratsvorlage über die Aufnahme eines Kredits von 45 Millionen Mark mit 101 Stimmen gegen 98 Stimmen an. Die vereinigte Opposition von rechts und links war bestrebt, die Vorlage zu Fall zu bringen und der Stadt Berlin damit eine neue Schädigung zuzufügen. Es muß deshalb ausdrücklich festgestellt werden, daß nach dem gestrigen Beschluß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Weiterführung der dringenden Bauten in Berlin nur gegen den Willen der deutschnational-kommunistischen Opposition möglich ist.

Fricks erste Niederlage

Er muß Siefert wieder ins Amt einsetzen

Weimar, 21. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Der Konflikt zwischen dem Putschisten Frick und der Volkspartei soll auf die Art beigelegt werden, daß Oberstudiendirektor Dr. Siefert wieder in sein früheres Amt eingesetzt wird. Die von dem Putschisten angeordnete Aufhebung des Verbots der rechtsradikalen Jugendvereinigung „Adler und Falke" bleibt jedoch auch an der Schule, die bisher von dem Oberstudiendirektor Dr. Siefert verwaltet wurde, bestehen.

Ein völlig unfähiger Universitätssenat

Marburg, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Senat der Universität Marburg sprach von den fünf Rowdys, die den preußischen Kultusminister Dr. Becker vor fünf Wochen während seiner Anwesenheit in der Universität in der gemeinsten Weise beschimpften, zwei frei und erteilte den restlichen drei einen Verweis mit der Aussicht auf Entlassung, falls sie sich ähnliche Vorkommnisse nochmals zuschulden kommen lassen sollten.

Dieses Urteil kann nicht als Sühne für die gemeinen, gegen den preußischen Kultusminister Dr. Becker gerichteten, Beschimpfungen betrachtet werden.

Es ist doch ein Skandal, wie sich dieser Senat benimmt. Wieder ein Grund mehr, die Autonomien der moralisch vielfach nicht genügend reifen Universitätsbehörden einzuschränken.

Schober gegen die österreichischen Handelskammern

Wien, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der österreichische Bundeskanzler erklärte am Mittwoch in einer Besprechung mit Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitskammer, daß sich die Regierung das sozialpolitische Abbauprogramm der Handelskammern nicht zu eigen mache. Die Regierung plane, bereits zum 28. Februar eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen, auf der unter anderem die Möglichkeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit besprochen werden sollen. Das Finanzministerium bereite Maßnahmen vor, die einigen tausend Arbeitslosen bald Arbeit verschaffen würden.

Die Faschisten werfen Bomben gegen das eigene Blatt

Wien, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Aus absolut zuverlässiger Quelle verlautet hier, daß das Bombenattentat gegen die faschistische Zeitungsredaktion vor einigen Tagen von Faschisten aus persönlichen Motiven organisiert und durchgeführt worden ist. **Die am Tatort aufgefundenen antifaschistischen Flugblätter sind in der Druckerei des Faschistenblattes hergestellt worden.** Sie sollen den Verdacht auf die Buchdrucker lenken, die übrigens in dem faschistischen Parteiblatt auch Faschisten sind.

Uebertritt von Kommunisten zur Sozialdemokratie

Wien, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der frühere Obmann der Kommunistischen Partei Oesterreichs, Alfred Ziegler, ist mit einer Gruppe ehemaliger kommunistischer Funktionäre zur Sozialdemokratie übergetreten. Sie begründen ihren Schritt damit, daß die österreichische Kommunistische Partei eine einflußlose Sekte sei, die nur künstlich von Moskau vor dem Verschwinden bewahrt werde. Sie zähle kaum 1000 Mitglieder, die wiederum in mehrere Gruppen gespalten seien.

Minderheitenvorstoß gegen den polnischen Regierungskurs

Warschau, 20. Februar. —

In der Budgetkommission des Senats sprachen mehrere Minderheitenvertreter bei der Beratung des Budgets des Innenministers und äußerten sich dabei sehr scharf über die Behandlung der Minderheiten. Der oberschlesische Senator Pant bedauerte das Fehlen eines Minderheitenministeriums, denn das polnische Innenministerium versuche die Lebensfragen der Minoritäten nur vom polizeilichen Standpunkt zu regeln. Die deutsche Bevölkerung in Ostoberschlesien lebe heute in einer viel drückenderen Knechtschaft als seinerzeit die Polen unter der Herrschaft der Teilungsmächte. Den Wojewoden Grazynski nannte der Senator einen für seinen wichtigen Posten völlig ungeeigneten und unfähigen Beamten. Auch ein Ukrainer hielt eine äußerst scharfe Rede gegen den Regierungskurs gegenüber den Minderheiten.

Sittlichkeitsskandal in der französischen Marine

Paris, 20. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Wie der „Matin" berichtet, sind im Kriegshafen von Lorient ein halbes Dutzend französischer Marineoffiziere verhaftet worden. Es handele sich um einen großen Sittlichkeitsskandal, über den nähere Einzelheiten bisher nicht mitgeteilt werden könnten. Schon jetzt aber sei der Fregattenkapitän Tauden, der augenscheinlich als der Hauptschuldige anzusehen sei, mit sofortiger Dienstentlassung bestraft worden.

Arbeiterregierung und 3. Internationale

London, 21. Februar. (Eig. Funkbericht.)

Im Oberhaus ließ die Regierung am Donnerstag anläßlich einer Rußlanddebatte erklären, daß sie zwischen der kommunistischen Internationale und der Sowjetregierung keinen Unterschied machen könne. **Sollte die kommunistische Internationale Handlungen begehen, die gegen die englisch-russischen Abmachungen verstoßen, so würde die Regierung die gleichen Schritte unternehmen, als ob diese Handlungen von der Sowjetregierung selbst begangen worden wären.**

Im Verlauf der Debatte forderte Lord Birkenhead den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland.

Auch ein Scharfrichter soll seine Meinung sagen

London, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die von der Regierung zum Studium der Todesstrafe einberufene parlamentarische Kommission hat beschlossen, im Rahmen der zu veranstaltenden Enquete auch einen Scharfrichter zu berufen und ihn über seine Erfahrungen bei den Hinrichtungen zu befragen.

Latente Regierungskrise in Bulgarien

Sofia, 21. Februar. (Eigener Funkbericht)

Die zwischen den Führern der einzelnen Flügel der Regierungspartei stattgefundenen Verhandlungen über die Umbildung der Regierung Liapitschew sind ergebnislos verlaufen. Man erwartet nunmehr, daß die faschistische Zankoff-Gruppe bald die Regierung verläßt und eine politische Umgruppierung notwendig wird. Die Zankoff-Gruppe verlangte eine radikale Aenderung des gegenwärtigen Kurses der Regierung. Ministerpräsident Liapitschew lehnte diese Forderung jedoch ab, worauf am Donnerstag abend die Verhandlungen abgebrochen wurden.

Amnestie in Litauen

Riga, 20. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Anläßlich der zwölfjährigen Selbständigkeit Litauens hat Staatspräsident Smetona für zahlreiche politische und kriminelle Verbrechen eine Amnestie erlassen. Die seinerzeit wegen eines angeblichen Attentates auf Woldemaras zu schweren Strafen verurteilten vierzehn Studenten sind ebenfalls amnestiert worden.

Stadt-Theater
(Opernhaus)

Freitag
19,30 bis gegen 23 Uhr
Abonn.-Vorstellung C 13
Die Hochzeit des Figaro.

Sonnabend
20 bis gegen 23 Uhr
Aida.

Sonntag
15 bis 17,15 Uhr:
Nachmittag-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen
Die lustigen Weiber von Windsor. 673

20 bis nach 22,30 Uhr
Uraufführung!
Die Schwalbe.

Lobe-Theater
Telefon 50747

Ensemble-Gastspiel
des Klein. Theaters, Berlin
mit **Max Adalbert**
Freitag 20,15 Uhr
u. Sonntag 15,30 Uhr.
Das Parfüm meiner Frau
Lustspiel von Leo Lenz.

Sonnabend 20,15 Uhr
Der Walzer von heute Nacht
Schwank 0971
von Heinrich Ilgenstein,
dazu gehörige Musik
von Franz Lehár.

Sonntag 20,15 Uhr:
Naß oder Trocken?
von Frank Green.

Thalia-Theater
Telefon. 50747

Freitag 20,15 Uhr
und täglich:
Die Dreigroschenoper
Sonntag 15,30 Uhr:
Trojaner.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Fernsprecher 36300
Täglich 8 Uhr
Der Welterfolg
Das Land des Lächelns
Operette v. Franz Lehár
in der 0967
Sensationsbesetzung
Kammersänger
Serge Abranovic
Erni Jolan
Trude Reiter
Sonntag mittag 2 Uhr:
Rübezahl
Nachmittag 4½ Uhr:
Der Bettelstudent.

LIEBICH
10 Attraktionen
jede eine Sensation
Tägl.; 8 Uhr, So. 2 Vorst

Circus Busch
Schau-Arena 667
Heute ringen:
Grikis — Wolke
Kämpfer — Ahrens
2 Entscheidungen:
Motyka — Grüneisen
Neström — Emends

Frack= Nur Hauptstr. 1, I. Ecke
Schweidnitzer Str. Tel 57082
Leihweise
Smoking u. Gehrockanzüge
Klapphüte u. Dienerlivreen

Kleine Anzeigen
sind komplett gesetzt einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Gebr. Kinderwagen f. 12 Mk. verk. Hochwaldstr. 42 pt. links

Koffer-Grammophon billig zu verkauf. Nachodstr. 1b, II. r.

Zu verkaufen ein großer goldener Spiegel m. Marmorplatte, Kehl, Schweidnitzer Str. 38, III

WELTBÜHNE
Friedrich-Wilhelm-Straße 35

ASTORIA-PALAST
Fürstenstraße 32

Auch in dieser Woche machen wir das Rennen!
Ein unerhört fesselndes Doppel-Programm!

Erstaufführung!
Das Geheimnis der Villa Saxenburg
7 Akte
aus dem Leben eines Chefs
der russischen Geheimpolizei
Prominente deutsche Besetzung!

Evelyn Holt
Deutschlands blonder
Filmliebling in 675
Mädchen am Kreuz
Ein Mädchenschicksal unserer Tage
Ein Film für Breslaus Frauenwelt

Und die erstklassige Bühnenschau!

Reichsverband der Berufskraftfahrer
Geschäftsstelle Breslau 1060S
Sonnabend, den 22. Februar 1930
Wohltätigkeitsfest
in beiden Sälen des **Gewerkschaftshauses,**
zum Besten der erwerbslosen Mitglieder
verbunden mit
Tanz und musikalischen Darbietungen.
Eintritt 1,20 Mk im Vorverkauf und an der Kasse
Einlaß 18 Uhr. Anfang 19 Uhr

Der größte Sensationsfilm-Erfolg: 0623
Maciste
in einem ganz neuen Film:
„Der Postillon vom Mont-Cenis"
und **Big Boy Williams** in
„Die Falschspieler von Mesquite"
Ein noch nie dagewesenes Programm!
Eintrittspreise: **50** und **60** Pf.
Odeon-Lichtspiele Taschenstr. 20, a. d. Lieb Höhe

Zentral
THEATER-WESTEND-STR. 50-52

Bis Donnerstag, den 27. Februar
Ernst Verebes u. Margarete Schlegel
in
Der Zigeunerprimas
Nach der weltbek. Operette.
Ein Film erfüllt v. köstlicher Frische, junger Liebe und feurigen Zigeunerweisen.
Dazu als 2. Film:
Erotik
Die Erotik in der Ehe und in der freien Liebe. Der gewaltigste Sittenfilm mit:
Ita Rina — Olaf Fjord
678

Druckerei Volkswacht
Anfertigung aller Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Wartburg-Lichtspiele
Gräbschener Straße 94a
672 **Nur bis Montag!**
Harry Liedtke
in
Der schwarze Domino
Eine entzückende Komödie von mitreißender Lustigkeit.
Ferner: **Jenny Jugo** und **Willy Fritsch**
in dem **gewaltigen Kriminal-Sittenfilm:**
Die Carmen von St. Pauli
Sonntag, 15 Uhr: Große Kindervorstellung
Big Boy Williams
im Wild-West-Film und Groteske.

EDEN
Theater Nikolaistraße 27

Umsonst gelebt
Umsonst geschuftet und sich abgequält
wenn man nicht den
Witwenball
gesehen hat **Man lasse seine Sorgen nicht zu Hause, sondern ersaufe sie bei uns in den Wogen stürmisch. Heiterkeit**
Fritz Rampers, Siegfried Arno, Henry Bender
sorgen für höchsten Wellengang.

Ferner bringen wir
Das rote Brandmal
einen fabelhaften Kriminalfilm voll Tempo und Spannung 677

Vorstellungen: Wochentags ab 5, 7 und 9 Uhr, Sonntags ab 3, 5, 7 und 9 Uhr.

Max Schönfelder
Feinkost- und Lebensmittel-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Die sämtlichen Sonder-Preise meiner letzten
billigen Wochen-Angebote
halte ich weiter durch.
Heute möchte ich mit allem Nachdruck auf die vor der Tür stehende, drohende
Tee-Verteuerung durch eine 60%ige Zollerhöhung
aufmerksam machen.

Ich stelle meine sämtlich. Tee-Bestände zu den bisher bekannten Preisen zum Verkauf und empfehle, schleunigst davon Gebrauch zu machen.

	je Pfd.	bei 3 Pfd. portofrei
Konsum-Mischung	3.60	3.50
Feinste Souchong- und Kongo-Mischung	4.00	3.90
Schönfelders Spezial-Ceylon-Mischung	5.00	4.90
Englische Mischung	6.00	5.90
Mandarin-Mischung	7.20	7.10
Darjeeling-Mischung	8.80	8.70

Röstkaffees,
deren Preise recht angenehm fühlbar herabgesetzt werden konnten, sollen ebenfalls mit einer empfindlichen Zollerhöhung belegt werden. Meine anerkannt vorzüglichen, kräftigen und wundervoll duftenden **Röstkaffees** verkaufe ich nach meiner letzten Preisherabsetzung wie folgt:

	je Pfd.
Edel-Mischung	3.80
Karlsbader Mischung à la Café Pupp, Karlsbad	3.40
Wiener Mischung	3.00
Jubiläums-Mischung	2.80
Brasil-Perl-Mischung	2.60
Haushalt-Mischung	2.20

Zum Schluß weise ich noch auf meinen
Spezial-Verkauf in
getrockneten Früchten hin:
Melange-Obst . . . Pfd. 0.60, 0.80, 0.98
Kalifornische Pflaumen „ 0.58, 0.65, 0.75
u. a. m. 674

Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei * Tee-Import
Waren-Versand-Haus u. Weingroßhdlg.
Breslau 1, Albrechtstraße 56.
Beachten Sie unbedingt meine neuen Schaufenster-Auslagen!

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Riesen-Preisschlager in Konfektion
608

4 Serien extra billige, **molligwarme**
Kasaks
aus gut. Velour, dunklen u. mittelgrundigen Blusenstreif. Popeline, teilw. auch schw. weiß. Meraner Streifen in viel. Verarbeitung.
Ser. IV 4.90 Ser. III 3.95 Serie II 2.95 Serie I **2.45**

Ein beschränktes Quantum warme, praktische
Hauskleider
aus Velouren, Pullover- u. flanellartig. Schottenstoffen dunkle und mittlere Farbenstellungen, darunt. e. groß. Frauenw. Stück 5.50, 4.90 **3.90**

Mehrere hundert flotte, jugendliche
Ballkleider
a. Crepe de Chine, Eolienne Kunstseidentaft usw. in reizenden, lieblen Farben und entzückenden Verarbeitungen St. 14.50, 9.50 7.50 **5.90**

Zirka 200 Stück
Backfisch- u. Damen-
Wollstoffkleider
in nur guten zum Teil reinwollenen Qualitäten und sehr hübschen, modernen Verarbeitungen u. Farben, St. 12.50 9.50, 7.50 **6.90**

Extra billige, gute
Frauen-Wollstoffkleider
größtenteils aus reinwoll. Ripspopeline, Serge u. Popeline in viel. feinen u. gut. Farben, Falten- od. Glockenform, geschmackvolle Verarbeitung Stück 19.50, 13.50 **9.50**

Neue Eingänge sehr hübscher
Trikot-Charmeusekleider
in reicher, durchweg mod Ausmusterung und vielen flotten und kleidsamen Verarbeit. Stück 19.50, 14.50 **9.50**

Elegante
schwere, reinwollene
Damenkleider
aus Crêpe-Kaid, Popeline u. Ripspopeline, fast durchw. in der beliebt. Glockenform, und herrl. Modefarben, in tadellos Verarb. u. gutem Sitz St. 33.-, 27.50 24.50 **19.50**

Sehr schöne, gute
Backfisch- u. Damen-
Ottomanemäntel
in marineblau und schwarz, mit Sattel und Halbfutter, in soliden, guten Qualität., mit flott. modern. imit. Pelzkragen. Stück 15.50, 11.50 **9.50**

Ganz besonders vorteilhafte
Frauen-Ottomanemäntel
ganz gefüttert, z. T. auf Steppfutter, in nur guten, weich Qualitäten, marineblau und schwarz, m. breit. mod., echt. u. imit. Pelzkrag. St. 39.00, 29.00 22.50 **18.50**

Einige hundert Stück ausgesucht schöne **garnierte**
Damen-Filzhüte
in wertvollen, pa weich. Qual., hell u. mittl. Farbentön in denkbar größter Formenauswahl fast für die Hälfte des regulär. Preises Stück 3.45 **2.45**

Engl. gemusterte
Backfisch- u. Damen-Mäntel
gute, tragfäh. Qual., mit Sattelfutt., Tasch., Randgurt u. breitem, mittlerem Pelzkragen Stück 14.50 **9.50**

Reinwollenes
Popelinekleid
mit aparten, schön fallenden Glocken, tadellose Verarbeitung in feinen Farben Stück **14.50**

Reinseidenes
Crêpe de Chinekleid
mit fein. mod. Spitzengarnierung, in vielen leuchtend. Ballfarb. Stück **19.50**

Messow & Waldschmidt G.m.b.H. Schmiedebrücke

Herren- u. Burschen-
Strapazier-Hosen
aus eisenfestem Zwirn, Manchester- u. Halbtuchen, Streifen u. andere hübsche Dessins, gut., feste Verarbeitung, 7.95, 5.95, 4.95 **3.95**

Zirka 300 Stück
Damen-Berufs-Mäntel
aus pa. weißem Linon und schwarzem Satin
schwarz Satin Stück 6.90, 5.95 **4.75**
weiß Linon Stück 5.90, 4.74 **3.75**

Extra billige, gute
Herren-Berufs-Mäntel
aus festen, haltbaren Nessel und Köperqualit., in grau braun und oliv, alle Größen teilw. aufgesetzte Taschen u. Gürtel Stück 6.90, 5.95 **3.90**

Schöne, moderne
Herren- und Burschen-Anzüge
in tadelloser Paßform aus sehr schön gemust. Kammgarn-, Noppen-, Cheviot- u. Kordstoffen, zweireihig, Sakko- oder Sportform, 48.00, 38.00 **29.00**

Aus eigener Anfertigung
Zirka 500 Paar
Knaben Knie- u. Leibchenhosen
aus fest. gedeckt. Noppen, Cheviot-Tuch. u. Manchest. f. 2—9 J. **Leibchenform** 3.75, 2.95, 1.95 **95** Pf.
Kniehosen f. 7 J. St. 4.75, 3.95, 2.95 **1.95**

Eine Menge schöne billige
Mädchen-Schulkleider
aus warm. waschbar. Velour Waschsamt, Schotten und Popeline, sehr hübsche Verarbeitung, mit Plisseerock Kurbelstick lang. Arm. f. 5-14 J. f. 5 J., 6.95, 4.50, 3.95 **2.45**

Prakt. sehr gut verarbeitete
Knaben-Schulanzüge
aus festen strapazierfähigen Noppen, Cheviot, und Manchester, offen und hochgeschloss. zu tragen, z. T. auf Futter, m. aufgesetzt. Taschen u. Gürtel, f. 3-14 Jahre, für 3 Jahre 10.50, 7.75, 6.95 **3.95**

Sehr hübsche praktische
Mädchen-Schulmäntel
aus gut. engl. gemusterten u. einfarbigen Flauschen, gute, z. T. reine Wolle, imitierter Pelzbubikrag., für 5—14 Jahre 11.50, 9.75, 7.95 **5.95**

Kleines Restquantum
Kleinkinder-Mäntel
aus hochwertigen Flauschen, englisch gemusterten Stoffen Waschsamt, Krimmer und einfarbigen Tuchen, in verschiedenartig. Machart, m. Plüsch garnitur 6.95, 4.95 **2.95**

Sehr schöne moderne
Damen- und Herren-
Pullover und Westen,
aus nur gut. woll. u. reinw. Qual. hübsch. Ausf., m. Krag. u. in Aussenf. i. viel. fein. Farben u. Melange Stück 9.75, 7.50 6.95, 5.95 **3.50**

Mietspreis und Mieterstreik

Zur Frage der Mietssenkung

Finanz- und Bauausschuß der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigten sich gestern gemeinsam mit der Frage der Mietssenkung. In einem Unterausschuß hatte Genosse Stope, wie gemeldet, in einem ausführlichen Antrage gangbare Wege zur Mietssenkung aufgezeigt, die Beratung aber war zunächst vertagt worden. Inzwischen hatte Genosse Stope seinen Antrag noch genauer formuliert, aber auch Herr Halspaap hatte einen Antrag eingebracht, der in verschiedenen Punkten dem Antrage des Genossen Stope folgte, aber alles fortließ, was dem Privatunternehmertum nicht gefiel. Im Unterausschuß wurde dann der Antrag Stope gegen eine Stimme Mehrheit abgelehnt und der Antrag Halspaap angenommen.

In der gestrigen gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse ist es genau so gekommen. Der Antrag des Genossen Stope wurde mit zwölf gegen elf Stimmen abgelehnt und der Antrag Halspaap angenommen. Der so gefaßte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Der Unterausschuß stellt fest, daß die von der Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G. in Zimpel erhobenen Mieten nach Prüfung der Bücher nicht über das Maß hinausgehen, welches durch die Wirtschaftsbedingungen gegeben ist.

Der Ausschuß empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung, zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, er möge auf die Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G. dahin einwirken, daß solange die auch weiterhin anzustrebende Senkung der Mieten noch nicht möglich ist, Härtefälle durch Mietsstundungen, Ratenzahlungen und ähnliche Maßnahmen ausgeglichen werden und in geeigneten Fällen die Umsiedlung in billigere Wohnungen in die Wege geleitet wird.

Die Ausschüsse II und V beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. auf die Staatsregierung dahin einzuwirken, daß der Stadt Breslau ein größerer Anteil an dem staatlichen Aufkommen der Hauszinssteuer, zum mindesten aber ein Betrag aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zugewiesen wird, der dem von der Stadt Breslau an den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds abgeführten Betrage entspricht;
2. auf eine Abänderung der Richtlinien für die Verwendung des für die Neubautätigkeit bestimmten Anteils am Hauszinssteueraufkommen vom 24. Dezember 1929 (II Ziffer 6) in dem Sinne zu wirken, daß im Hinblick auf die Notwendigkeit der Neubaumieten-Senkung für Breslau die Hauszinssteuerhypothek im Einzelfalle bis 80 v. H. des Bau- und Bodenwertes erreichen darf;
3. nach II Ziffer 3 der Richtlinien zu beantragen, daß die in den Richtlinien zu II. 6 Abs. 1 festgelegten Höchst- und Durchschnittssätze für die Hauszinssteuerhypotheken so erhöht werden, daß Hauszinssteuerhypotheken bis zum Höchstsatze von 8000 Mark und bis zum Durchschnittssatze von 6000 Mark gewährt werden können;
4. unter Abänderung der Richtlinien II, Ziffer 9 zu bestimmen, daß auch die rückfließenden Hauszinssteuerhypotheken und Tilgungsbeträge zur Gewährung von Zinszuschüssen für Hypotheken verwendet werden dürfen, die neben der Hauszinssteuerhypothek zur Finanzierung von Wohnungsbauten auf dem privaten Geldmarkte aufgenommen werden müssen;
5. unter Anwendung der Vorschrift der Richtlinien II Ziffer 8, Satz 3 den Zinssatz für die gewährten und noch zu gewährenden Hauszinssteuerhypotheken im Wege des Nachlasses bis auf 1 v. H. herabzusetzen;
6. in möglichst weitem Umfange innerhalb der in den Richtlinien gezogenen Grenzen Zusatzhypotheken und Zinszuschüsse zur Verbilligung von Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die Minderbemittelten, kinderreichen Familien und Schwerkriegsbeschädigten zugewiesen werden.

Der abgelehnte Antrag des Genossen Stope unterschied sich von dem des Herrn Halspaap durch folgende Forderungen:

Gemäß Ziffer 8 Satz 3 den Zinssatz für die Hauszinssteuerhypothek im allgemeinen für die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften auf 1 Prozent herabzusetzen.

Gemäß Ziffer 15 für 10 Prozent der Wohnungsbauten der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften Sonderhypotheken zur Verfügung zu stellen, damit Wohnungen für Kinderreiche und Schwerkriegsbeschädigte mit erträglichen Mieten erbaut werden können.

Der Magistrat wird ersucht, zur baldigen Senkung der Mieten in den in Frage kommenden Siedlungswohnungen ausreichende Mittel zur Zinsverbilligung aus den noch zur Verfügung stehenden Mitteln des Kleinwohnungsbaues bereit zu stellen.

Die Zinszuschüsse sind so zu bemessen, daß die Mieten unter keinen Umständen höher sind, als die in den Altwohnungen der Siedlungen Zimpel und Pöpelwitz.

Um die Unzuträglichkeiten, die sich bei den Mietsätzen der mit öffentlichen Geldern errichteten Privatbauten ergeben haben, zu verhindern, ist erforderlich, Höchstmietsätze vorzuschreiben, die unter keinen Umständen, auch nicht bei höherem Bauaufwand, überschritten werden dürfen.

Mit der Ablehnung des Antrages des Genossen Stope und der Annahme desjenigen des Herrn Halspaap wird hauptsächlich bezweckt, dem privaten Wohnungsbau öffentliche Gelder zuzuführen, die dann den gemeinnützigen Gesellschaften fehlen. Auch die auf teurem Grund und Boden entstehenden Luxuswohnungen, zu deren Errichtung man von den Mietern Baukostenzuschüsse von tausend und mehr Mark verlangt, sollen mit Hilfe öffentlicher Mittel verbilligt werden. Läßt sich die Stadtverwaltung darauf ein, dann entäußert sie sich selbst der Mittel, mit denen eine gesunde Mietenpolitik auf gemeinnützigem Wege betrieben werden kann. Natürlich wird der Kampf um den Antrag Stope im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung weitergeführt werden. Allerdings mit wenig Aussicht auf Erfolg. Denn bei der letzten Wahl haben die Massen versagt. Sie haben die Position der mieterfeindlichen Parteien gestärkt, was sich vier Jahre hindurch immer wieder rächen wird. —f.

Der Streik in Zimpel

Der bedingte Mieterstreik der Neubaumieter in Zimpel hat über Breslaus Mauern hinaus das Interesse der Oeffentlichkeit erweckt, und aus allen Teilen des Reiches gehen beim Neumieterschutzverband, der diesen Vorstoß gegen die unerschwinglichen Mieten organisiert hat, Anfragen über die Bewegung und die Organisation der Neubaumieter ein. Wie notwendig diese ist, wurde gestern abend in einer außerordentlich stark besuchten Kundgebung des Siedlungs-Vereins Zimpel im Saal von Wittke dargelegt, in der Siedlungsfreund Reim über Neumieterschutzbewegung und Mieterstreik sprach.

Der Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der Organisation der Neubaumieter, die in Breslau ihre Geburtsstätte hatte und aus dem Zimpeler Wohnungsverein entstanden ist, dem 1921 alle Interessenten für Siedlungswohnungen in Zimpel angehören mußten, wenn sie überhaupt eine Wohnung haben wollten. Erst als 1926 die Siedlungs-A.-G. dem Verein das Vertragsverhältnis kündigte, weil er auch die Interessenvertretung der Mieter in seinen Aufgabenkreis einbezogen wissen wollte, kam es zur Gründung des Siedlungsvereins und in kurzer Zeit wurden auch die Vereine „Pöpelwitz", „Eichborngarten", „Dürrgoy", „Westend" und „Tschansch" gegründet, die sich alle zum Neumieterschutzverband zusammenschlossen, der heute 5000 Siedlungsbewohner organisatorisch erfaßt.

Wie notwendig der Zusammenschluß der Neubaumieter ist, zeigt der gegenwärtige Kampf. Das Mieterschutzgesetz sieht nur den Mietern alter Wohnungen zur Seite. Für die Neubaumieter kann es nicht in Anspruch genommen und ohne Angabe von Gründen können sie mit einmonatiger Kündigung herausgesetzt werden. Der Streik ist kein Kampf gegen die Siedlungs-A.-G. als Einrichtung der öffentlichen Hand, er richtet sich vielmehr nur gegen eine verfehlte Wirtschaft. Daß es bei der privatkapitalistischen Bauwirtschaft noch schlimmer ist, ergibt sich daraus, daß sich auch die Bewohner der Häuser des Ratsbaumeisters Halspaap organisieren wollen. Seit März vorigen Jahres sind in diesen Grundstücken die Mieten dreimal gesteigert worden und Wohnungen, die damals 75 Mark kosteten, müssen heute mit 115 Mark bezahlt werden.

Der Referent ging dann auf den Streik ein, an dem sich 164 Mieter beteiligen, von denen 90 bereits Zahlungsbefehle zugestellt erhalten haben. Noch immer stehen

von den am 1. November vorigen Jahres bezugsfertigen 220 Neustwohnungen 60 leer.

Wenn man für die 4 Monate, die sie fertig sind, durchschnittlich 100 leerstehende Wohnungen annimmt und nur einen Durchschnittsmietspreis von 50 Mk. zugrunde legt, so bedeutet das,

daß die Siedlungs-A.-G. bereits in den vier Monaten einen Mietsausfall von 20 000 Mark zu verzeichnen hat.

Auch sonst ist bei dem öffentlichen Unternehmen, dessen „Gemeinnützigkeit" von den Mietern anders ausgelegt wird, nicht alles so in Ordnung. Seit zwei Jahren stehen in der Hindenburgstraße Ziegeln aufgestapelt, die schon heute nach dem Urteil von Bausachverständigen unbrauchbar geworden sind, weil sie so lange Zeit jeder Witterung ausgesetzt waren. Aehnlich soll es auch mit einem Teil der in Pöpelwitz lagernden Holzvorräte sein. Als Gegenaktion soll der Aufsichtsrat beschlossen haben, die bisher gewährte Ermäßigung von 20 Prozent in besonderen Notfällen, wie Arbeitslosigkeit usw., in Zimpel auf 10 Prozent herabzusetzen, weil da gestreikt wird. Neuerdings verlangt die Siedlungs-A.-G. sogar 6 Monatsmieten im voraus, um gegen jedes Risiko gesichert zu sein.

Mit welchen Maßnahmen auf den Streik geantwortet wird, erfuhr der Neumieterschutzverband in diesen Tagen, als er um Bekanntgabe des Tages für die allmonatlichen Verhandlungen ersuchte, die im Vorjahre eingeführt worden sind und die dazu dienten, Streitigkeiten oder Differenzen verschiedenster Art zu besprechen. Die Siedlungs-A.- hat auch diese Verhandlungen abgelehnt und erklärt, kein Interesse mehr daran zu haben, mit der Organisation zu verhandeln. Auch dagegen wird sich die Mieterschaft zu wehren wissen. Bereits der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt werden, der verlangt, daß die Siedlungs-A.-G. mit dem Neumieterschutzverband als Organisation der Mieter verhandelt.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

Die am 20. Februar einberufene überfüllte Mieterversammlung der Neubaumieter von Zimpel nimmt mit Befremden Kenntnis von der merkwürdigen Haltung der Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G. in der Frage der Monats-Verhandlungen für Februar.

Die Versammelten erklären, daß derartige Methoden keinesfalls ihren Kampfwillen erschüttern können. Ihre volle Sympathie ist nach wie vor auf Seite der streikenden Neumieter. Sie fordern von der Siedlungsgesellschaft schnellstens die Aufnahme von Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts. Sie betonen darüber hinaus, so wie sie jetzt den Streik durch Kauf von Kampffondmarken unterstützen, auch ihre Bereitwilligkeit, von der ideellen Tat zur aktiven Solidarität überzugehen.

Neubaumieterversammlung in Breslau-West

Ueber 400 Mieter waren gestern der Einladung des Siedlungsvereins Breslau-Westend zu einer öffentlichen Neubaumieter-Versammlung im Lokal „Eichenpark" gefolgt.

Siedlungsfreund Steffen sprach über „Die Entwicklung der Mietspolitik und der Zimpeler Streik." Die Wohnungsnot und die hohen Mieten sind nicht erst eine Erscheinung der Nachkriegszeit, sondern schon vor dem Kriege machte sich eine Entwicklung nach dieser Richtung bemerkbar, die durch den Krieg nur beschleunigt wurde. Die Folge davon war die Wohnungszwangswirtschaft und die Einführung der Hauszinssteuer, die heute bei den Altmieten 48 Prozent der Miete ausmacht. Die Mittel der Hauszinssteuer sollen zur Behebung der Wohnungsnot dienen, also dem Wohnungsneubau zugeführt werden. Die private Wirtschaft konnte die Aufgabe, Wohnungen zu erschwinglichen Mietspreisen herzustellen, nicht lösen. Bei 95 Prozent aller neuerbauten Wohnungen ist die öffentliche Hand beteiligt, entweder durch Gewährung von verbilligten Hauszinssteuer-Hypotheken oder von Zinszuschüssen. Unser Kampf wird sich deswegen nicht gegen die öffentliche Hand richten, sondern um der öffentlichen Wohnungswirtschaft willen gegen deren Auswüchse. Ein Mißstand ist es aber, wenn heut in Zimpel Mieten gezahlt werden sollen, die einfach untragbar sind. Man hat für die minderbemittelte Bevölkerung ein durchschnittliches Monatseinkommen von 200 Mark errechnet; davon werden allein 130 Mark zur Bestreitung der allernotwendigsten Lebenshaltungskosten gebraucht. Es ist deswegen nicht richtig, daß diese Volksschichten ein Viertel bis ein Fünftel ihres Einkommens für die Miete aufwenden können, es kann nur ein Sechstel bis ein Siebenstel davon für die Miete gezahlt werden. Die Mietsfrage ist nicht eine Angelegenheit, die nur mit dem Rechenstift behandelt werden kann, sondern sie ist in erster Linie eine soziale Frage. Sind die Mieten für Neubauwohnungen untragbar, so wie es heute in Zimpel bereits der Fall ist, so muß man eben zu einer Aenderung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen kommen. In erster Linie fordern wir die volle Verwendung des Hauszinssteuer-Aufkommens für den Wohnungsneubau. Dann darf es aber auf keinen Fall so bleiben, daß die Hausmiete bei der Erhebung der Miete durch eine eigenartige Berechnungsweise für die Hauszinssteuer Millionengeschäfte machen. In Breslau hat sich das so ausgewirkt, daß bei den 145 Millionen, die bisher an Hauszinssteuer aufgebracht worden sind, die Hausbesitzer noch extra 40 Millionen einkassiert haben. Diese 40 Millionen zu den 58 Millionen dazu genommen, die bisher in Breslau an Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsneubau ausgeworfen worden sind und die Mieten für die Neubauwohnungen wären tragbar. Bei dem Kampf der Zimpeler Mieter handelt es sich um die Aufrollung der gesamten Mietspolitik für Neubauwohnungen, deswegen müßten alle Neubaumieter den Kämpfenden solidarisch zur Seite stehen.

Im Sinne dieser Ausführungen, die mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommen wurden, bewegte sich dann auch die Aussprache, die mit folgender, einstimmig angenommener Entschließung endete:

„Die am 20. Februar versammelten Mieter der Siedlung Breslau-West begrüßen die Tätigkeit des Neumieterschutzverbandes Breslau in der Angelegenheit der Zimpeler Neumieter und versichern, daß sie den Kampf um eine Senkung der Mieten mit aller Kraft unterstützen werden.

Sie protestieren gegen die Art der Stellungnahme der Siedlungs-A.-G., die jedes soziale Verständnis vermissen läßt. Gleichzeitig appellieren die Mieter an das Stadtparlament und die städtischen Behörden, um eine Regelung im Sinne des Neumieterschutzverbandes zu ermöglichen.

Die anwesenden Mieter sind besonders empört gegenüber den Maßnahmen der Siedlungs-A.-G., welche jedem der Mieter Zahlungsbefehle zustellt, obwohl Mietreste nicht bestehen, da in fast allen Fällen eine Sicherheit für Rückstände der einzelnen Mieter zur Verfügung der Siedlungsgesellschaft stehen.

Die Versammelten fordern alle Mieter auf, sich geschlossen in die Mieterfront zu stellen, um den Kampf für gesunde Wohnungen zu erträglichen Mieten erfolgreich zu gestalten.

Die schweigsame Siedlungsgesellschaft!

Der Neumieterschutzverband schreibt uns zur Lage:

Das alte Sprichwort „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold", scheint seit Inkrafttreten des Zimpler Mieterstreiks zum Motto der Siedlungsgesellschaft Breslau A.G. geworden zu sein. Nicht nur, daß die Siedlungsgesellschaft beharrlich schweigt, dort, wo es sich um Angriffe der Presse auf ihre verschiedenen Geschäftsgebahren handelt, sondern auch ihrem Verhandlungsgegner, dem Beauftragten der Streikenden, dem Neumieterschutzverband Breslau E. V. gegenüber, hüllt sie sich in ein eisiges Schweigen.

Durch eine Zusage des Herrn Oberbürgermeister Dr. Wagner, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Siedlungsgesellschaft ist, war im Oktober vergangenen Jahres erreicht worden, daß zwischen den Beauftragten der Siedlungsgesellschaft und denen des Neumieterschutzverbandes allmonatlich einmal Verhandlungen stattzufinden haben. Hier sollten die verschiedensten Differenzen geklärt und die einzelnen Wünsche der Mieter behandelt werden.

Man müßte nun meinen, daß angesichts des bedingten Mieterstreiks doch mehr denn je die Notwendigkeit für Verhandlungen gegeben sei; um so mehr doch gerade die Siedlungsgesellschaft ein besonderes Interesse an schnellster Beilegung des Konfliktes haben sollte. Was aber geschieht? Die Siedlungsgesellschaft hat entsprechend der getroffenen Vereinbarungen bis einschließlich Januar allmonatlich die Besprechungen mit dem Neumieterschutzverband durchgeführt. Und seitens unserer Organisation muß betont werden, diese Besprechungen haben sich als eine sehr gute Einrichtung bewährt, und Mieter wie Vermieter viel Differenzen erspart.

Die allmonatlichen Verhandlungen wären am 17. Februar fällig gewesen. Zweifellos hätten die Vertreter des Neumieterschutzverbandes als wichtigste Aufgabe die Behandlung des Mieterstreiks beantragt. Die Gewaltigen der Siedlungsgesellschaft Breslau A.G. aber lassen uns wissen, daß sie für diesen Monat kein Interesse an der Zusammenkunft haben und deshalb diese nicht stattfinden kann. Diese gerade so befremdend wirkende Einstellung zwingt uns, nochmals vor breiter Oeffentlichkeit zu betonen: Die streikenden Mieter besitzen unsere volle Sympathie und Unterstützung und jede unnötige Länge des Kampfes ist eine Folge der starrköpfigen Haltung der Siedlungsgesellschaft. Diese Haltung zeigt sich auch den einzelnen Mietern gegenüber. Die teilweise angewandten Methoden sind mehr als rigoros zu bezeichnen. Aus der Fülle unserer Feststellungen seien hier nur einige Fälle aufgeführt:

Der Mieter W., ein stellungsloser Kaufmann, erhielt z. B. seine Wohnung nur unter der Bedingung, daß er sechs Monatsmieten im voraus bezahlte, da bei ihm als Erwerbsloser sonst nicht die Gewißheit besteht, daß die Miete pünktlich bezahlt wird.

Ein Mieter B. macht von seinem Recht als Stellungsloser Gebrauch, d. h. er stellt am 12. 1. 1930 einen Stundungs- bzw. Ermäßigungsantrag. Ohne eine Antwort auf diese Schreiben zu erhalten, erläßt die Siedlungsgesellschaft gegen denselben im Eiltempo Zahlungsbefehl, Schiedsurteil und danach Vollstreckungsnachricht.

Mitte Januar erhält ein Beamter eine Wohnung am Goldammerweg zugewiesen. Gleichgroße Wohnungen sind dort zum Teil seit 1. 11. 1929 bewohnt und den Mietern auch der Mietssatz mitgeteilt. Dem Beamten aber sagt man Mitte Januar, der Mietspreis stehe noch nicht fest.

Vorläufig für heute sollen diese drei Fälle genügen, die wohl auch dem Entferntesten verständlich machen, daß die Erbitterung der Streikenden sowie der gesamten Neubaumieterschaft durch derartige Dinge von Tag zu Tag gesteigert wird. 73 Proz. Streikbeteiligung sind zu verzeichnen. Doch schon in der nächsten Woche kann die Bewegung auf die älteren Neubaumieter übergreifen, die schon heute ihre Solidarität durch freiwilligen Kauf von Kampffondsmarken beweisen! Sie sind darüber hinaus gewillt, wenn die Hartnäckigkeit der Siedlungsgesellschaft nicht nachläßt, aktiv in diesen Kampf einzugreifen!

Zum Schluß noch einmal: Die Beauftragten der Mieter sind jederzeit zu Verhandlungen bereit und die Saboteure dieser Verhandlungen tragen deshalb die volle Verantwortung für alle sich daraus entwickelnden Konsequenzen.

Quartiere gesucht

Wir benötigen zu unserem Wochenend-Kursus einige Nachtquartiere und bitten die Genossen, die diese bereit stellen, es an R. Schuler, Mollwitzer Straße 11, mitzuteilen oder den Gast Sonnabend von 20—22 Uhr in der Cäcilienschule, Taschenstraße, abzuholen. Jungsozialisten.

Zum Tanzfest der Arbeiterjugend

werden alle interessierten Freunde für diesen Sonntag, nachmittags 5 Uhr, in den großen Saal des Gewerkschaftshauses geladen. Neben Volkstänzen, Walzern und Rheinländern Groteske Tänze, Handpuppenspiele sowie Darbietungen der Roten Blusen und der Spielgruppe der FGJ. geboten. Der Eintrittspreis von 50 Pfg. im Vorverkauf lohnt sich also. An der Abendkasse 70 Pfg. S.A.J. — FGJ.

Quabis
macht Wangen rot
Brot
Ueberall erhältlich!
Ueberall erhältlich!

„Tribüne"-Gruschwitz am Pranger!

Daß der „Herr Chefredakteur" der „Tribüne" — wie er sich gern nennen hört — zu den übelsten Blüten der üppig gedeihenden Breslauer Skandalpresse gehört, ist Kennern der Verhältnisse eine schon längst bewiesene Tatsache, und es ist stadtbekannt, daß die Aufmachung seines Blättchens in erster Linie einer gewissen Sucht nach perverser Lektüre oder noch mehr der Neugier des urteilslosen Publikums nach Sensationen Rechnung trägt. Wenn auch Neunzehntel des Inhaltes aus schmutzigen Fingern gesogen wird und meist irgend welchen rachsüchtigen Motiven entspringt, so braucht sich darüber ein „Journalist" vom Schlage Gruschwitz nicht die geringsten Bedenken machen — die Hauptsache ist, daß eine möglichst dicke Ueberschrift gefunden wird, weil daran am besten verdient werden kann.

Wenn es also auch im allgemeinen nicht anständiger Menschen Art ist, sich mit derartigen Presseerzeugnissen zu beschäftigen, so kann man doch manchmal, wenn man zufällig ein solches Blatt in die Hand bekommt, darin auch etwas von Allgemeininteresse finden. So konnte man z. B. in einem dieser Tage erschienenen Wochenblättchen „amüsante Details" über den „Herrn Chefredakteur" Gruschwitz lesen. Nachdem erzählt wurde, daß die „Tribüne" wegen unlauteren Wettbewerbs verklagt wurde, weil sie sich als „größte" politische Wochenschrift des Ostens bezeichne, heißt es dort wörtlich:

Ein panischer Schrecken ergriff den Schreiber Gruschwitz, der beschloß, mit äußerster Brutalität die Auflageziffer seiner Zeitung krampfhaft in die Höhe zu peitschen. Nur unter diesem durch und durch egoistischem Motto sind die drei letzten Nummern der „Tribüne" überhaupt zu verstehen, die schamlose Angriffe gegen zunächst wehrlose Menschen enthalten, Angriffe, die buchstäblich alles hinter sich lassen, was man jemals als tollste Ausgeburten der geradezu ungeheuerlichen grotesken Phantasie des „Tribüne"-Gruschwitz gewöhnt war. . . . .

Immer, also viele Jahre lang, hat Gruschwitz sich selber mit aller Wollust als einen absolut amoralischen Menschen bezeichnet und einer seiner stolzesten Augenblicke war stets, sich von seinem Gefolge als die notorische Verkörperung jedweder Perversität feiern zu lassen! Ein Blick auf sein Profil beweist, daß dieses Getue nicht ausschließlich aus Großfressigkeit bestand . . . . .

Eine Gerichtsverhandlung ergab vor wenigen Wochen ein unglaubliches Bild von der Inseraten-Abteilung der „Tribüne", deren Erpressermanieren schärfste Kritik herausfordern. . . . .

Noch nie, unserer Erinnerung nach, hat es in Breslau jemand gewagt, in derart abenteuerlicher Weise gegen die einfachsten Pflichten des sorgfältigen Reporters aufs gröbste zu verstoßen!

Niemals ist in der Breslauer Presse mit derselben kaltblütigen Ungeheuerlichkeit eine faustdicke Lüge auf die andere buchstäblich getürmt worden, niemals haben „Material"-Zuträger abscheulicher jeden letzten menschlichen Anstand vermissen lassen! Jedes Wort dieser „Artikel" ist unwahr, jeder Satz eine freche Zusammenrottung ekelhaftester Rachegelüste.

So konnte der „Herr Chefredakteur" nur von jemand geschildert werden, der ihn ganz genau kennen muß und wir haben dieser „duftenden" Kennzeichnung nichts hinzu zu setzen. . . .

Wenn wir diese Blütenlese aber hier wiedergeben, so aus dem Grunde, weil es immer noch in den Reihen der Arbeiterschaft auch Käufer und Leser der Kloakenpresse gibt, ja, man kann beobachten, daß selbst Erwerbslose von ihren kargen Existenzmitteln Beträge für solchen Dreck ausgeben, nur weil schließlich eine dicke Ueberschrift lautet „Riesenskandal in der SPD." oder „Vorwärts-Skandal" oder ähnlich und mit breitem Behagen Dinge erzählt werden, die man irgendwo dunkel gehört und die nach Jahren wieder einmal aufgewärmt werden müssen, vielleicht nur deshalb, um die Schandtaten unehrlicher Angestellter zu beschönigen, die sich an fremdem Eigentum vergriffen haben und deshalb entlassen wurden.

Es wäre wirklich an der Zeit, wenn die große breite Oeffentlichkeit und insbesondere die denkende Arbeiterschaft das Treiben dieser Sorte „Journalisten" erkennen und ihre Erzeugnisse der Verachtung preisgeben würde.

Ein Lob den städtischen Haushaltsschulen

Aus Elternkreisen schreibt man uns:

Ostern naht — und viele Eltern wissen nicht, was sie mit ihrem 13—14jährigen Mädel, das keine Lehrstelle finden konnte, beginnen sollen. Das Kind ist vielleicht auch körperlich schwächlich, man möchte ihm gerne noch ein Jahr gönnen, ehe mit der oft recht anstrengenden Berufsausbildung begonnen wird — aber wohin mit ihm? Im Haushalt der Mutter mitzuarbeiten, bereitet oft Schwierigkeiten. Es ist nicht genügend Beschäftigung da, um zwei Menschenkräfte auszufüllen, das Mädel ist in dem schwierigen Entwicklungsalter, in dem die Mutter nicht so recht fertig mit ihm wird — es soll auch etwas mehr lernen, als im kleinen, oft recht beschränkten Hauswesen daheim möglich ist — kurz, man überlegt hin und her und kommt zu keinem befriedigenden Resultat. Da möchte ich, als Vater eines heranwachsenden Mädels, auf eine Einrichtung aufmerksam machen, die für zur Entlassung kommende Volksschülerinnen bestimmt und die in weiten Kreisen unbekannt ist. — Wir haben in Breslau in allen Stadtgegenden städtische Haushaltungsschulen, in denen die jungen Mädchen in 30 Wochenstunden ein Jahr lang in allen Zweigen des Hauswesens gründlich unterrichtet werden.

Sie lernen die einfache und feinere Küche, Wäsche und einfache Kleidungsstücke nähen, ausbessern, waschen, plätten, alle vorkommenden Hausarbeiten, haben Kleingartenbau, Kinder- und Krankenpflege, Kindergartenunterweisung, Ernährungslehre, Deutsch, häusliche Buchführung, Rechnen und Turnen. Das Schulgeld beträgt zurzeit 7 Mark monatlich und wird für Kriegerwaisen auf Antrag von der Hinterbliebenenfürsorge bezahlt. Die Räume sind hell und luftig und mit allen neuzeitlichen Geräten und Hilfsmitteln eingerichtet. Die Schulen befinden sich:

Sandergasse: für die Stadtmitte,
Kleinschkau- und Blücherstraße: für den Norden,
Liegnitzer Straße: für den Westen,
York- und Steinstraße: für den Süden,
Löschstraße und Zimpel: für den Osten.

Diese Haushaltungsschulen sind für Schülerinnen, die aus der 1. und 2. Klasse einer achtstufigen und der 1. Klasse einer siebenstufigen Volksschule entlassen werden.

Die Mädchen, die aus 3. und 4. Klassen und der Hilfsschule kommen, werden in besonderen Sammelkursen unterrichtet, und zwar: Kirchstraße, Yorckstraße und Katzbachstraße. Mein Mädel hat eine Haushaltungsschule besucht, und ich kann nur raten, von dieser Einrichtung recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Kinder sind nach diesem Jahr körperlich gekräftigt, haben häufig erst jetzt ihre Veranlagung für einen bestimmten Beruf erkannt und haben für ihren späteren Hausfrauen- und Mütterberuf eine gediegene Vorbildung erhalten. Auch werden sie gerne als Hausgehilfinnen angenommen und finden mit dieser Vorbildung Aufnahme in den Kinderpflegerinnenausbildungskursen.

Anmeldungen werden täglich in allen Haushaltungsschulen entgegengenommen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele
Nur noch heute, 5 und 8 Uhr
Geheimnisse des Orients
Ferner: NURJ der weiße Elefant
Ein Film von LOLA KREUTZBERG

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr

Abteilung Innere Stadt (Distrikte 10/34). Alle Kassierer müssen heute die verkauften Karten beim Distriktsführer abrechnen. Distrikt 34 bei Genossen Schneider, Katharinenstraße 3 III.

Distrikt 8. Montag, den 24. Februar, 20 Uhr, in Belhoffs Gaststätte, Rehdiger-, Ecke Viktoriastraße, Frauenabend. Rednerin Genossin Proskowski. Thema „Gefährdetenfürsorge".

Distrikt 14. Sonntag, den 23. Februar, bei Mally, Westendstraße 37, Familienabend.

Distrikt 31. Montag, den 24. Februar, 20 Uhr, bei Langer, Augustastr. 100, Frauenversammlung. Redner Genosse Preuß. Vorlesungen aus dem Buch „Im Westen nichts Neues".

Distrikt 35. Sonnabend, den 23. Februar, bei Urbanski, Fröbelstraße 10, 19,30 Uhr, Funktionärversammlung.

Distrikt 38. Montag, den 24. Februar, 20 Uhr, bei Hübner, Gabitz-, Ecke Menzelstraße, Frauenabend. Rednerin Genossin Bittner. Thema: Wohlfahrtsfragen und Arbeiterwohlfahrt.

Distrikt 45. Sonnabend, den 22. Februar, 20 Uhr, bei Krause, Carlowitz, Distriktsversammlung. Redner Genosse Mehlin.

Distrikt 47. Sonntag, den 23. Februar, 15 Uhr, Distriktsversammlung bei Görlitz, Schmiedefeld. Redner Genosse H. Löbe.

Distrikt 48. Sonnabend, den 22. Februar, 20 Uhr, bei Maskos, Herrnprotsch, Frauenversammlung. Rednerin Genossin Simmel.

Distrikt 52. Sonnabend, den 22. Februar, 19,30 Uhr, bei Owietzko, Rosenthal, Distriktsversammlung. Redner Genosse Ruffert.

Jungsozialisten

Zentrale. Heute abend beteiligen wir uns am Vortrage von Genossen Dr. Sternberg über „Amerika und die Weltkrise". Beginn 20 Uhr in der Cecilienschule, Taschenstraße. Die Gruppenobleute kommen um 19½ Uhr zur Abholung von Material zusammen.

Voranzeige. In einer großen Veranstaltung am Sonnabend, den 8. März, spricht Genosse Siegfried Marck über das aktuelle Thema „Leo Trotzki — der Genosse ohne Visum". Dazu Musik, Gesang, Gedichte. Eintritt 20 Pf. Der Kartenverkauf hat begonnen.

Sozialistischer Kampfbund

Wir beteiligen uns mit den Jungsozialisten an den Vorträgen des Genossen Dr. Fritz Sternberg. Beachtet die Notizen. Die für Sonntag angesetzte Veranstaltung findet statt. Pflicht eines jeden Genossen ist, sich zu beteiligen.

Kassierer. Die Februarbeiträge sind Sonntag bei Genossen Müller im Gewerkschaftshause abzurechnen.

Abteilungsleiter, Obleute und Spielleiter der Kapellen! Die erweiterte Vorstandssitzung findet Dienstag 20 Uhr bei Handke, Lehmdamm, statt.

Sozialistische Arbeiterjugend

An alle! Wir weisen auf die Vorträge von Dr. Sternberg hin, insbesondere auf den Wochenendkursus. Näheres siehe unter Jungsozialisten. Sonntag sind wir alle zum Tanzfest im Gewerkschaftshause. Bringt eure Eltern mit.

Erweiterter Vorstand. Mittwoch 20 Uhr Sitzung im Büro. Werbeaktion und Zeltlager stehen zur Debatte.

Achtung, Funktionäre! Zum Vortrag des Genossen Mahlin über das „Berufsausbildungsgesetz" sind wir Montag im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Erscheinen aller ist Pflicht.

Heim 1. Arbeitsgemeinschaft „Die Utopisten".
Heim 2. Liederabend in der Baracke. Instrumente nicht vergessen.
Heim 3. „Marx und Engels", Vortrag.
Heim 4. „Der Arbeiterführer Lassalle." Vortrag von Herbert Löbe.
Heim 5. Novellenabend.
Heim 6. Der junge Arbeiter im Betrieb.
Heim 7. Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der Arbeiterbewegung".
Heim 8. Die Ziele der sozialistischen Jugendbewegung.
Heim 11. Liederabend.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Achtung, FGJ. Wir treffen uns Sonntag alle beim Tanzfest im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Einlaß 17 Uhr. Anfang 18 Uhr. Kabarett, Revue und Tanz. Eintrittskarten sind noch im Vorverkauf zum Preise von 50 Pf. zu haben. An der Abendkasse 70 Pf.

Buchdruckerjugend. Sonnabend ab 18,30 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Anschließend Lichtbildervortrag des Genossen Reinhold Zimmer über „Schweden, Land und Leute".

Graphische Jugend. Montag ab 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus Spiel und Unterhaltung.

Holzarbeiterjugend. Montag ab 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus, Zimmer 144, Liederabend.

Bund der Freidenkerjugend

Heute abend treffen sich alle Interessenten der Spielgruppe um ½8 Uhr im Heim Grünstraße 14/16. Sonnabend treffen sich alle Funktionäre der Gruppen Ost und Süd um 8 Uhr in der „Weißen Schleife". Sonntag geht Gruppe Ost und Nord auf Fahrt und zwar nach dem Landheim. Gruppe Ost trifft sich um ½8 Uhr auf der Grünstraße 14/16.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilung 5. Sonntag alle Jungfalken um 8 Uhr an der Hindenburgbrücke zur Fahrt. Rote Falken Fahrt-Alarmbereitschaft.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein Oswitz. Heute Freitag 19,30 Uhr bei Bensch wichtige Monatsversammlung.

Vereinskalender

Generalversammlung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 9½ Uhr, in dem Zentralhallsälen. Eintritt nur gegen Mitgliedsausweis. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Klempner und Hilfsarbeiter (Vertrauensleute). Freitag, den 21. Februar, um 18,30 Uhr pünktlich im Verbandsbüro, Sitzungszimmer 152.

Klempner und Hilfsarbeiter. Außerordentliche Branchenversammlung am Sonnabend, den 22. Februar, 10,30 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses.

Elektriker. Sonnabend, den 22. Februar, 10,30 Uhr, im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses Branchenversammlung.

Taschendiebstähle am Hauptbahnhof

Eine Diebin zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt

Am 26. Oktober wurde auf den Bahnsteigen des hiesigen Hauptbahnhofs eine Frau beobachtet, die sich dort stundenlang aufhielt. Da bemerkte eine Frau, die in einen Zug einsteigen wollte, daß ihr die Handtasche geöffnet worden war. Es fehlten daraus zwei Brieftaschen, die zwar kein Geld enthielten, aber sonst allerlei Kleinigkeiten, darunter wertvolle Andenken. Bei diesem Diebstahl war die Diebin von einer Frau beobachtet worden, die auf dem Bahnsteig saß und auf einen anderen Zug wartete. Sie bemerkte, wie die Diebin eilig in einen Eisenbahnwagen stieg, an anderen Ende diesen Wagen aber wieder verließ, sich dicht am Zuge entlangdrückte und in die Bedürfnisanstalt hineinlief. An demselben Tage waren dem Eisenbahnpersonal bereits zwei andere Taschendiebstähle gemeldet worden. In beiden Fällen waren Frauen die Portemonnaies mit Inhalt gestohlen worden. Bei der einen Frau handelte es sich um 15 Mark, während die andere eine größere Summe in Fünf- und Zweimarkstücken in der Geldtasche gehabt hatte. Da ohne weiteres anzunehmen war, daß die im Klosett befindliche Frau die Diebin sei, wurde sie aufgefordert, herauszukommen. Da sie dieser Aufforderung nicht bald nachkam, wurde die Bedürfnisanstalt beobachtet und der Bahnsteig gesperrt. Wie sie dann herauskam, wurde sie in das Büro geführt und einer Visitation unterzogen. Es war bei ihr aber weiter nichts zu finden, als einige Fünf- und Zweimarkstücke. Den in ihrem Besitz befindlichen Regenschirm hatte sie in eine Ecke des Büros gestellt und als man ihr zeigte, daß sich daran noch deutliche Spuren davon befanden, daß sie ihn als Werkzeug bei der Vernichtung des Diebesgutes gebraucht hatte, stellte sie in Abrede, daß dies ihr Schirm sei. Als dann das Klosett einer näheren Besichtigung unterzogen wurde, staken tief im Rohr die beiden Brieftaschen und die beiden Portemonnaies, in denen sich noch ein Teil des Geldes befand. Mit dem Schirm hatte sie diese Gegenstände tief hineingepreßt. Auf Grund dieser Beweismittel wurde sie verhaftet. Es war die 37 Jahre alte geschiedene Frau Elfriede Tenschert, die schon oftmals wegen Diebstahls vorbestraft ist. Bei ihrer Verhaftung hörten dann die Diebstähle auf dem Hauptbahnhofe auf, während sonst wöchentlich 4 bis 5 solcher Taschendiebstähle gemeldet wurden. Die Tenschert stand jetzt vor dem Erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Sie bestritt überhaupt, die Diebstähle begangen zu haben. In Anbetracht der Gemeingefährlichkeit solcher Taschendiebinnen auf Bahnhöfen, versagte ihr das Gericht mildernde Umstände und verurteilte sie zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Drei Monate wurden als verbüßt angerechnet.

2½ Jahre Zuchthaus für ein Sittlichkeitsverbrechen

Unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens an Mädchen von 9 bis 13 Jahren hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht der 47 Jahre alte Schuhmacher Herrmann Grabowski zu verantworten. Der Angeklagte, der selbst mehrere Kinder hat, ist bereits im Jahre 1925 wegen Sittlichkeitsverbrechen mit zweieinhalb Jahren Gefängnis vorbestraft. Unter den mißbrauchten Kindern befindet sich auch seine 11jährige Stieftochter. Das Urteil lautete auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. In Anbetracht der Höhe der Strafe wurde der Verurteilte sofort in Haft genommen.

Erstes Schwurgericht 1930

Am Montag, den 24. Februar, findet unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Biermann die erste diesjährige Schwurgerichtssitzung statt. Es werden nur zwei Straftaten zur Verhandlung gelangen, und zwar am 24. Februar gegen die Stellenbesitzerin Anna Dellibor aus Kutschenorwitz, Kreis Wohlau, wegen vorsätzlicher Tötung und am 25. Februar gegen den Ackerkutscher Ernst Unverricht und den Maurerlehrling Konrad Unverricht, beide aus Jackschönau, Kreis Breslau, wegen Körperverletzung mit Todeserfolg.

Wochenend-Kursus

Für alle Mitarbeiter der sozialistischen Jugendbewegung veranstalten wir einen Wochenendkurs mit dem Thema: „Krise, Reservearmee und Lohn in der Nachkriegszeit". Als Referent ist der Genosse Dr. Fritz Sternberg gewonnen. Beginn Sonnabend 17 Uhr und Sonntag früh 9 Uhr, in der Cecilienschule, Taschenstraße.

Jungsozialisten. Sozialistischer Kampfbund.
Sozialistische Studenten. Naturfreunde-Jugend.

Zum Milchkrieg in der Gräbschener Straße

schreibt uns der Direktor der Breslauer Molkerei, in Breslau seien die Preise für Trinkmilch und auch die Handelszuschläge äußerst kalkuliert und im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten und auch zu anderen Orten in Schlesien recht niedrig bemessen, so daß „für den Urheber der Preisunterbietungen ein sachlicher Grund nicht gegeben" sei.

Ein sachlicher Grund für den Geschäftsmann Göbel, die Milch billiger zu verkaufen, ist natürlich vorhanden. Er besteht darin, daß er sich Kundschaft werben will. Aber welcher sachliche Grund besteht denn nun für die Molkerei, die Milch vor dem Laden des Konkurrenten noch um zwei Pfennige billiger zu verkaufen? Ist es ein sachlicher Grund, wenn man den Konkurrenten totmachen will, um dann mit dem Preise nicht nur auf den alten Stand, sondern vielleicht noch darüber hinaus zu gehen, damit die Kriegskosten wieder hereingebracht werden? Im Publikum wird man diese „Sachlichkeit" wohl kaum recht zu würdigen wissen.

Der Volksbund für neue Erziehung

hielt am 15. Februar im Saale des „Goldenen Zepters" seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Dr. Ganzenmüller, schilderte die Tätigkeit des Vereins im letzten Jahre und bat um Kritik und Ratschläge. Es wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, um die Ideen des Bundes zu propagieren und besonders Lehrer und Jugendliche zur Mitarbeit heranzuziehen. Frau Simmel gab den Kassenbericht, der einstimmig genehmigt wurde. Sie will das mühevolle Amt der Kassiererin, das sie während vieler Jahre verwaltet hat, wegen sonstiger Ueberlastung abgeben und nur noch als Beisitzer im Vorstand verbleiben. Zu ihrer Nachfolgerin wurde Frau Markus gewählt. Der Vorstand wurde durch die Wahl von Fräulein Bluhm und Baruth erweitert. Als Vertreter der Jugend soll ihm Herr Fingerhut angehören.

Winterreisen und Wochenendkarten!

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns:

Der diesjährige ungünstige Winter hat der Fremdenindustrie im Gebirge schweren Schaden zugefügt, der sich auch auf die weitere Wirtschaft Schlesiens auswirkt. Seit etwa 14 Tagen ist aber nun gutes Sportwetter in die Gebirge eingezogen. Die schlesischen Gebirge haben, wie auch in den letzten Wintern, die höchste und beste Schneelage in Deutschland überhaupt, selbst Oberbayern hat nicht so günstige Schneelage wie Schlesien. Im Iser-, Riesen-, Glatzer- und Altvater-Gebirge liegt der Schnee fast ein Meter hoch, im Eulengebirge 35 Zentimeter. Die Sportverhältnisse sind allenthalben gut bis sehr gut, dazu herrscht mildes und heiteres Frostwetter. Es ist also alles dazu angetan, den Aufenthalt im Gebirge so angenehm wie möglich zu machen. Bei der Schneelage ist der Schneesport noch auf viele Wochen möglich. Februar und März sind die besten Monate für das Betreiben des

KSV VORWÄRTS
Zollerhöhungen für Kaffee und Tee
sind beschlossen.
Haushaltsbestände bis zu 10 Pfund
unterliegen nicht der Nachversteuerung.
Wir empfehlen unseren Mitgliedern
die vorzüglichen
GEG-Qualitäten
noch zu alten Preisen.
Konsum- u. Sparverein
„Vorwärts"
für Breslau und Umgegend.

Achtung! **Achtung!**

Montag, den 24. Februar, 20 Uhr,

Sitzung des erweiterten Parteivorstandes

im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

Vollzähliges, pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Schneesports und den Erholungsaufenthalt im Gebirge während des Winters, umsomehr, als die Tage immer länger werden und so der Aufenthalt voll ausgenutzt werden kann. Wir regen daher an, die jetzige Zeit für Sport- und Erholungsreisen auszunutzen und machen für Wochenendfahrten auf die Ausgabe unserer billigen Wochenendkarten aufmerksam, die zum Preise ab 5 Mark Sonnabend Abendessen, Uebernachten, Sonntag Frühstück, Mittag- und Abendessen gewähren. Leider wird von dieser Einrichtung, die wir im Interesse des Publikums geschaffen haben, viel zu wenig Gebrauch gemacht. Die Wochenendkarten sind in unserer Auskunftsstelle im Hauptbahnhof (Verkehrshalle, Verkehrsvereien Breslau) werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

Ringkämpfe im Zirkus Busch

Der Donnerstag wurde durch die Begegnung des Letten Peterson mit dem Kölner Emonds eingeleitet. Beide Gegner mußten sich nach 25 Minuten mit einem Unentschieden begnügen. Gesteigert wurde die Stimmung noch durch den Kampf des Sibiriers Grikis gegen den Serben Vlach. Grikis siegte nach 2,05 Minuten durch Ausheber mit Mühle. Mit Interesse sah man dann die Bemühungen Kämpfers, dem bisher unbesiegten Motyka-Prag schon in den ersten Gängen entscheidend beizukommen. Motyka verteidigte sich aber sehr geschickt, so daß die Begegnung unentschieden ausging. Nicht ganz befriedigen konnte nach dem bisher stimmungsvollen Verlauf des Kampftages der Schlußkampf zwischen dem Weltmeister der Mittelgewichtler, Grüneisen-Schweiz und dem Dortmunder Ahrens. Ein tragischer Zwischenfall außerhalb der Matte raubte dem überlegenen Schweizer viel von seiner Aufmerksamkeit, so daß ihn der an Kräften überlegenere Ahrens nach einer Stunde drei Minuten durch Untergriff von vorn besiegen konnte. Inzwischen sind während der ersten Kampftage bereits sechs Teilnehmer um Deutschlands Meisterschaft ausgeschieden. Es sind dies: van Denk-Holland, Gursky-Polen, Weinert-Dresden, Kienscherf-Berlin und Pohlfuß-Spandau. Vier Niederlagen hat schon Arokul-Finnland, drei dagegen erst Wolke-Bremen aufzuweisen. Schnell drängen die einzelnen Kämpfe zu den Endausscheidungen hin. An jedem Tag sind interessante Paarungen auf dem Programm. Am heutigen Freitag ringen: Grikis-Sibirien gegen Wolke-Bremen; in Entscheidung Motyka-Prag gegen Grüneisen-Schweiz; Kämpfer gegen Ahrens; in Entscheidung Neström-Schweden gegen Emonds-Köln.

---

* **Breslauer Volksbühne.** Zu der Montag, den 24. Februar, im Konzerthaus stattfindenden öffentlichen Generalprobe des Achten Abonnementskonzertes, in dem unter Mitwirkung der Breslauer Singakademie der Gesang der Parzen von Brahms, das Requiem von Reger und das „Te deum“ von Bruckner zur Aufführung gelangen, stehen den Mitgliedern der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, sehr ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 1.—, 1,40 und 1,70 Mark zur Verfügung. Außerdem sind für das Konzert, das die bekannte Lautensängerin Elsa Laura von Wolzogen am Donnerstag, dem 27. Februar, im Mozartsaal gibt, für die Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zu dem sehr ermäßigten Einheitspreis von 1 Mark vorrätig.

* **Schlesische Gesellschaft für Erdkunde zu Breslau.** Mittwoch, den 26. Februar, 20 Uhr, im Hörsaal des Geographischen Instituts, Martinistraße 9 I, Vortrag von Herrn Prof. Dr. K. Olbrich-Holland (mit Lichtbildern). Ferner findet am Freitag, den 28. Februar, ebenfalls im Hörsaal des Geographischen Instituts, Martinistraße 9 I, eine außerordentliche Sitzung statt, welche ausnahmsweise bereits um 18,15 Uhr beginnt. Herr cand. phil. Nehemed Sükrü wird einen Vortrag halten über „Vom Uebergang vom osmanischen Sultanat zur türkischen Republik“. Der Redner ist ehemalig türkischer Offizier, welcher aus eigener Anschauung der Nachkriegsereignisse in der Türkei sprechen wird.

* **Der Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer**, Ortsgruppe Breslau, hat seine nächste Monatsversammlung Montag, den 24. Februar, 20 Uhr, im Großpietschsaal, Ohlauer Stadtgraben. Vortrag und Diskussion über: „Die Beziehungen zwischen Schulmusik- und Privatmusikunterricht.“ Referent: Arnold Ebel aus Berlin, I. Vorsitzender des Hauptvorstandes. Gäste willkommen! Eintritt frei!

* **Außeninstitut der Technischen Hochschule Breslau.** Donnerstag, den 6. März, 20 Uhr, findet im Hörsaal 301 der Technischen Hochschule, Uferzeile 4/5, ein Vortrag des Herrn Dr. Rose über „Industrielle Fähigkeitsschulung“ statt. Der Eintritt ist frei.

* **Kurswagen zur Leipziger Messe.** Anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse wird der Kurswagen 1. bis 3. Klasse Warschau—Breslau und zurück in den Zügen D 218 und D 217 und im Bedarfsfalle noch ein Verstärkungswagen in der Zeit vom 28. Februar bis einschließlich 10. März in den Zügen D 118 / D 132 und D 131 / D 117 bis und von Leipzig durchgeführt.

* **Ein rasender Radfahrer** hätte gestern mittag in der Ohlauer Straße beinahe einen schweren Unfall verursacht. In scharfem Tempo überholte er ein Lastauto, das er kurz nach dem Ueberholen durch scharfes Rechtsherüberfahren abschnitt. Im gleichen Augenblick wollte auch ein Fußgänger den Fahrdamm überschreiten. Der rasende Radfahrer konnte nicht mehr halten oder ausweichen, riß den Passanten um und beide kamen vor das anfahrende Lastauto zu liegen. Nur der Geistesgegenwart des Kraftwagenführers, der seinen schweren Wagen sofort zum Stehen bringen konnte, war es zu verdanken, daß die beiden Männer nicht überfahren wurden. Beim Sturz hatte der Radfahrer eine Verletzung erlitten und mußte die Unfallstation aufsuchen.

* **Einbruch in eine Konditorei.** In der Nacht zu Donnerstag statteten ungebetene Gäste einer Konditorei in der Matthiasstraße 66 einen Besuch ab und nahmen Konditorwaren, Schokolade, Zigaretten und Kleidungsstücke im Werte von 280 Mark als Beute mit.

* **Einen Selbstmordversuch durch Gas** unternahm am Donnerstag eine Hausangestellte im Hause Taschenstraße 12. Sie klagte mehrfach über schlechte Behandlung durch die Herrschaft und hat deshalb vorher schon mehrfach Selbstmordabsichten geäußert.

* **Auf, zur Koseler Eisbahn** bei elektrischer Beleuchtung, auf der 6000 Quadratmeter großen Eisfläche auf dem Koseler Teich, hinter dem Gasthof zum Lindenpark. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.

Wirtschaftliche Fachschule für Arbeiter und Angestellte Peterswaldau

Vorbereitungskurse.

Der erste sechswöchige Vorbereitungskursus beginnt Ende Februar 1930 und wird bis gegen Ostern dauern. Anfang Mai beginnt dann der zweite Vorbereitungskursus, der Mitte Juni abgeschlossen sein wird. Die Unterrichts- und Lehrgebiete, die in diesen beiden Kursen behandelt werden, dienen speziell der Einführung in das moderne Wirtschafts- und Staatsleben und können als Vorschulung für den Hauptlehrgang betrachtet werden.

Folgende Arbeitsgebiete werden behandelt:

1. **Staatsbürgerkunde und Politik.**
2. **Einführung in das Wirtschaftsleben.**
3. **Moderne Wirtschaftsgeschichte.**
4. **Politische und soziale Geschichte der deutschen Republik.**
5. **Wesen und Probleme der Arbeiterbewegung.**
6. **Privates und soziales Recht** (einführende Rechtsbetrachtungen).
7. **Probleme des Zusammenlebens der Völker** (einführende geopolitische Betrachtungen).

Auch in diesen Vorbereitungskursen sind Uebungen in Stilkunde und Rhetorik und solche zur Technik des geistigen Arbeitsprozesses, Turnen und Sport, Exkursionen und Gemeinschaftsabende vorgesehen.

Als Fachreferenten für diese Kurse sind folgende Herren bereits gewonnen: Oberpräsident Lüdemann, Generalsekretär Zanona, Oberregierungsrat Dr. Hamburger, Büchereidirektor Moering, Kuratus Dr. Reitze, Reichstagsabgeordneter Wendemuth u. a.

Aufnahmebedingungen.

Aufgenommen werden junge Arbeiter und Angestellte im Alter von 18 bis 27 Jahren. Jeder Bewerber hat der Schulleitung ein Gesuch einzureichen, dem ein selbstgeschriebener Lebenslauf beizufügen ist. Dann erhält er von der Schulleitung eine schriftliche Arbeit gestellt. Von deren Ausfall und von dem Gutachten einer im öffentlichen Leben stehenden Vertrauensperson, das der Bewerber beizubringen hat, wird es abhängig sein, ob sich die Schulleitung zur Aufnahme entschließt. Die Unterhaltungskosten in Höhe von monatlich 80 Mark soll jeder Schüler nach Möglichkeit selber tragen (der Besuch eines Vorbereitungskursus würde daher einen Betrag von 120 Mark erfordern.) Für eine Anzahl unbemittelter Schüler können auf Antrag vom Verein Ermäßigungen bis zur Hälfte des Betrages gewährt werden. Auch ist es den Schülern anheimgestellt, sich nach ausreichenden Stipendien anderweitig (bei ihren Organisationen oder bei Kommunen) umzusehen.

Das Heim liegt am Osthang des Eulengebirges in **wundervoller Lage.** Es ist von Breslau aus in zwei bis **drei Stunden mit der Bahn** zu erreichen. Die Schüler werden im Heim selbst wohnen, leben und arbeiten. Saubere und zweckmäßig eingerichtete Arbeits- und Wohnräume bieten die Gelegenheit für gründliche und ernste Arbeit.

Gesuche um Aufnahme in den ersten Vorbereitungskursus können noch bis Ende des Monats und müssen für den zweiten Vorbereitungskursus bis Ostern an die Leitung des Arbeiterschulheims in Peterswaldau gerichtet werden.

Liebich-Theater

Helmut Lichterfeld, der zehnjährige Kraftmensch, ist prolongiert und setzt auch in der zweiten Monatshälfte die Besucher als Kettensprenger sowie als Steinklopfer mit der bloßen Baust, in Erstaunen. Aber es will uns doch nicht recht zusagen und auch nicht glaubhaft erscheinen, wenn der Vater erzählt, Helmut habe Feinde, die ihm sogar nach dem Leben trachten, weil sie seine Konkurrenz fürchten. Prolongiert ist auch Andre Renaud, der junge französische Klaviervirtuose, der durch sein Spiel an zwei Flügeln das Publikum ganz ungemein begeistert. Die übrigen Nummern sind neu. Da sind zunächst die Lorandos, Komiker auf dem Drahtseil, die in humorvoller Maskierung allerhand gefährliche und halsbrecherische Künste ausführen. Ines und Isabella, ein Damen-Tanzduett, erfreut aller Augen durch seine ganz entzückend-graziöse Kunst. Bowden und Garden toben sich humorvoll auf Rädern aus. Rudi Grafl ahmt unter Klavierbegleitung Trompeten-, Saxophon- und Frauenstimmen erstaunlich täuschend vor. Dann gibt es wieder einmal eine Truppe von arabischen Springern und Pyramidenbauern, die Hady Ali, die mit zu den besten ihrer Art gehört. Nereide, die Erschaffung des Weibes aus dem Nichts, ist eine ganz eigenartige Illusion. Ein großer Glaskasten, der nichts enthält, wird mit Wasser gefüllt, dem dann eine Dame entsteigt. Dasselbe Experiment wird bald darauf mit einer zweiten Dame wiederholt. Rudolf Mälzer ist den Breslauern ein alter Bekannter, dessen kräftiger Humor auch diesmal seine Wirkung nicht verfehlt. Und schließlich sind die Faßspringer Peters und Billy seit längerer Zeit wieder einmal in Breslau, die seitdem noch keine rechten Nachahmer gefunden haben. Mitten im übrigen Programm eine Lärmszene unter dem Publikum. Lilly Gaal, die im Tanzpalast gastiert, führt sich damit ein, um dann auf der Bühne einen Charleston zu parodieren. Im ganzen also wieder ein Programm, das den bisherigen dies Winters an Güte nicht nachsteht.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Gestern ist es in den Sudetenländern beim Eindringen wärmerer Luftmassen zu stärkerer Bewölkung gekommen und vereinzelt ist auch etwas Niederschlag gefallen. Die Temperaturen stiegen allgemein an und auch im Hochgebirge wurde stellenweise der Gefrierpunkt erreicht. Da von Nordskandinavien erneut Kaltluft südwärts vordringt, so haben die Sudetenländer bei vielfach stärker aufheiterndem Wetter neue Frostzunahme zu erwarten. Ein über Süditalien sich ausbildendes Störungszentrum wird erst späterhin Einfluß auf die Witterung Mitteleuropas erlangen.

Aussichten für das schlesische Flachland, die schlesischen Mittel- und Hochgebirge:
Bei auffrischenden östlichen Winden vielfach aufheiterndes, nur vereinzelt neblig-trübes, trockenes Wetter, Frostzunahme.

Sonnenaufgang 7,07 Uhr — Sonnenuntergang: 17,21 Uhr.

Das Wetter im Gebirge:

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über Temperatur (7 Uhr früh), Wetter, Windrichtung, Schneehöhe (Zentimeter), Neuschnee (Zentimeter), Schneebeschaffenheit, Sportmöglichkeit.

Heufuderbaude: —4, heiter, SO 2, 60, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Bad Flinsberg:** —8, heiter, S 2, 6, verharscht, Ski mäßig, Rodel gut. **Oberschreiberhau:** —9, heiter, W 1, 4, Schneedecke durchbrochen, Ski und Rodel gut. **Neue Schlesische Baude:** —7, heiter, still, 90, bereift, Ski und Rodel sehr gut. **Reifträgerbaude:** —8, heiter, still, 90, bereift, Ski und Rodel sehr gut. **Krummhübel:** —3, heiter, SW 1, 6, vereist, Ski mäßig, Rodel gut. **Brückenberg:** —8, heiter, SO 1, 20, Schneedecke verharscht, Ski und Rodel gut. **Oberseidorf:** —7, heiter, SO 1, 10, bereift, Ski mäßig, Rodel gut. **Teichmannbaude:** —10, heiter, still, 28, verharscht, Ski und Rodel gut. **Schlingelbaude:** —7, heiter, still, 40, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hampelbaude:** —8, heiter, SW 1, 27, verharscht, Ski und Rodel gut. **Schlesierhaus:** —7, heiter, SO 3, 40, verharscht, Ski und Rodel gut. **Grenzbauden:** —10, heiter, O 5, 66, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Peterbaude:** —5, heiter, S 2, 70, verharscht, Ski und Rodel gut. **Bad Salzbrunn:** —3, heiter, O 1, 1, vereist, Ski und Rodel nur stellenweise möglich. **Görbersdorf:** —2, heiter, O 1, Schneedecke durchbrochen. **Siebenkurfürstenbaude:** —6, heiter, O 3, 15, gekörnt, Ski und Rodel gut, Schneedecke im Wald gekörnt, freie Stellen bereift, im Wald Pulverschnee. **Eulenbaude:** —7, heiter, NW 2, 35, bereift, Ski und Rodel gut. **Bad Altheide:** —, bewölkt, NO 1, Schneeflecken. **Bad Reinerz:** —8, Nebel, SW 2, 8, verharscht, Ski und Rodel gut. **Ziegenhausbaude:** —8, bewölkt, NO 2, 53, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hindenburgbaude:** —9, heiter, still, 70, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Hohe Mense:** —10, heiter, O 2, 80, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Bad Kudowa:** —8, heiter, OSO 1. **Bad Landeck:** —3, bewölkt, N 1, Schneeflecken, vereist, nur Rodel möglich. **Wölfelsgrund:** —8, bewölkt, still, Schneeflecken, vereist, Ski und Rodel mäßig. **Glatzer Schneeberg (Schweizerei):** —9, heiter, still, 83, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Mittelwalde:** —5, bewölkt, still, 15, verweht, Ski und Rodel gut. **Hochschar:** —5, heiter, NO 3, 66, bereift, Ski und Rodel sehr gut. **Raisberg:** —8, heiter, N 1, 85, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Wetzlerheim:** —7, heiter, still, 20, Schneedecke vereist, Ski und Rodel mäßig.

Wasserstand

	20.2.	21.2.		20.2.	21.2.
Ratibor	1.20	1.18	Koniern (Unter-Pegel)	1.92	1.86
Neisse (Stadt)	— 0.70	0.72	Dyhernfurth	1.21	1.18
Neissemündung (Unt.-Pegel)	1.56	1.59	Abflußmenge (sekundlich)	0.73	0.71
Brieg (Mastenkran)	1.82	1.70	Fürstenberg v. 2. 2.	+ —	0.11
Treschen	— 0.11	0.18	Wasserwärme + 1°		

Breslauer Produktenbörse v. 20. Februar 1930

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 20. Februar 1930 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Wagenladungen.

Tendenz: Getreide Matt. — Mehl: Ruhig. — Oelsaaten: Still. — Kartoffeln: Geschäftslos.

Tägliche Amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide.	20.	19.
Weizen* 75,5 kg Eft.-G. min. p.hl	22.50	22.70
Roggen* 71,2 kg	16.00	16.10
Hafer mittlerer Art u. Güte neu	12.00	12.00
Braugerste, feinste	—	—
Braugerste, gute	17.00	17.00
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	14.50	15.00
Wintergerste mittl. Art und Güte	14.00	14.00

*) Mittlerer Art und Güte

Bei dem Verkauf ab Verladestation ermäßigt sich der Preis im allgemeinen um die Fracht von der Verladestation.

Amtliche Notierungen für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	20.	19.		20.	19.
Weizenmehl	32.75	33.00	Auszugmehl	38.75	39.00
Roggenmehl*	23.00	23.25			

* 65 % Roggenmehl 1 Rml. teurer, 60 % 2 Rml. teurer.
Feinere Sorten werden höher bezahlt

Kartoffeln (Erzeugerpreise)

Speisekartoffeln (ab Erzeugerstation) gelbe 2.00, rote 1.70, weiße 1.50
Fabrikkartoffeln ab Verladestation für das Prozent Stärke 0,06½.

Oelsaaten:	20.	17.		20.	17.
Mittl. Art und Güte lgt. Ernte			Senfsamen	32.00	32.00
Winterraps	—,—	—,—	Hanfsamen	28.00	28.00
Leinsamen	36.00	36.00	Blaumohn	72.00	72.00

Arbeiter-Sport

Handballvorschau für Sonntag, den 23. Februar 1930

Sonntag für Sonntag werden die Spiele im Handball immer spannender. Während man in der Männer-A-Klasse, Gruppe West, schon Fichte-Mochbern als Gruppenmeister betrachten kann, so ist in der Gruppe Ost noch keine Klärung vorhanden, da jetzt 7. und 6. Abteilung punktgleich an der Spitze stehen. Wenn in den außenstehenden Spielen der beiden Mannschaften keine Ueberraschung geschieht, so dürfte man auf das Ausscheidungsspiel gespannt sein.

1926 — 5. Abteilung, Domitz. Hier stehen sich zwei Mannschaften, die vollständig an Spielstärke gleich sind, gegenüber. Nur der etwas bessere Torschuß der 5. Abteilung könnte zu einem knappen Siege beitragen.

1. Abteilung — Fichte-Mochbern, Eichenpark. Die 1. Abteilung, die gegen Mochbern immer eines ihrer besten Spiele lieferte, wird alles daran setzen, um diesmal auf eigenem Platz ehrenvoll abzuschneiden.

8. Abteilung — 7. Abteilung, Helmutwiese. In diesem Spiel findet die 7. Abteilung einen nicht zu unterschätzenden Gegner, der ihnen schon im letzten Spiel viel zu schaffen machte. Trotzdem wird die 7. Abteilung, die noch Aussichten auf die Gruppenmeisterschaft hat, sich ihrer Sache bewußt sein und alles daran setzen, um die Punkte für sich zu entscheiden.

1897 — Z.d.A., Helmutwiese. In der jungen, noch entwicklungsfähigen Z.d.A.-Mannschaft findet 1897 einen Gegner, der ihnen gefährlich werden kann. Sollte 1897 weiter in ihrer Spielweise im Rückgang sein, so ist es möglich, daß ihnen die Z.d.A.-Mannschaft einen Sieg zunichte macht.

2. Abteilung — 6. Abteilung, Ostpark. Großkampf herrscht im Ostpark! Es sollte dies das interessanteste und bedeutendste Spiel des Tages sein. Es stehen sich hier zwei alte Rivalen gegenüber, die sich schon oft scharfe Kämpfe lieferten und abwechselnd jedesmal als Sieger hervorging. Man könnte der 6. Abteilung nach dem letzten Spiel gegen 7. Abteilung ein kleines Plus zusprechen, aber die 2. Abteilung ist in ihrer Spielstärke sehr unberechenbar, so daß ein Unentschieden nicht überraschen würde.

In der Männer-B-Klasse, Gruppe West, sollten 4. Abteilung, 6. Abteilung, 7. Abteilung und Silesia-Kickers nach ihren letzten Spielen den Gegnern das Nachsehen geben. Bei der Ostgruppe sollte es nur bei 1897 und 1. Abteilung zu einem Siege reichen, während die beiden anderen Spiele Gabelwitz — 5. Abteilung und 8. Abteilung — 7. Abteilung offene Treffen sind. Die Spiele der unteren Mannschaften sowie Jugend und Sportlerinnen, welche auch guten Sport bieten, vervollständigen das Programm des Sonntags.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

Ueber Lebensziele und Lebensgestaltung spricht am 22. Februar, 20 Uhr, Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, Erich Landsberg.

Freie Turnerschaft Breslau. Geigen- und Mandolinenspieler Sonntag vormittag 8.30 Uhr bei Altmann, Ofener Str. 74.

Wassersport

Schwimmverein „Poseidon", Abteilung Süd. Sonnabend, 22. Februar, 20 Uhr: Abteilungsversammlung bei „Pförtner", Gräbschener Straße 139/141. Vortrag des Gen. Lindner: „Das Leben in unserer Bundesschule".

Touristenverein „Die Naturfreunde"

In Nr. 42 der Volkswacht vom 19. Februar befindet sich unter einem Aufruf für einen Kursus von Fritz Sternberg der Name der Breslauer Naturfreundejugend. Das ist ein Irrtum. Die Naturfreundejugend ist an diesem Kursus nicht beteiligt.

Naturfreunde-Tanzkreis. Vortanzkreis ¾8 Uhr im Musiksaal der Luisenschule, Kirchstraße.

Alle Jugendsportler können sich an der vom T.-V. „Die Naturfreunde" veranstalteten Volkstanzfahrt am 1. und 2. März nach Groß-Wartenberg beteiligen. Unkosten, Bahnfahrt und Verpflegung 4.35 Mark. Schlußmeldung am Sonnabend, den 22. Februar in der Turnhalle der Luisenschule Kirchstraße.

Touristenverein „Die Naturfreunde". 23. Februar Wanderung nach Heidekretscham. Abmarsch ½8 Uhr, Rosenthalerbrücke, Führer Bittner; 24. Februar pünktlich 20 Uhr: Führersitzung im Gewerkschaftshause.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Ortsgruppe Breslau. 23. Februar Uebungsfahrt sämtlicher Fahrwarte und deren Stellvertreter. Start 14 Uhr Ring. Abends „Zur scharfen Ecke", Breslau-Rosenthal.

Jugendabteilung: 23. Februar Spaziergang ohne Ziel. Treffpunkt 14 Uhr am Sonnenplatz.

Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität", 1. Bezirk. 23. Februar, vorm. 9 Uhr, bei Böhm, Jahnstraße, Schiedsrichterkursus im Straßen- und Bahnrennen.

Arbeiter-Kulturvereine

Freie Lichtfreunde. 22. Februar um 18.30 und 20.15 Uhr: Gymnastik. 25. Februar um 20 Uhr: Vortragsabend Dr. Neufeld.

Geschäftliches

Unansehnliche Aluminiumtöpfe und Küchengeräte werden wieder blitzblank und strahlen in neuem Glanz durch Putzen mit Ata, dem bewährten Henkel Putz- und Scheuermittel. Etwas Ata aus der handlichen Streuflasche auf trockenen Lappen gestreut und damit die schmutzigen Stellen abgerieben, bringt schon nach kurzem Putzen den gewünschten Erfolg. Das Nachreiben geschieht bei Aluminium gleichfalls trocken.

Am 19 Februar entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine unvergeßliche, inniggeliebte Gattin und gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Martha Veronika Blaschke
geb. Skworczyk

im blühenden Alter von 32 Jahren.

Gartenstadt Pawelwitz, den 19. Februar 1930.

In tiefer Trauer:
Johannes Blaschke als Gatte
Hannchen Blaschke als Töchterchen.

Beerdigung Sonnabend, den 22 Februar, vormittags 10 Uhr vom Trauerhause aus. 7136

Spottbillige **Konfirmanden-Anzüge** aus eigener Anfertigung in besten Qualitäten guter Verarbeitung 23.00, 20.00 18.00 14.00

Tuch- und Maßgeschäft **Cheimowitz** Teichstraße 27 parterre

Am 19. Februar verschied unsere liebe Genossin

Frau Martha Blaschke

Pawelwitz, im Alter von 32 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Genossinnen und Genossen der Ortsgruppe Sacrau. 681

Beerdigung: Sonnabend, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, in Pawelwitz.

Druckerei Volkswacht fertigt moderne Drucksachen Breslau 2 Flurstraße 4/6

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.

Am Dienstag, 18. Februar, verstarb unsere Kollegin

Pauline Peukert

im Alter von 39 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Beerdigung Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Gräbschen. 684

Verband der Deutschen Buchdrucker

Am 19. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker-Invalide

Hermann Völkel

(zuletzt in Neuesten Nachrichten)
im Alter von 42 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahren

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2¼ Uhr, auf dem Friedhof in Herrnprotsch (Heilstätte).

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Breslau, den 21. Februar 1930.

Hermann Krause und Kinder. 139

Achtung! Achtung!

Frieden Bestattungsgesellschaft m. b. H.
BRESLAU, KLOSTERSTR. 30/32
FERNRUF 29820 689

nahe der Allg. Ortskrankenkasse

erledigt sämtliche Arten von Bestattungen. Kein Konkurrenzunternehmen gegen den Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung oder andere ähnliche Versicherungseinrichtungen. „Frieden" bietet allen Kreisen der Breslauer Bevölkerung sein reichhaltiges Sarglager zu streng soliden Preisen an. „Frieden" will den Angehörigen eines lieben Verstorbenen **kostenlos mit Rat und Auskunft in allen Fragen** von Bestattungsarten, Ueberführung pp. dienen, viele Wege den Angehörigen abnehmen und für eine sachgemäße, preiswerte, würdige Ausführung des Bestattungsauftrages sorgen.

Besichtigung unserer Einrichtungen ohne jede Verbindlichkeit.

„Frieden" füllt eine fühlbare Lücke im Breslauer Bestattungswesen. Daher wende man sich vertrauensvoll an

„Frieden"
Bestattungsgesellschaft m. b. H., Breslau, Klosterstraße 30/32 :: Fernsprecher 298 20.

„Jetzt"
OZONIL

selbsttätig wäscht und bleicht es Deine Wäsche. „Ozonil" ist frei von schädlichen Bestandteilen.

ALLEINIGE HERSTELLER: FABRIKEN VON
Dr. THOMPSON'S SEIFENPULVER DÜSSELDORF

Bettfedern
Daunen — Inlett 10537
Beste, reellste Qualitäten
Bettenspezialgeschäft
B. Herzig, Matthiasstr. 100 am Waterlooplatz.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Billiger Fleischverkauf! 10409

Schweinefleisch	Pfd. von Mk 1.00 an
Schweinsschnitzel	Pfd. Mk 1.60
Schweinskoteletten	Pfd. Mk 1.40
Rindfleisch ohne Knochen	Pfd. von Mk 1.00 an
Suppenfleisch	Pfd. von Mk. 0.80 an
Kalbfleisch mit Knoch. v 1.20 an, ohn. Knoch.	Pfd. v. 1.40 an
Räucherfleisch Pfd. v. 1.40 an, Pökelfleisch	Pfd. v 1.30 an
Frischer Speck Pfd 1.10, Lungenfett	Pfd. 0.95
Reines Schweinefett und Griebenfett	Pfd. Mk. 0.90
Gulasch Pfd. v. Mk 0.80 an, Gehacktes	Pfd. v. Mk 0.80 an
Räucherwurst (deutsch)	Pfd. Mk. 1.20
Gekochter Schinken	¼ Pfd. Mk. 0.50
Lachsschinken u. roher Schinken	¼ Pfd Mk. 0.55
Preßkopf u. Mortadella	¼ Pfd. Mk. 0.30
Mettwurst	¼ Pfd. Mk 0.30-0.40
Braunschweiger	¼ Pfd. Mk 0.25-0.35
Leberwurst	¼ Pfd Mk. 0.15-0.40
Polnische	Pfd Mk. 0.80-1.20
Knoblauchwurst	Pfd. Mk. 0.70-1.00
ff. Aufschnitt	¼ Pfd. Mk. 0.45
Gepökelte Eisbeine	Pfd. Mk. 1.10

Adolf Weiss Moltkestr. 12 Fernruf 256 69

Werktätige in Stadt und Land!
Euer Versicherungsunternehmen, die
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich — Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, ist die
größte Versicherungs-Gesellschaft in Deutschland.
Günstige Versicherungsbedingungen! Hohe Gewinnanteile!
Bei Unfalltod doppelte Versicherungssumme!
Auskunft erteilen bzw. Material versenden alle Vertrauensleute, sowie die Rechnungsstelle, Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 32/33, Ruf 50281 und der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 58/5". 668

Betttuche — Billige Teppiche leicht kleine Fehler 200x300 15 Mk. 200x300 echt Bouclé feste Rückwand nur 28 Mk. zu verkaufen. 10607 Friedländer, Sonnenstr. 30

Billig zu verk.: 1 Salontisch, Bettg., 2 Gebett Betten, 1 Bettstelle Sternstr. 96, pt. r. Zu besichtigen von 4—5.

Uhren! Ketten! Ringe Armbanduhr 585 Gold 25,— Silb. à 10.50 Teilzahlg. Garantie. Uhrgesch. 1. Stock Poststr. 7, nur 7. 3 Nähmasch., neu, 69, 75, 98, kl. fast neue Singer, gebr. gr. Phönix auch billig. Rad- u. Nähmasch. Poststr. 7, 1. Stock, nur 7.

Urania 12 Monatshefte und 4 Bücher. Der proletarische Kosmos. Zu bezieh. durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger

Billige Fett- u. Speckwoche!
Prima Räucherspeck 1 Pfd. 1.20, bei 5 Pfd. 1.10
Lungenfett Pfd. 0.95
Prima deutsches ausgel. Schweinefett Pfd. 1.20
Prima Wurstwaren billig!
Fleischermeister Greulich Graben 11, gegenüber dem Telegraphen-Amt Zweiggeschäft: Kätzelohle 10 678

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Reventlow; für die Anzeigen: Max Tetus. — Redaktion: Fränkelplatz 8. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G.m.b.H., sämtl. in Breslau

Phantastische Hochstapler

Domelaritter in Deutschland und Belgien

Domelas unsterbliches Experiment ins Phantastisch-Unbegreifliche übertragen, zeigt neuerdings eine Rentabilitätsquote, auf die mancher notleidender Großagrarier neidvoll zu werden in der Lage sein könnte. Wir berichteten gestern an anderer Stelle von den fast märchenhaft plump-phantastischen Schwindeleien des Waldenburger **„Herzogs von Ostfriesland“**. Aber er ist ohne Zweifel nur ein Waisenknabe gegen den

Onarchen des Aranstaates

Wo der Aranstaat liegt, ist schwer zu sagen, aber den gegenwärtigen Aufenthaltsort seines Gründers und Onarchen, Heinrich Sauermann, kennt man genau: es ist das Gefängnis zu Jena. Sauermann ist übrigens nicht nur ein Staaten-, sondern auch ein Religionsgründer. Er hat die Volksschule besucht, war kurze Zeit in der Landwirtschaft tätig, wollte Missionär werden und las theologische Schriften. Alsbald ernannte er sich zum „Missionsdirektor“ und gab ein Missionsblatt **„Sehnsucht und Erfüllung“** heraus, in dem er die „universale Kirchenbewegung von 1924“ propagierte. Aber die Erfüllung seiner Sehnsucht nach mühelosem Gewinn sollte dem „Freitheologen“, wie er sich auch nannte, erst die Errichtung des Aranstaates bringen.

Zum **Präsidenten des Staates** erhob er einen Dr. Friedrich Freytag, der Tierarzt in Wiesbaden gewesen war und wegen Geistesschwäche entmündigt ist. Der „Souveräne Arana“, wie Freytag jetzt hieß, ernannte dafür Sauermann zum „Hohen ehrwürdigen Onarchen,

Heinz Ferdinand I. von Jena“

Der Aranstaat besaß auch eine Aranadelsgenossenschaft, eine **Aranmission** und eine Aranuniversität. Sogar eine **Uniform** für die Bürger des Aranstaates gab es, die aus einer weißen Mütze mit rotweißroten Streifen, rotem Jackett, blauer Krawatte und blauen Hosen mit roten Streifen bestand. Sauermann bezeichnete sich eine Zeitlang auch als „Staatskommissär von Utah“, weshalb er von vielen für einen Mormonenprediger gehalten wurde.

Der Hauptzweck

der Gemeinschaft bestand natürlich in der Sammlung von Geldern für angebliche religiöse und geistliche Zwecke, wobei sich namentlich die Verleihung von Adelstiteln und Orden des Aranstaates als äußerst rentabel erwies. Eine ganze Reihe von Angehörigen der gebildeten Stände, Direktoren, Ingenieure usw., haben tatsächlich gegen Zahlungen von durchschnittlich 100 bis 150 Mark das „Doktorat“ der Aranuniversität erworben, ein Direktor H. bei der Deutschen Bank sogar 25 000 Mark für einen Konsultitel hinterlegt, der ihm von Sauermann in Aussicht gestellt worden war.

Das Jenaer Schöffengericht hat aber für diese staatliche Neuordnung wenig Verständnis und verurteilte Sauermann wegen Betruges zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis und einen mitangeklagten Oberingenieur zu 100 Mark Geldstrafe.

* * *

Nicht ganz so begabt war der achtzehnjährige Bäckergehilfe aus Gent, der sich eine hübsche Phantasieuniform machen ließ, sich

Henry von Heyenberg

nannte und als Offizier der Armee von Transvaal auftrat. (Transvaal ist bekanntlich ein Teil der Südafrikanischen Union und hat seit dem Burenkrieg keine eigene Armee mehr.) Angeblich hielt er sich in einer Spezialmission in Belgien auf und wartete auf den großen Scheck eines reichen Onkels in Berlin. Da bürgerliche Ehen meistens im Himmel geschlossen werden, war er somit ein begehrenswerter Schwiegersohn und wurde in gutbürgerlichen Familien mit offenen Armen aufgenommen. Bald hatte er einen „zukünftigen“ Schwiegervater, der mit erstaunlicher Naivität den legendären Scheck bevorschußte, so etwa wie die Landschaftsbank Molinariwechsel diskontierte.

Doch Henry von Heyenberg hat es nicht mit einem Schwiegervater, er beschaffte sich deren mehrere, die zum Teil ihre Möbel, ja

ihre Häuser verkauften

um dem zukünftigen Schwiegersohn aus dem fernen Afrika und in der schönen Uniform das nötige Kleingeld vorzustrecken. Auf diese Weise bekam der geniale Bäckergeselle einige Millionen belgischer Franken zusammen. Das ist zwar weniger wie Millionen Reichsmark, aber auch ganz schönes Geld, zumal, wenn man es nicht im ehrsamen, aber anstrengenden und für den Arbeitnehmer wenig profitablen Bäckerhandwerk, sondern mit einer Uniform und einem gut klingenden Namen „erworben“ hat. Jetzt hat die Brüsseler Staatsanwaltschaft dem Idyll ein Ende bereitet und den jungen Mann wegen Heiratsschwindels festgesetzt.

Er wartete auf seinen Tod —

Bauer hält geisteskranken Bruder fünfzehn Jahre gefangen

In der Nähe Berlins wurde durch einen anonymen Brief die Tragödie eines geisteskranken Bauernsohnes aufgedeckt. In dem Schreiben wurde behauptet, daß der Bauer Gundermann in der Ortschaft Breese bei Zielenzig **einen Menschenaffen halte.** Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben, **daß Gundermann seinen geisteskranken Bruder seit fünfzehn Jahren in einer Dachkammer eingesperrt hielt.**

Gundermann leistete der Durchsuchung seines Hauses heftigen Widerstand und mußte schließlich gefesselt werden. Als die Beamten dann die Dachkammer öffneten, bot sich ihnen ein geradezu entsetzliches Bild. Das Lebewesen, das sich hier aufhielt, glich kaum noch einen Menschen. Es war **ein etwa 50 Jahre alter Mann, der nur noch aus Haut und Knochen bestand, völlig unbekleidet war und in einer Ecke auf einem von Ungeziefer zerfressenen und verfaulten Strohsack lag.** Haare, Bart und Fingernägel hatten eine unheimliche Länge angenommen.

Als er die Fremden eintreten sah, kroch er unter den Strohsack und stieß wimmernde Töne aus. Wahrscheinlich fürchtete er auf Grund früherer Erfahrungen Mißhandlungen. In dem Raum, dessen Fenster nicht geöffnet werden konnte, weil es völlig verkittet war, war ein Atmen kaum möglich. Der Fußboden war völlig mit Unrat bedeckt.

Gundermann gab bei seiner Vernehmung an, er habe den 800 Morgen großen Hof von seinen Eltern geerbt. Als die Mutter vor etwa 12 Jahren gestorben sei, habe sie zur Pflege und Unterhaltung ihres schwachsinnigen jüngeren Sohnes einen Betrag von 12 000 Mark ausgesetzt, in der Erwartung, daß der Hoferbe seinen Verpflichtungen getreulich nachkommen werde. Er, Gundermann, habe aber seinem Bruder das Geld unterschlagen, den hilflosen Geisteskranken in die Dachkammer gesperrt und **auf seinen Tod gewartet.**

Der geisteskranke Bruder wurde in ein Krankenhaus gebracht. Gundermann selbst wurde festgenommen.

Chautemps

Führer der radikal-sozialen Kammerfraktion, wurde von dem Präsidenten der französischen Republik mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Lustmordversuch in Brandenburg

In einem Außenbezirk Brandenburgs wurde auf einem Schuttabladeplatz **ein schweres Verbrechen an dem neunjährigen Sohn Rudolf des Arbeiters E. verübt.** Der Knabe, der auf dem Wege zur Schule war, wurde von einem Unbekannten mit einem Messer schwer verletzt und blieb besinnungslos liegen. Ein Polizeibeamter fand ihn mit furchtbaren Halsverletzungen auf und brachte ihn ins Krankenhaus, wo der Knabe sofort operiert werden mußte. Er schwebt in großer Lebensgefahr. Nach den bisherigen Feststellungen der Kriminalpolizei handelt es sich um einen Lustmordversuch oder um die Tat eines Geisteskranken. Der Täter ist vermutlich ein Mann Mitte der 20er Jahre, mit bartlosem, blassem Gesicht, der den Knaben an sich gelockt hat. Der überfallene Knabe gibt an, daß der Unhold zu der Tat ein langes Küchenmesser benutzt und ihm den Mund zugehalten hat, um ihn am Schreien zu hindern.

Als mutmaßlicher Täter wurde der 21 Jahre alte Arbeiter Alfred Hünike verhaftet. Er hatte sich verschiedentlich in der Nähe des Tatortes umhergetrieben und dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt. Der Verhaftete hat **bereits ein Geständnis abgelegt.** Von verschiedenen Personen, die ihn näher kennen, wird er als geistig minderwertig bezeichnet.

Meusdörffer gegen Kaution freigelassen

Oberstaatsanwalt Döll-Bayreuth teilt der Presse mit, daß Kommerzienrat Meusdörffer, Kulmbach, gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 Mark aus der Haft entlassen werde. Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros erfährt, ist dieser Beschluß darauf zurückzuführen, daß 1. keine Verdunkelungsgefahr mehr bestehe und 2. die beiden Arbeiter Schuberth und Popp ihr **ursprüngliches Geständnis wiederholt haben.** Sie erklären, sie seien tatsächlich in die Villa Meusdörffers eingedrungen und hätten Frau Meusdörffer erwürgt. Der Staatsanwalt habe sich daher auf den Standpunkt gestellt, daß die beiden unter Umständen mit dem Mord an Frau Meusdörffer irgendwie in Verbindung stehen.

Was das sonderbare Verhalten Meusdörffers in der Mordnacht anlange, so habe nach ärztlicher Auffassung Meusdörffer sich in einer Art Dämmerzustand befunden, der auf seine Arteriosklerose zurückzuführen sein soll.

Explosion einer Sprengstoffabrik

Im Zweigwerk Stadeln bei Fürth i. B., der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffabrik, wurden heute nachmittag durch eine Pulverexplosion neun Arbeiterinnen verletzt, drei erlitten Augenverletzungen, die übrigen Brandwunden im Gesicht, Händen und Armen. Lebensgefahr besteht in keinem Falle. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Ergebnislose Razzia

Man suchte Autodiebe

Die Berliner Polizei unternahm gestern eine umfangreiche Razzia in der Rüdersstraße. Anlaß dazu gaben Beobachtungen, wonach sich dort der Haupttreffpunkt der Diebe und Hehler, die in letzter Zeit zahlreiche Autos im Berliner Westen gestohlen hatten, befand. Bei der Razzia wurde eine Anzahl Personen festgenommen, von denen indessen die meisten später wieder entlassen werden konnten.

Ein Todesurteil

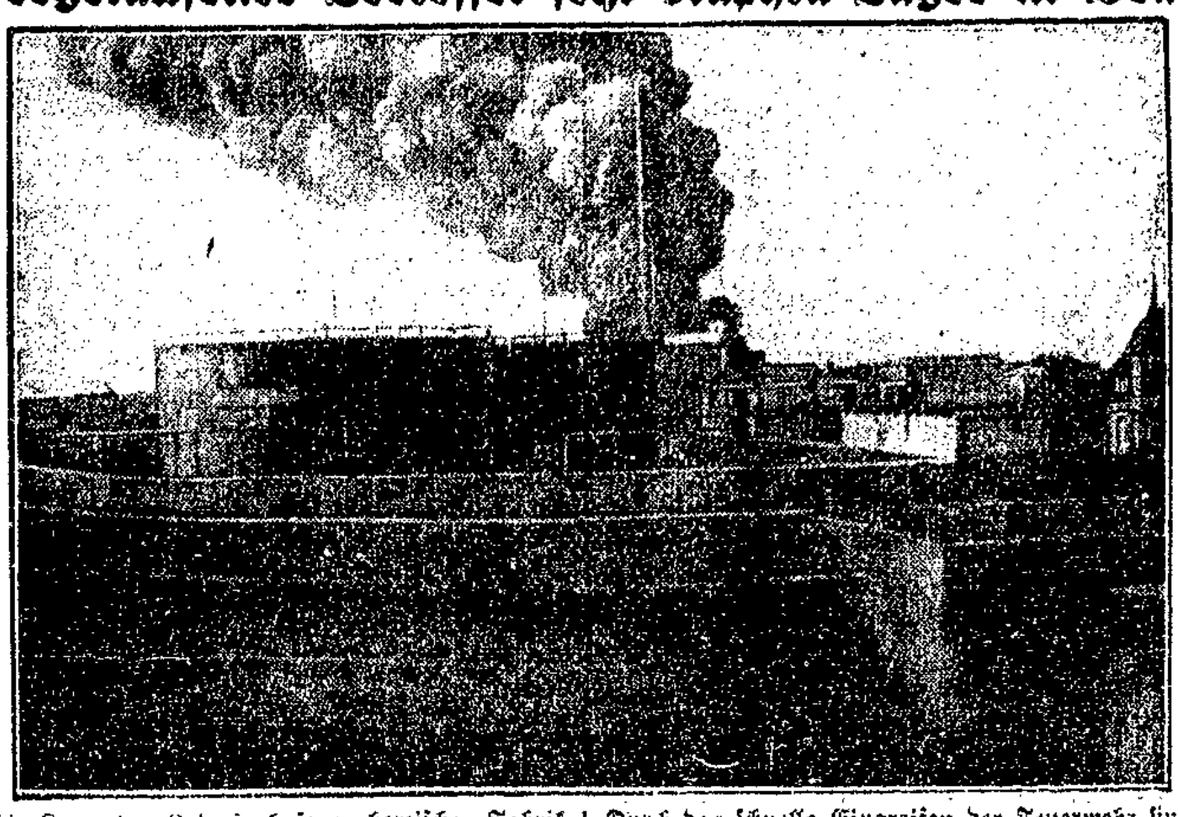
Vor den Prager Geschworenen hatte sich gestern der 34 Jahre alte Maschinenmonteur Rudolf Skalsky unter der Anklage des **dreifachen Raubmordes** zu verantworten. Skalsky, der damals arbeitslos war und Not litt, hat im Juni 1926 in Rouvres in der Nähe von Paris drei junge Tschechen, die eine Reise durch Frankreich unternahmen, kennengelernt und sich mit ihnen angebiedert. Als sie sich einmal auf einem gemeinsamen Ausflug auf freiem Felde zur Ruhe niederlegten, nahm er diese Gelegenheit wahr, um seine drei Landsleute zu ermorden und zu berauben. Skalsky wurde zum Tode durch den Strang verurteilt.

Mexikanischer Konsul in Polen im Auto verbrannt

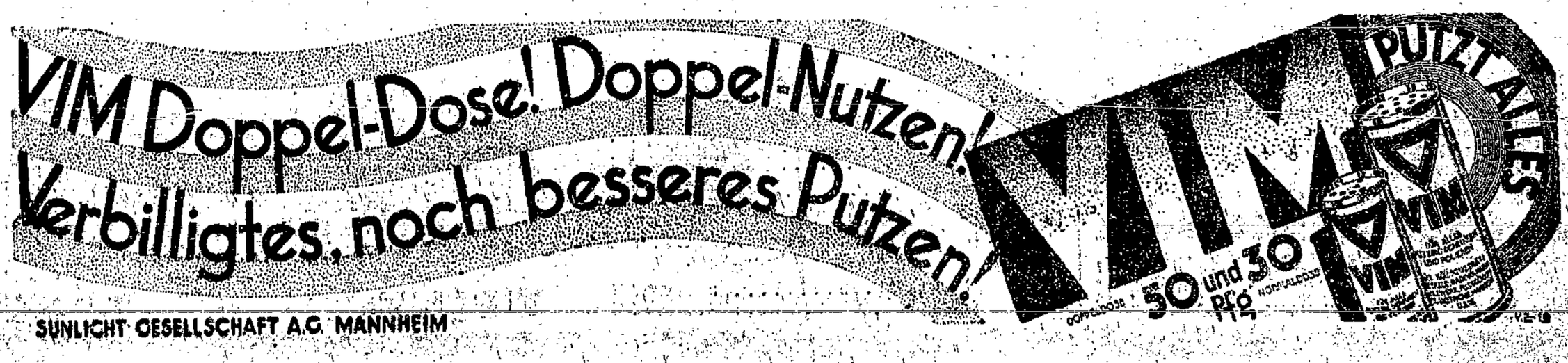
Auf der Strecke Warschau-Wilanow fuhr eine mit sechs Personen besetzte Luxuslimusine bei einer Wegbiegung gegen einen Baum. Das schwer beschädigte Auto **ging in Flammen auf.** Der Chauffeur war auf der Stelle tot, einer der Insassen, der mexikanische Generalkonsul in Warschau, Duart, erlag einige Stunden nach der Katastrophe seinen Verletzungen. Auch die übrigen vier Passagiere haben schwere Verletzungen erlitten.

Als Ursache der Katastrophe wird übermäßige Geschwindigkeit des Wagens und schlechte Beschaffenheit der Straße angegeben.

Uebergelaufener Teekessel setzt Naphta-Lager in Brand



In dem Naphta-Lager der Ludwigshafener chemischen Fabrik O. Raschig geriet am Dienstag infolge des Ueberlaufens eines Teekessels das Naphta in Brand. Im Zeitraum weniger Minuten war das große zweistöckige Gebäude in Flammen gehüllt. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr sind Personen nicht zu Schaden gekommen und das Feuer konnte auf das Lager beschränkt werden. Die französische Besatzung stellte sich sofort zur Löschhilfe zur Verfügung.



ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Für das Notopfer!

Appell der Bauarbeiter — Bereitschaft der freien Beamtenbewegung

Sie lassen nicht locker, die Gefahrengemeinschafter. Die Erklärung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat ihnen neuen Mut gemacht. Allem Anschein nach rechnen sie jetzt bereits fest damit, daß die Angestellten- und die Invalidenversicherung freiwillig etwa 100 bis 150 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn erwerben.

Soweit die Invalidenversicherung in Frage kommt, geben sich die Gefahrengemeinschafter übertriebenen Hoffnungen hin. Bis jetzt haben zwischen dem Reichsfinanzminister und den Landesversicherungsanstalten noch keinerlei Beratungen über den Kauf von Reichsbahnvorzugsaktien stattgefunden. Am kommenden Montag soll eine solche Besprechung stattfinden. Dabei wird aber von den Vertretern der Landesversicherungsanstalten in Uebereinstimmung mit der dieser Tage von uns gemeldeten — in einem großen Teil der Presse merkwürdigerweise kaum erwähnten — Entschließung des Ständigen Ausschusses der Landesversicherungsanstalten dem Reichsfinanzminister klar gemacht werden, daß die Invalidenversicherung nicht in der Lage ist, Reichsbahnvorzugsaktien zu erwerben.

Bei der Angestelltenversicherung wird die Entscheidung erst noch durch die Organe der Selbstverwaltung getroffen werden müssen. Wie die Entscheidung hier aber auch ausfallen mag — das eine steht unerschütterlich fest: auch der neue vom Reichsfinanzminister eingeschlagene Weg: Kauf, nicht Verpfändung von Vorzugsaktien ist im höchsten Grad gefährlich; denn er bedroht den Baumarkt. Die freigewerkschaftlichen Bauarbeiter haben deshalb noch einmal an die maßgebenden Stellen einen sehr ernsten Appell gerichtet. Unter der Ueberschrift „Das Gebot der Stunde!" schreibt der soeben erschienene neue „Grundstein", das Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes:

„Trotz gelinden Wetters sind zurzeit rund 60 Prozent aller deutschen Bauarbeiter arbeitslos. In den für die Baustofferzeugung in Betracht kommenden Industriezweigen sieht es ähnlich aus. Entzieht man der Bauwirtschaft den geringen Boden, in dem sie noch einigermaßen wurzeln könnte — man denke auch an die Umschuldungsaktionen der Städte — dann ist sicher damit zu rechnen, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie noch mehr anschwillt und sich sogar in den kommenden Sommermonaten nicht erheblich verringern wird.

Ist man denn in Regierungskreisen gegen die dadurch drohenden Gefahren gänzlich blind? Will jemand annehmen, daß angesichts einer solchen jämmerlichen wirtschaftlichen Zukunft das ganze Staatsgefüge nicht ins Wanken gerät? Glaubt man, mit allerhand elenden Quacksalbereien die Krankheit heilen zu können? Glaubt man, die Langmut der Arbeiterschaft sei unerschöpflich, obwohl bei Millionen Menschen täglich der Hunger zu Gast sitzt? Glaubt man, es genüge, den Arbeitslosen ein kümmerliches Stück Brot zu reichen, aber keine Arbeit? Hier hilft kein Mundspitzen, hier muß gepfiffen werden."

Zur Frage des Notopfers hat im Anschluß an die Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nunmehr auch die Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, mit beachtenswerten Darlegungen Stellung genommen. Sie begrüßt das Ergebnis der Beratung des Bundesausschusses, das deutlich zeige, daß die Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Arbeiter es ablehnt, in der Frage der Finanzierung des Arbeitslosenschutzes für die Beamten ein Ausnahmegesetz zu schaffen. Den Versuch des „Beamtenbundes", die Heranziehung der Beamten zu den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung vom „beamtenrechtlichen" Standpunkt aus verhindern zu wollen, weist sie zurück. Gegenüber dem Argument des „Beamtenbundes", wonach der Beamtenstand unmöglich für die Risiken anderer Erwerbsstände haftbar gemacht werden könne, betont die AdBZ., daß die Arbeitslosenfrage nicht die Frage eines Standes, sondern die Frage des ganzen Volkes sei. Man müsse von dem Grundgedanken der Arbeitslosenversicherung ausgehen, der darauf beruhe, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig zu den Versicherungslasten beitragen, daß aber, wenn außerordentliche Ereignisse eintreten, die Gesamtheit des Volkes einzuspringen habe. Es handle sich nach der Stellungnahme des Bundesausschusses des ADGB. jetzt nicht mehr um die Heranziehung „irgendeiner Berufsgruppe zu den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung", sondern um die Erfassung aller höheren Einkommen durch die Erhöhung der Einkommensteuer, also nicht nur um Erfassung des hohen Arbeitseinkommens, sondern auch aller übrigen Einkommen, also auch der aus Kapitalien. „Alle Einkommen, ob sie nun aus Arbeit oder Kapitalquellen fließen, sind von einer bestimmten Grenze an mit einer Sondersteuer zu belegen, um der Notlage zu steuern". „Wir glauben," versichert die AdBZ., „daß die freigewerkschaftlich organisierte Beamtenschaft diesen Gedanken volles Verständnis entgegenbringen wird!"

Nicht die Willkürlichkeiten der sogenannten Gefahrengemeinschaft, die in ihrem Endeffekt auf eine Bedrohung der Sozialversicherung hinauslaufen, nicht ein Ausnahmegesetz gegen die Beamten, nicht Aufputschung einzelner Volksteile gegen die Arbeitslosen, sondern echte Volksgemeinschaft — das ist der Weg, der bei der Sanierung der Arbeitslosenversicherung allein ins Freie führen kann. Solidarität des ganzen Volkes zur Bekämpfung der großen Not. Das ist die Forderung der Stunde.

Reichstarifverhandlungen in der Herren- und Damenmaßschneiderei

Zur Neuregelung der Reichstarifvertragsgemeinschaft in der Herren- und Damenmaßschneiderei beginnen am 25. Februar in Braunschweig unter Leitung eines unparteiischen Kollegiums erneut Verhandlungen. Der Arbeitgeberverband hat zum 1. Februar den Reichstarif gekündigt, worauf die Arbeitnehmerverbände zum 15. März das Lohnabkommen gekündigt und eine 12prozentige Lohnzulage gefordert haben.

Da durch die umfangreichen Anträge der Vertragsparteien das ganze Tarifwerk im Schneidergewerbe strittig geworden ist, dürften die kommenden Verhandlungen sehr langwierig und schwierig werden. Eine friedliche Verständigung erscheint ob der großen Differenzpunkte sehr fraglich. Die Arbeitgeber erstreben einen 27—29prozentigen Lohnabbau, die Arbeiter hingegen einen Aufbau um 12 Prozent, kürzere Arbeitszeit, bessere Ueberstundenentschädigung und Urlaubsgewährung. An dem Tarifstreit sind zirka 45 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt.

Neue arbeitsrechtliche Bestimmungen

In der verflossenen Berichtszeit, also vom 1. Januar bis Mitte Februar 1930, war die arbeitsrechtliche Gesetzgebung nur sehr spärlich. Sie wies lediglich eine Verordnung vom 9. 1. 30 (RGBl. S. 1) über die Verrechnung von Steigerungsbeträgen bei Wanderversicherten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung, eine weitere Verordnung vom 31. 1. 30 (RGBl. S. 26) über die Geschäftsberichte der Versicherungsämter und Oberversicherungsämter auf. Schließlich wurde durch eine Verordnung vom 4. 2. 30 (RGBl. S. 28) bestimmt, daß die sogenannten Ruhensvorschriften der Reichsversicherungsordnung des Angestelltenversicherungs- und des Reichsknappschaftsgesetzes für die Fälle des Zusammentreffens mehrerer Renten auch Anwendung zu finden haben, wenn Renten der Sozialversicherung des Saargebietes mit den des übrigen Gebietes zusammentreffen.

Versammlung des Breslauer Gesamtverbandes

Abteilung Gemeinde- und Staatsbetriebe

Am 17. Februar sprach Kollege Swolinski in einer stark besuchten Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses über „Die Reparationslasten des deutschen Volkes". Einleitend ging eine Schilderung der Ursachen des verlorenen Krieges voraus. Mit Beendigung des Krieges gingen auch alle hoffnungsfreudigen Pläne der deutschen Kriegsmacher zu Ende. Die Kosten des verlorenen Krieges wurden mit 186 Milliarden Mark errechnet, bei 5 Prozent Verzinsung eine Ausgabe von 8 Milliarden Mark jährlich. Nach dem Versailler Vertrag wurde von Deutschland eine Schuldsumme von 132 Milliarden anerkannt, die mit 2 Milliarden Mark jährlich, plus 26 Prozent des Fakturwertes bezahlt werden sollten. Dazu kamen noch 5,6 Milliarden für ausgegebenes deutsches Papiergeld in Belgien. Diese Verpflichtungen bereiteten Schwierigkeiten. Deswegen wurde im Januar 1924 eine Kommission zur Ueberwachung der Kapitalsflucht und eine andere Kommission zur Ueberprüfung der Wirtschaft eingesetzt. Dadurch kam im April 1924 der bekannte Dawesplan im Reichstage zur Annahme. Trotz der Erleichterungen zeigten sich weitere ernstliche Schwierigkeiten. Die erneuten Beratungen brachten den Youngplan mit wesentlichen Erleichterungen. Nach diesem sollen nun die Zahlungsverpflichtungen auf 59 Jahre verteilt weren und zwar in 37 Jahren 1,7 bis 2,4 Milliarden und in den folgenden 22 Jahren 1,06 bis 0,89 Milliarden Mark. Die Annahme des Youngplanes erscheint gesichert, da ja sonst die Verpflichtungen des Dawesplanes wieder zu erfüllen wären. Ueber eine entsprechende Lastenverteilung hat die deutsche Arbeiterschaft sehr wachsam zu sein. Die ungenügende Beteiligung des Kapitals würde eine Verewigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland bedeuten.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Senk über die Umstellung der städtischen Betriebswerke. Die finanziellen Nöte der Stadt erfordern allerhand Maßnahmen. Dazu gehört auch die Ueberprüfung dieser Frage. Nach Ansichten von Sach- und Fachverständigen gibt es dabei verschiedene Wege. Eine klare Entscheidung des Magistrats oder sonstige Unterlagen sind noch nicht vorhanden. Aus den Verträgen von anderen Städten, wie Dresden, Halle und Kassel, wo diese Umwandlung bereits erfolgt ist, kann eine besondere Verschlechterung für die Arbeiterschaft nicht festgestellt werden. Diese eventuellen Möglichkeit kann durch eine starke Organisation abgewehrt werden. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Strachotta und Jentsch von der Straßenbahn, sowie die Kollegen Schwarz vom E.-W. und Koch als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats. Sämtliche Redner wiesen teils mehr oder weniger auf eventuelle ungünstige Veränderungen im Arbeitsverhältnis hin, was aber jedoch bei einer starken Organisation zu besonderen Befürchtungen keine Veranlassung gibt. Kollege Senk versicherte in seinem Schlußwort die Aufmerksamkeit der Gewerkschaft und ermahnte die Kollegen von der Opposition zur ernsten Mitarbeit.

Reichswirtschaftsministerium und Textilzölle

Eine oberflächliche Untersuchung

Während das Reichskabinett die Forderungen der Textilindustriellen nach höheren Zöllen ablehnt, hat sich das Reichswirtschaftsministerium (noch unter Leitung des jetzigen Außenministers Dr. Curtius) dafür eingesetzt. Das Wirtschaftsministerium ist auch der Auffassung, daß die Zollerhöhungen durch einen Druck auf die Löhne und Sozialfürsorge ergänzt werden müssen. Zu dieser Auffassung kommt das Reichswirtschaftsministerium auf Grund einer Untersuchung, von der seinerzeit sehr viel Wesens gemacht worden ist. Mit dieser Untersuchung beschäftigt sich nun in der letzten Nummer des „Textilarbeiters" der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Deutschen Textilarbeiterverbandes Hugo Rödel. Wir erfahren eigenartiges über den Gang der Untersuchung, für die man sich eigens einen bereits pensionierten Ministerialdirektor, einen Herrn Bail, engagierte, der nach Angaben der Baumwollspinnerverbände 4 bis 5 Monate mit einem Stab von Buchprüfern herumgereist ist — und prompt feststellte, daß die Forderungen der Baumwollspinner nach höheren Zöllen im allgemeinen berechtigt seien. Der „Textilarbeiter" bemerkt zu dieser Untersuchung folgendes:

„Uns deucht, die Untersuchung war unnötig. Man hätte Herrn Bail in seinem Ruhestand belassen können. Wenn Herr Geheimrat Hagemann, der Leiter der Textilabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, irgendeinen Schreiber beauftragt hätte, aus der Unmasse der Publikationen der Baumwollindustriellen einen entsprechenden Auszug zu machen, so wäre dasselbe herausgekommen. Ein hoher Beamter eines anderen Ministeriums stellt vor kurzem die Frage: „Wie entsteht eine herrschende Meinung?" Und beantwortet sie: „Indem einer vom anderen abschreibt!" Es ist z. B. herrschende Meinung geworden, auch beim Reichswirtschaftsministerium, daß die Absatzpreise „vielfach bis zu 10 Prozent und mehr unter den Selbstkosten liegen". Herrn Bail erscheint die Angabe der Spitzenverbände, daß seit Jahresfrist dies der Fall ist, glaubhaft. Man braucht es ja nur abzuschreiben. Versteht Herr Bail mit seinen Buchprüfern etwas von der Kalkulation in der Weberei, in der Spinnerei? Wurden die Selbstkosten in der Spinnerei ermittelt für Ringspinnmaschinen oder beim Selfaktor? Welche Spindelzahl pro Arbeiter wurde zugrunde gelegt? Wurde in der Weberei das Zwei-, Drei-, Vier- oder Zwanzigstuhlsystem als Grundlage angenommen? Das ist notwendig, zu wissen. Hat man nicht dabei entdeckt, daß in der Kalkulation überhaupt kein System vorhanden ist? Man wird wohl auch darauf gestoßen sein, daß z. B. immer noch als allgemeine Unkosten etwa 150 oder 250 Prozent der Arbeitslöhne eingesetzt werden, obwohl der Satz rein willkürlich angenommen wird. Es wäre schon notwendig, hierüber etwas zu erzählen, zumal nicht nur der Unkostensatz, sondern auch der Arbeitslohn selbst in den einzelnen Betrieben grundverschieden ist. Als sicher nehmen wir an, daß das Reichswirtschaftsministerium sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, gleich mit nachzuprüfen, in welchem Maße sich die Gehälter der Herren Direktoren und Generaldirektoren bei den Unkosten auswirken. Und nun wieder die „herrschende Meinung": Herr Bail behauptet, daß nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts der Stand der tarifmäßigen Stundenlöhne um 40 Prozent höher war als 1925 und fast 20 Prozent höher als 1927. Das soll also heißen, daß umsoviel die wirklichen Löhne gestiegen sind. Merkwürdig, daß Herr Bail mit seinen berufsmäßigen Buchprüfern in vier bis fünf Monaten nicht entdeckt hat, daß nicht mehr als etwa 15 Prozent Stundenlöhne vorhanden sind und alle übrigen Arbeiter im Akkord arbeiten, daß er nicht festgestellt hat, um wieviel die Akkordlöhne gestiegen sind oder vielmehr nicht gestiegen sind. Er hat natürlich keine Ahnung von den tariflichen Verhältnissen, was man ihm nicht verübeln kann. Aber auch im Reichswirtschaftsministerium muß es sich doch herumgesprochen haben, daß es auch in der Baumwollindustrie eine Einrichtung gibt, die man Betriebsräte nennt. Diese wären sicher bereit gewesen, die „Untersuchung" nach dieser Richtung kräftig zu fördern, wenn man sie zugezogen hätte. Ebenso gutgläubig haben die Beamten es als Tatsache hingenommen, daß z. B. im Elsaß die Steuern nur etwa 40 Prozent, die Zinsen etwa 33 Prozen und die Löhne nur 55 bis 65 Prozent der deutschen betragen. Herrschende Meinung! „An der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor", sagt der Bericht. Wir glauben beinahe, daß genug Anlaß vorliegt, noch an etwas ganz anderem zu zweifeln."

Wenn die Angaben Rödels zutreffen — und wir haben gar keinen Anlaß, daran zu zweifeln —, dann ist die Untersuchung ungemein oberflächlich durchgeführt worden. Nach allem, was wir von Herrn Hagemann wissen, kann es uns aber auch nicht wundern, daß sein Beauftragter Bail die Betriebsräte zu den Untersuchungen nicht hinzugezogen hat.

Gewaltige Entwicklung der deutschen Lebensversicherung

Die Hemmungen der Kriegs- und Inflationszeit wurden von den deutschen Lebensversicherungsunternehmen in ihrer Gesamtheit verhältnismäßig schnell überwunden. Das ist am besten aus einigen markanten Zahlen über die Entwicklung in den letzten Jahren zu ersehen:

Jahr	Policen Millionen	Versicherungssummen Mill. RM	Gesamteinnahmen Mill. RM	Ausgezahlt für Todesfälle, Abläufe Mill. RM	Kapitalanlagen Mill. RM
1927	5,86	11 029	714	62,8	771,0
1928	9,05	13 762	1006	97,1	1140,7

Ende des Jahres 1929 dürfte hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme wieder die Höhe der Vorkriegszeit mit rund 15 Milliarden Reichsmark erreicht sein; die Kapitalanlagen machen zurzeit etwa 1,6 Milliarden Reichsmark aus.

An dem allgemeinen Aufschwung der deutschen Lebensversicherungsunternehmen nahm die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge hervorragenden [illegible]

Vorläufige Ergebnisse der Volksfürsorge für 1929

1. Antragseingang.

Volk . . . . . 573 283 mit 256 745 360 RM Versicherungssumme
Leben . . . . . 7 367 „ 16 687 607 RM „

Zusammen . . . 580 650 mit 273 432 967 RM Versicherungssumme

2. Versicherungsbestand (geschätzt):

Volk . . . 1 898 000 Policen m. 729 000 000 RM Versicherungssumme
Leben . . 32 000 „ „ 57 000 000 RM „

Zus. . . . 1 925 000 Policen m. 786 000 000 RM Versicherungssumme

3. Prämieneinnahme (geschätzt):

Volk . . . . . 37,9 Millionen RM
Leben . . . . . 2,6 Millionen RM

Zusammen . . . . . 40,5 Millionen RM

4. Kapitalerträge (geschätzt): 5,2 Millionen RM

5. Kapitalanlage: Bestand rund 86 Millionen RM

6. Versicherungsleistungen:

Rund . . . . . 3 000 000 RM
davon für Unfälle rund . . . . 365 000 RM

Die deutsche Wareneinfuhr

wird im reinen Warenverkehr für den Monat Januar 1930 mit 1294,9 Millionen Mark angegeben. Die Ausfuhr macht 1092,3 Millionen aus. Darin stecken jedoch 58,8 Millionen Mark Reparationslieferungen. Zuzüglich einer Einfuhr von Gold und Silber in Höhe von 24,8 Millionen und einer Ausfuhr von 2,7 Millionen Mark ergibt sich eine Gesamteinfuhr von 1319,6 Millionen Mark und eine Ausfuhr von 1095 Millionen Mark. Für die Hauptposten der Bilanz liegt folgende Entwicklung vor:

	Januar 1930	Dezember 1929	Januar 1929	Monatsdurchschnitt 1929
	(in Millionen Mark)			
Einfuhr Reiner Warenverkehr . .	1295	1018	1319	1120
Ausfuhr ohne Reparationslieferungen	1034	1005	1036	1057
Einfuhrüberschuß	261	8	283	63
Lebensmitteleinfuhr	481	311	404	318
Rohstoffeinfuhr	624	528	688	600
Fertigwarenausfuhr	762	743	761	755

In der Entwicklung fällt die starke Zunahme der Einfuhr auf, die rund 1295 Millionen Mark ausmacht. Wie das Statistische Reichsamt feststellt, ist diese Zahl von den Zollabrechnungen am Ende des Jahres beeinflußt. Diese Zollabrechnungen umfassen die Mengen, die während des vorausgegangenen Halbjahres aus den Zollabrechnungslägern in den Verbrauch durchgeführt worden sind. In Frage kommen Einfuhren in Höhe von 223 Millionen Mark. Mithin entspricht als Monatseinfuhr für Januar ein Betrag von 1071,9 Millionen Mark. Auch wenn man den zahlungsmäßig noch nicht bekannten Zollabrechnungsverkehr für Januar 1930 berücksichtigt, kann man sagen, daß die Handelsbilanz im Januar fast ausgeglichen war. Das ist umsomehr der Fall, als im Januar Voreindeckungen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen stattfanden, um den bevorstehenden Zollerhöhungen zuvor zu kommen.

Die Voreindeckung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß sich die Einfuhr von Gerste um fast 73 Millionen Mark steigerte. Auch die Einfuhr von Weizen wird mit 24 Millionen Mark erhöht ausgewiesen.

Das Vertrauen darf nicht erschüttert werden ....

Das Breslauer Landgericht macht Grenzlandpolitik *

Der sozialdemokratische „Volksfreund" brachte vor einigen Monaten eine polemische Glosse, die sich mit der Person des einstmal demokratisch gefärbten, heute politisch farblosen Militscher Landrats beschäftigte und berichtete, daß besagter Landrat in einem Restaurant in Krotoschin sich über die polnische Landesausstellung und Polen in sehr freundlicher Weise geäußert hatte. Das wäre an sich ja nicht merkwürdig, sondern nur erfreulich, denn für gewöhnlich versperrt das grenzpolitische Bewußtsein unserer Gegend vielen Menschen die Wertungsmöglichkeiten fremder Kulturleistungen. Landrat Sperling hatte aber wenige Wochen später bei der Einweihung des Militscher Gymnasiums einen etwas anderen Tonfall angeschlagen, den der „Volksfreund" eben im Interesse des deutsch-polnischen Ausgleichs nicht für zweckmäßig erachtete und der auch in den Reden anderer politischer Persönlichkeiten merklich eingeschränkt wurde. Der erst später bekannt gewordene Vorfall in Krotoschin gab nun dem „Volksfreund" Anlaß zu einer Glosse, die die Ueberschrift **„Starost Sperling in Krotoschin"** trug (Starost ist das polnische Wort für Landrat! Red.), wobei sich die polemisch-scherzhafte Polonisierung der Amtsbezeichnung nur auf eine Notiz in der Krotoschiner „Gazeta Pograniczna" bezog. Herr Sperling aber ward sehr böse und forderte in einem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksfreund", Genossen Neventlow, 1. ein Verbot, das Wort „Starost" zu gebrauchen, 2. ein generelles Verbot, ihn zu beleidigen. Die letztere, juristisch zweifellos originelle Forderung wurde dann allerdings zurückgenommen, das Verbot des Wortes „Starost" aber tatsächlich, und zwar mit folgender Begründung von dem Breslauer Landgericht erlassen:

Das Gericht hat keinen Zweifel, daß in der Bezeichnung des Antragstellers als „Starost" eine Beleidigung zu erblicken ist. Als Landrat hat der Antragsteller in erster Reihe die Belange seines Kreises und seiner Insassen zu wahren. Bei einem Grenzkreise wie der Militscher wird es sich dabei oft zwangsläufig ergeben, **daß diese Belange gerade denen des benachbarten polnischen Staates widerstreiten und gegen ihn vertreten werden müssen.** Wenn der Antragsteller nun „Starost" genannt wird, so wird damit der Anschein erweckt, als ob er die polnischen Interessen mehr, wie die seines Kreises im Auge habe. Damit wird ihm aber gerade seine Eignung als Grenzlandrat abgesprochen. **Die Bezeichnung ist also im hohen Grade geeignet, vor allem bei den Kreiseinwohnern das Vertrauen gegen die Person des Landrats zu erschüttern.** Das Gericht ist auch davon überzeugt, daß der Antraggegner sich bewußt war, seine Aeußerungen könnten diese Wirkung hervorrufen.

* * *

Dieser Entscheid enthält zwei überaus anfechtbare und bedenkliche Momente. Das erste Moment ist ein politisches, das sich in der merkwürdigen Auffassung von den Aufgaben eines Landrats im Grenzgebiet kundtut. Ganz abgesehen davon, daß bekanntlich die Kreisverwaltung keine direkten Berührungspunkte mit den Starosteien des Nachbarlandes haben, denn der Verkehr mit den polnischen Behörden geht — leider — auch in den nebensächlichsten Dingen auf diplomatischem Wege vor sich, ist es wirklich eine merkwürdige Auffassung, wenn das Breslauer Landgericht meint, die Belange (ein Wort, gegen das es leider noch keine einstweiligen Verfügungen gibt) der Grenzkreise müßten denen des polnischen Staates oft und zwangsläufig widerstreiten. Wer der Sozialdemokraten Stellungnahme kennt — das Landgericht Breslau scheint sie nicht zu kennen — der weiß, daß wir stets und mit Nachdruck die Befriedung der Ostgrenzen erstreben und absolut kein Interesse daran haben, daß die Landräte der Grenzgebiete ihre Tätigkeit als Kampf gegen die „slawische Flut" auffassen, wie es hier so zwischen den Zeilen als selbstverständlich angenommen zu werden scheint.

Weiterhin enthält diese Begründung auch einen rechtlich höchst bedenklichen Passus, der als Grundlage der Rechtsprechung in Presseprozessen geeignet erscheint, die Freiheit der politischen Kritik, d. h. die Pressefreiheit, unerträglich einzuengen, und zwar in den Worten: **„Die Bezeichnung ist also in hohem Grade geeignet, vor allem bei den Kreiseinwohnern das Vertrauen gegen die Person des Landrats zu erschüttern.** Es genügt demnach, wenn ein Blatt aus politischer Gegenfätzlichkeit nach Ansicht irgend eines Gerichts „in hohem Maße das Vertrauen der Kreisbevölkerung erschüttert", damit ihm mit Hilfe einstweiliger Verfügungen ein Maulkorb umgebunden werden kann. Damit werden Landräte zu republikanischen Majestäten, die außerhalb der öffentlichen Kritik und verfassungsmäßig garantierten freien Meinungsäußerung stehen. In diesem Falle handelt es sich um eine nebensächliche scherzhaft-glossierende Bemerkung, die Herr Sperling irrtümlich ernst genommen hat. In einem anderen Falle aber kann es sich auch darum handeln, daß politische Kritik überhaupt unmöglich wird, denn politische Kritik kann vom entgegengesetzten politischen Standpunkt aus gesehen, immer als Erschütterung des politischen Vertrauens angesehen werden.

Genosse Franz, Oberbürgermeister von Hindenburg

Was lange währt, wird — rot. Nachdem das Zentrum, dem diese Position dem politischen Kräfteverhältnis zustehen würde, in monatelangem Hin und Her keinen Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters von Hindenburg zu finden vermochte, der auch für andere Parteien politisch und sachlich tragbar gewesen wäre, wurde in der gestrigen Stadtverordnetensitzung der sozialdemokratische zweite Bürgermeister, Genosse Franz, mit 22 Stimmen gewählt. Der diesmal präsentierte Zentrumskandidat, Vizepräsident Fischer-Oppeln, erhielt nur 10 Stimmen.

* * *

Diese Niederlage des Zentrums entstand durch die Taktik unserer Partei. In der letzten Zeit war die Haltung des Zentrums unserer Partei gegenüber nicht gerade von jener Art, die ein besonderes Entgegenkommen wert gewesen wäre. So präsentierte denn die Sozialdemokratie den Genossen Franz als Gegenkandidaten für die Position des Oberbürgermeisters. Im dritten Wahlgange kam damit jenes unerwartete Ergebnis zustande, das dem Zentrum klar bedeutet, seine Positionen auch in Oberschlesien nicht für unüberwindlich zu halten. Bei der Abstimmung zeigte sich, abgesehen von den Demokraten, eine Antizentrumsfront aller Parteien. Lediglich noch die Kommunisten, die ja stets eher einen Bürgerlichen als einen Sozialdemokraten wählen, machten ihre Extratour.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Schwerer Betriebsunfall in einer Schrotmühle

Auf der Besitzung des Gutsbesitzers Martin Scholz in Wilkau, Kreis Schweidnitz, ereignete sich ein gräßliches Unglück. Der Gutsbesitzer hatte eine Schrotmühle älterer Bauart, die früher für Göpelantrieb eingerichtet war, mit elektrischem Antrieb versehen lassen. Als die Maschine nun wieder benutzt wurde, platzten die Steine. Der Wirtschafter Bernhard Reinert wurde von einem Stein getroffen und so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Schweidnitzer Krankenhaus verstarb. Auch dem Gutsbesitzer Scholz wurde die linke Stirnseite schwer verletzt.

Bunzlau. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Im Maschinenraum der Mühle des Mühlenbesitzers Wilhelm Schlaffke in Lichtenwaldau geriet der Geselle Georg Wutteg in das Getriebe der Transmission. Als der Besitzer auf Hilferufe hinzueilte, fand er den Gesellen in seinem Blute liegend auf dem Boden. Der linke Fuß war ihm am Knöchel abgetrennt, außerdem hatte er mehrere Brüche des rechten Beines, Gesichts- und innere Verletzungen erlitten. Am Aufkommen des Verunglückten wird gezweifelt.

Weißwasser OL. Geldstrafe für eine kommunistische Verleumdung. Im November-Wahlkampf hatte der Kommunist August Heiden die Behauptung aufgestellt und durch Flugblätter verbreitet, der Spitzenkandidat der Stadtverordnetenliste, Genosse Kleye, hätte, als er noch Glasschleifer war, Streikbruch verübt. Genosse Kleye erhob Privatklage und Heiden erhielt, da er seine Behauptung durch nichts beweisen konnte, 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis.

Kattowitz. Die Flucht vor dem Militarismus. In der Nähe der Grenze verhaftete die deutsche Polizei zwei Händler aus Lemberg, die als die Führer einer weitverzweigten Menschenschmugglerbande entlarvt wurden. Sie befaßten sich vor allem mit dem Schmuggel von militärpflichtigen jungen Leuten aus Polen.

Myslowitz. Den Arbeitskameraden erschlagen. In der Schlafbaracke der Myslowitz-Grube kam es zu einer wüsten Schlägerei. Ein Holzhäuer wurde von einem Kollegen mit der Axt so heftig auf den Kopf geschlagen, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

? Du bist nicht in der Genossenschaft ?

Aus der Umgebung

Schottwitz. Sitzung der Gemeindevertreter. In der Vertretersitzung vom 18. Februar wurde bei Beginn von dem Gemeindevorsteher zur Kenntnis gebracht, daß die Vertreter Reinhold Münchenberger, Rudolf Schröer und Paul Leipelt ihr Mandat infolge ihrer Wahl zum Gemeindevorstand niedergelegt haben. An ihre Stelle wurden nun die Genossen Karl Nazareht, Alfred Röder und Josef Quabus als Gemeindevertreter eingeführt und verpflichtet. Dann gab Genosse Münchenberger einen kurzen Bericht, der in dem Appell an alle Vertreter, tatkräftige und produktive Arbeit zu leisten zum Wohle der gesamten Einwohner der Gemeinde ausklang. Durch die Auflösung des Amtsbezirks Carlowitz und die Neubildung des Amtsbezirks Schottwitz, dem die Gemeinden Schottwitz, Pohlanowitz und Protsch-Weide angehören, ist auch die Neuwahl des Amtsausschusses Schottwitz notwendig geworden. Es wurden nun die Herren Harlfinger und Wolf, sowie Genosse Illmann in diesen Ausschuß einstimmig gewählt, dem auch die Mitglieder des hiesigen Gemeindevorstandes angehören. Von den vier für den Ausbau der Straße Schottwitz—Pohlanowitz eingegangenen Kostenanschlägen wurde folgenden Firmen der Auftrag erteilt: den Ausbau der Straße dem Steinsetzmeister Karl Marsch-Breslau, die Lieferung des gesamten Steinmaterials den Vereinigten Schlesischen Granitwerken; Zementröhren der Firma Gebr. Huber-Breslau und die Anfuhr des Steinmaterials dem Fuhrwerksbesitzer Ochschim-Rothsürben. Genosse Leipelt beantragt hierzu, daß in dem Vertrag festgesetzt wird, bei Beginn der Arbeiten die hiesigen Wohlfahrtserwerbslosen sofort zu beschäftigen. Bei „Verschiedenem" gab Genosse Schröer der Versammlung einige Hinweise für die hiesige Schule.

Groß-Schottgau. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevertretersitzung vom 17. Februar wurden in den Schulvorstand die Herren Weinhold (Dnat.) und Zopsch (Ztr.) sowie die Genossen Praus und Scheunert, in den Fürsorgeausschuß die Genossen Scheunert und Praus sowie der Deutschnationale Weinhold; in die Wohnungskommission die Genossen R. Schober und Becker sowie der Deutschnationale Stowronnek gewählt. Zum Schiedsmann wurde Weinhold, als sein Stellvertreter Zopsch bestimmt. Dann gab der Gemeindevertreter bekannt, daß Groß-Schottgau zurzeit keinen Nachtwächter habe und in der Gemeinde keine geeignete Persönlichkeit — gezahlt wird 1,50 Mark pro Nacht — zu finden sei. Er wurde beauftragt, sich mit dem Rittergutsbesitzer von Rothkirch in Verbindung zu setzen, ob nicht unter dessen Arbeitern eine geeignete Persönlichkeit, d. h. ein so schlecht entlohnter Mann zu finden sei, daß ihm die 1,50 Mark veranlassen könne, seine Nachtruhe zu opfern. Weiter wurde bekannt gegeben, daß — siehe Antwort des Innenministers auf die Kleine Anfrage des Genossen Kleinert im Preußischen Landtag — Rothkirchs Steuererlaß auf die Gemeindesteuern keine Anwendung finde, er aber die rückständigen Steuern noch zahlen muß. Genosse Strauß stellte anschließend die Frage, warum die Gemeinde nicht auf dem Landgemeindetag vertreten war. Es wurde erwidert, hierzu sei ein Vertreterbeschluß notwendig, zugleich aber zugesagt, daß die Gemeindevertretung künftighin rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werde.

Lanisch. Aus der Gemeinde. In unserer Gemeindevertretersitzung wurde eingangs bekannt gegeben, daß Genosse Bolause die Geschäfte als Gemeindevorsteher übernommen hat. In den Schulvorstand wurde Genosse Barnrich, in den Fürsorgeausschuß die Genossen Alfred Schreiber und H. Ernst gewählt. Dann wurde beantragt und beschlossen, dem Korbmacher D. die Unterstützung zu entziehen, da er bei dem Meister Jäkel in Arbeit stehe. Gegen Jäkel soll in diesem Zusammenhang ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet werden. Ein Antrag des Genossen Hanske, den seit Juni Ausgesteuerten eine einmalige Beihilfe zu gewähren, wurde dem Fürsorgeausschuß überwiesen. Schließlich wurde beschlossen, den Gutsbesitzer Wiezorek aufzufordern, Verkehrszeichen aufzustellen und die abhängende Böschung an der Straße zu sichern.

Wirrwitz. Gemeindevertretersitzung. In der Gemeindevertretersitzung am 17. Februar wurden zuerst zwei Mitglieder in die Schulverbände und zwar in den evangelischen Güterdirektor Kunze, in den katholischen Kantor und Amtsvorsteher Paul gewählt. Nach dieser anstrengenden Arbeit unterhielten sich die Herren Bürgerlichen, wie schwer ein Elefant sei und wie die Pferde bei einem fahrenden Zirkus in den Saal gebracht werden. Hierauf ging es zu Punkt zwei der Tagesordnung: Wahl eines Mitgliedes in den Fürsorgeausschuß. Bei der letzten Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, den Fürsorgeausschuß mit vier Bürgerlichen und vier Arbeitervertretern zu besetzen. In der Zwischenzeit hat man aber gemerkt, daß noch ein Nazi in den Fürsorgeausschuß fehlt. Und so wählten sie statt einen Arbeiter eben den fehlenden Nazi. Diese Wahl wurde jedoch von der Arbeitervertretung angefordert, bei der nächsten Sitzung muß nochmals gewählt werden. Zuletzt wurden von dem Amtsvorsteher der wiedergewählte Gemeindevorsteher Kurt Jürgler und Schöffe Gasthausbesitzer Emil Klippel, sowie der neugewählte Schöffe Genosse Hermann Rebohl in ihr Amt vereidigt.

Koberwitz. Verkehrsunfall. Das Transportauto des Fleischermeisters Heinze aus Klettendorf kam bei einer Ueberlandfahrt ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Heinze blieb mit einem Beinbruch auf der Straße liegen, während ein Geselle schwere Schnittwunden am ganzen Körper erlitt. Die beiden Verletzten mußten nach Breslau überführt werden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59060, 59061
Geöffnet von 8—17 und 16—19 Uhr

Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land ((Nord-Ost). Mitgliederversammlung Sonntag, den 23 Februar, 15 Uhr, bei Michler in Klarenkranst. Redner: Genosse August Klose-Groß-Mochbern.

Weidenhof. Freitag 19 Uhr bei Fabian Mitgliederversammlung. Redner Genosse Faulhaber-Breslau.

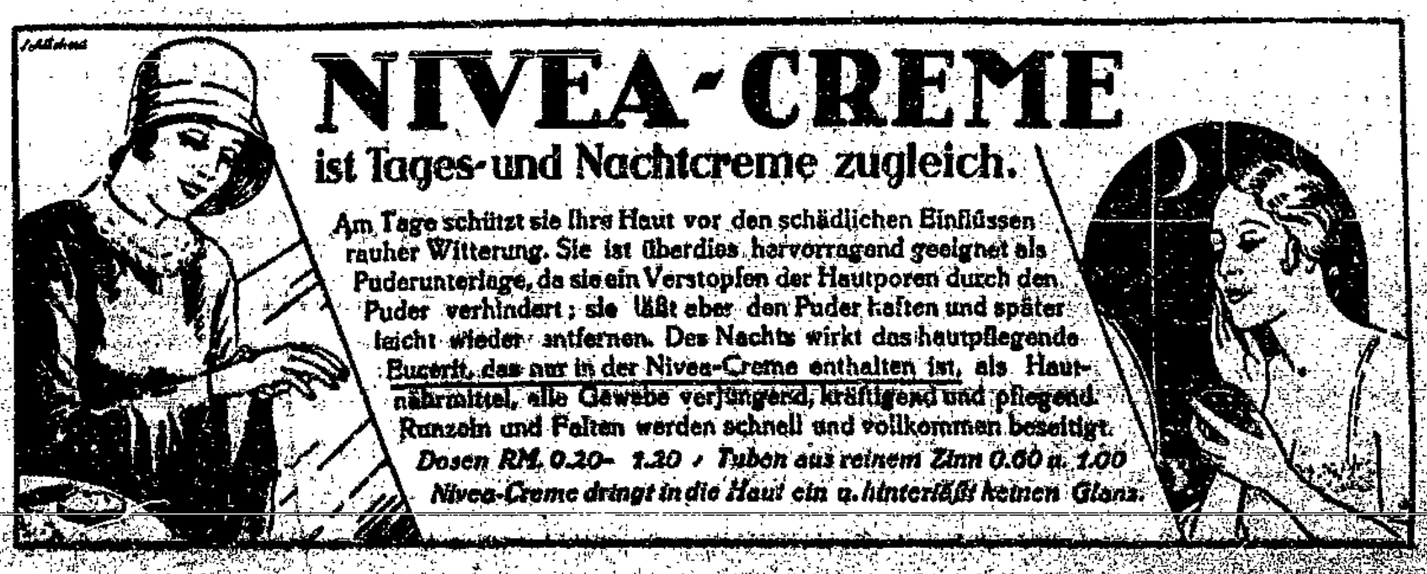
Sacrau. Sonnabend, den 22. Februar, 20 Uhr, bei Maiwald: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Herbert Löbe.

Strachwitz. Sonnabend, den 22. Februar, 20 Uhr, bei Batscht: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Zindel. Sonntag, den 23. Februar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Rednerin: Landtagsabgeordnete Genossin Kuhnert.

Klettendorf. Montag, den 24. Februar, 19½ Uhr, findet in der Turnhalle in Klettendorf der zweite Bildungsvortrag statt. Als Redner erscheint wiederum der Genosse Döring. Die Genossen der Umgegend müssen ebenfalls daran teilnehmen.

...und bis zum 10. Jahre
dürfen Sie als besorgte Mutter für die zarte, empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde, reine
NIVEA KINDERSEIFE
verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt, mit ihrem seidenweichen Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautatmung.
Preis 70 Pfg.


NIVEA-CREME
ist Tages- und Nachtcreme zugleich.
Am Tage schützt sie Ihre Haut vor den schädlichen Einflüssen rauher Witterung. Sie ist überdies hervorragend geeignet als Puderunterlage, da sie ein Verstopfen der Hautporen durch den Puder verhindert; sie läßt aber den Puder haften und später leicht wieder entfernen. Des Nachts wirkt das hautpflegende Eucerit, das nur in der Nivea-Creme enthalten ist, als Hautnährmittel, alle Gewebe verjüngend, kräftigend und pflegend. Runzeln und Falten werden schnell und vollkommen beseitigt.
Dosen RM. 0.20- 1.20 · Tuben aus reinem Zinn 0.60 u. 1.00
Nivea-Creme dringt in die Haut ein u. hinterläßt keinen Glanz.

Aus der Geschichte der Frauenbewegung

Ein Reclam-Bändchen

Im allbekannten Reclam-Verlag erschien ein neues Bändchen, betitelt „Die Frauenbewegung". Ein geschichtlicher Ueberblick, von Frau Dr. Reicke. Das kleine Buch ist brauchbar auch für nachdenkliche Proletarierinnen. Denn es gibt ihnen manchen Ueberblick über die Bestrebungen der modernen Frau, aber es hellt ihnen auch unbedingt den Unterschied der bürgerlichen Frauenbewegung zur sozialistischen auf. Wir dürfen uns hier wohl erlauben, einlangeres Zitat dem Eingang des Büchleins zu entnehmen, und schon rollt sich das wesentlich andere der sozialistischen Bewegung der Frauen im Vergleich zur bürgerlichen Bewegung auf. Wir werden hören:

„Das materialistische Zeitalter, das mit der Erfindung der Dampfmaschine und der Entdeckung der elektrischen Kraft hereinbrach, ersetzte Menschenarbeit durch Maschinenleistung, führte einen früher unvorstellbaren Industrialismus und mit ihm den Kapitalismus herauf und züchtete in den Handlangern der Maschinen einen neuen Menschenstand, eine neue Klasse heran: den Proletarier. Indem dies Zeitalter aber Menschenarbeit durch Maschinenarbeit ersetzte, machte es auch da Kräfte überflüssig, wo sie seit Jahrhunderten unentbehrlich waren: im Haushalt. Hauswirtschaftliche Arbeit wurde nicht mehr als Berufsleistung gewertet, wurde als müßiger Zeitvertreib sogar mißachtet, da ja die Maschinen so viel schneller und genauer webten, strickten, spannen, stickten usw. Wer heut gedankenlos den Hahn der Warmwasserleitung oder den Schalter des elektrischen Lichts aufdreht, der mag einmal bedenken, wieviel Frauenkraft früher darauf ging, Holz zu hacken, Wasser zu pumpen, im Eimer heraufzutragen, den Herd zu heizen und das Wasser im Kessel zu erwärmen und das Wasser in einem dritten Gefäß ins Schlafzimmer zu tragen — oder wieviel Frauenarbeit Petroleumeinkauf, Lampenfüllen, Lampenputzen, Feuerschlagen, Lampenschneuzen usw. täglich erforderte. Von der Nähmaschine, der Kleidertonfektion, der Wäschekonfektion, die erst so alt ist wie unser Jahrhundert, gar nicht zu reden. Da also, wie schon diese kleinen Beispiele deutlich machen, die fortschreitende Technik der Frau die Arbeit und damit vielfach den Erwerb aus den Händen fortnahm, wurde sie, aus dem Hause gedrängt, auf andere, auf männliche Berufe angewiesen — und fand sie versperrt, und sie, als sie Zutritt begehrte, nun erst recht verriegelt und verbarriladiert von den Männern, welche sich zu ihrer eigenen auf keinen Fall noch die unliebsame Konkurrenz des anderen Geschlechts zuziehen wollten." ...

Die Frauen fanden die außerhäuslichen Berufe, die Erwerbsberufe, für sich „versperrt". Sie fanden sie „verriegelt und verbarriladiert von den Männern," „die sich auf keinen Fall die unliebsame Konkurrenz des anderen Geschlechts zuziehen wollten?" Wenn das hier Geschriebene auch auf die proletarischen Berufe gemünzt sein soll, wäre das so schief wie möglich!

Für die „studierten", die sogenannten bürgerlichen Berufe treffen Frau Reickes Worte zu. Hier mußte ein Beruf nach dem andern für die Frauen durch Kampf erschlossen werden. Durch Bitten und Petitionen die Zulassung zum Studium usw. Bis daß die Revolution mit einem Federstrich alle gesetzlichen Schranken für die Gleichberechtigung der Frauen auch in den bürgerlichen Berufen beseitigte.

Aber in den Niederungen der Arbeit, da war Gewerbefreiheit schon lang — und „voll und ganz", da war's nicht „versperrt", nicht „verriegelt und verbarriladiert" für die Frauen.

War doch das gute Mittelalter schon mal so liberal, den Frauen derart die gewerblichen Berufe zu öffnen, daß ganze Zünfte weiblich waren. Es hielt nicht lange an, aber dann kam die Hausindustrie, die Heimarbeit. Sie aber heißt für jeden, der Bescheid weiß, Frauen- und Kinderarbeit.

Und die jetzigen Handwerke? Eine ihrer Organisationen, der Volksverband, ermittelte 1913 im deutschen Handwerk 19000 weibliche Lehrlinge, 6000 weibliche Gesellen und 2000 Meisterinnen.

Die große Industrie aber, sie öffnet ihre Pforten den Frauen sperrangelweit, so daß nach der Richtung ihnen noch weniger „versperrt", noch weniger „verriegelt und verbarriladiert" wird.

Die Frauenarbeit stellt in einigen der größten Gewerbe — Textilgewerbe, Bekleidungsgewerbe — bereits die Mehrheit der Erwerbstätigen. Im Dienerberuf, als Hausgehilfin, hat die Frau fast völlig den männlichen Diener verdrängt. Die amtliche Berufszählung von 1925 zählte 1 320 000 Hausangestellte. Schon im Krisenjahr 1902 entließ man soviel Männer, daß nach der Statistik der deutschen Arbeitsnachweise auf 100 offene Stellen monatsweise 161 bis 348 Arbeitsangebote von männlichen Arbeitern gekommen sind. Die Frauen aber behielt man so zahlreich, daß in manchen Monaten ein Unterangebot von weiblichen Arbeitskräften vorhanden war.

Wie so etwas kommt, das erklärte damals der badische Fabrikinspektor Wörishoffer. Er betonte, daß viele Unternehmer annehmen, daß ihnen bei den weiblichen Arbeitskräften mehr Gewinnmöglichkeiten bleiben, weil die Arbeiterinnen im allgemeinen ungefähr um den halben Männerlohn arbeiteten. Sie sind deshalb in einem Maße verzogen worden, daß bei den Männern infolge der Arbeitslosigkeit die Kriminalität stieg, bei den Frauen aber die Erkrankungsziffer.

Die Industrie ließ von ihrer Jugend an in dieser Art den proletarischen Frauen heiß die Sonne scheinen. An den Maschinen der englischen Textilindustrie finden wir gleich zu Anfang Frauen, und wir finden sie auch tief unten im Dunkel der Erde, in den Bergwerken. Und nicht nur die Frauen, sondern auch ihre Kinder. Während die Mütter an den Webstuhl gefesselt waren oder an Grubenkarren, standen ihre Kinder, die sie weder pflegen noch erziehen konnten, auch an den Maschinen. Die englischen Fabrikherren behaupteten, daß sie für gewisse Arbeiten die feinen Kinderhändchen nicht entbehren könnten. Karl Marx behauptete diesem Jammer gegenüber mit Recht und mit grimmigem Humor, daß die Fabriken mit den Händen, die sie brauchen, unbekümmert das ganze Wesen verbrauchten, gleichwie man Hornvieh schlachtete, um den Talg und die Haut zu gebrauchen. Nebenbei bemerkt: die Fabrikanten stöhnten, als ihnen die Fabrikkinder durch Gesetze entzogen wurden, daß dies der Ruin der Fabriken sei. Unerhört waren die Arbeitszeiten, 16 und mehr Stunden. In den Fabrikanfängen in China, in den Fabriken von Schanghai 1900, trieb man es ähnlich mit den Frauen und Kindern; auch dort 12- bis 14-Stunden-Arbeitszeit.

Und in Deutschland war es durchaus nicht anders. Wiewohl Hausweberinnen sind wie in Indien und England auch in Schlesien chronisch verhungert! Alfons Thun berichtet in „Die Industrie am Niederrhein", wie sie die Menschen verkümmelte, Unfälle verursachte durch lange Frauen- und Kinderarbeit, die Menschen schon als Kinder verbrauchte. Bis in den 1820er Jahren der preußische General Horn auf den Tisch schlug, weil das Rheinland die riesige Anzahl Krüppel nicht mehr stellen konnte. Die ausgepowerten Frauen gebaren schwächliche Kinder, die dann die Fabrik ohne Erziehung ließ, deren Gesundheit aber oft [illegible]

In den Textilfabriken und ebenso in den Gewerbebetrieben mit Giften wie Blei, Phosphor, Quecksilber, Tabakstaub war das der Fall. Das eine oder das andere Gift tötete schon vor dem Eintritt in die Welt manches Kind im Mutterleib. So sah es in unseren Fabrikanfängen mit der „Verriegelung und Verbarrikadierung" vor den Frauen aus. Und so noch heute in allen jungen Fabrikländern, überall wo nicht eine Arbeiterbewegung durch ihren Einfluß im Staat und durch ihre Gewerkschaften eingreifen kann. Man hat die proletarische Frau zum Fortkarren schwerer Lasten herangezogen, im Bergwerk, unter Tage, in der Ziegelei und beim Bau.

Der klägliche Lohn der Frau aber drückte auch die Entlohnung der Männer. Das trieb die Frau erst recht wieder an — oft auch die Kinder schon — für die Erhaltung der Familie mitzuverdienen. Die Frau wie der Mann in der Fabrik, die Kinder ohne Aufsicht, die Mutter als müde Fabrikarbeiterin dann noch Mutter und Hausfrau. In Sachsen vor allem eilte mit der Häufung der Textilindustrie die lohndrückende Konkurrenz der billigen Frauenarbeit voraus. Ungehemmt tat der Kapitalismus das äußerste, alle Gewinnmöglichkeiten durch Anspannung der Frauen, auch als Mutter, auszunutzen. Die Kinder blieben dabei ohne die ausreichende Pflege und Erziehung durch die Eltern. Daher wurde Sachsen unter den Ländern im Reich das Land der größten Kindersterblichkeit. Aber auch im übrigen Deutschland gerieten auf die Dauer Hunderttausende von Müttern unter das Los der verheirateten Frauen in den Fabriken. Der Mann zum Hungerlohn gedrängt, der Mann krisenweise gänzlich aus der Arbeit herausgedrängt, zu Hause hockend, und nichts vorgesorgt für die Tage der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsunfähigkeit, der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität, des Alters.

Erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begannen Anfänge der gesetzlichen Einschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche und Arbeiterinnen, kämpfte ein Arbeiterschutz sich langsam durch. Vorangetrieben von der Sozialdemokratie.

Aber was erlebten wieder die zur Ueberwachung der Frauen- und Arbeiterschutzgesetze eingesetzten Fabrikinspektoren? Wenn sie Uebertretungen von Seiten der Fabrikanten zur Anzeige brachten, verhängten deutsche Gerichte nur zu oft Strafen von bloß wenigen Mark, hielten sich an der Grenze des Strafmaßes, so daß solche gerichtliche „Ahndungen" angesichts der erzielten Gewinnsummen geradezu ermunternd wirken konnten. Selbst dem Deutschen Reichstag von damals wurde dies zu arg. Nein, es liegt wirklich sehr viel anders für die proletarischen Frauen, als für die bürgerlichen.

Und die industrielle Lohnarbeit der Frauen in Hausindustrie, in Heimarbeit, die gewaltige Anwendung von Frauen- und Kinderarbeit in der Konfektion, z. B. in Herren-, Damen-, Kinderkleider, Wäsche, Unterröcke, Blusen, Trikots usw. Weit öffnete gerade diese Hausindustrie die Pforten für die des Ernährers beraubten Witwen, für die Frauen verhältnismäßig hochgelohnter Arbeiter und Beamten, für die Haustochter wie die Mutter, die gerade hier für jeden Preis, oft um ein Nadelgeld, arbeiteten und wohl noch arbeiten.

Die alten industriellen Heimgewerbe in den Mittelgebirgen, mit ihren „halben" Kräften, Müttern, die Heimarbeiterinnen in der Spielwarenindustrie, die Tabakarbeiterinnen, die im schädlichen Staub der Wohnungen sich ihre Krankheiten erwarben, die Steppterinnen, die im ewigen Maschinentreten an typischen Unterleibskrankheiten erkranken, die Stickerinnen und Blumenarbeiterinnen, die sich die Augen verderben und den Rücken krümmen, bei fast endloser Arbeit, die in der Schule vor Ermüdung von der Heimarbeit einschlafenden Kinder, auf die der Lehrer Konrad Agahd das Augenmerk zu lenken begann. Bis die Heimarbeitsausstellung in Berlin 1906 die Oeffentlichkeit derart aufzurütteln begann, daß ein Heimarbeitsgesetz von 1911 eingriff. Ein Heimarbeitslohngesetz ist 1923 gefolgt, ein weitergehendes wird verlangt. Die Erfahrung geht dahin, daß die Frau auch in aller industriellen Heimarbeit nirgends den Zugang versperrt fand, im Gegenteil! Und weiter: daß nur da, wo starke Gewerkschaftsorganisationen dieser Bevölkerung zur Seite standen, die Umgehung auch der Heimarbeiterschutzbestimmungen verhindert wurde. Den Gewerkschaften aber brachte erst die Revolutionsgesetzgebung das, was sie als erstes notwendig haben: ein wirklich freies Koalitionsrecht. Wo die Arbeiterinnen, auch ihre lange unorganisierbar erscheinenden unteren Schichten, beigetreten sind, haben sie auch höhere Löhne errungen.

So sehen wir, daß im Proletarierleben von Grund aus alles anders liegt, als im Leben der bürgerlichen Frau. Die Proletarierinnen hatten nicht darüber zu klagen, daß Dampf und fortschreitende Technik ihnen den Zugang versperrten zu den Berufen der Arbeitsmänner. Die Proletarierin hat immer arbeiten müssen wie nur je ein Mann. Manche Industrie hatte fast bessere Verwendung für sie als für ihn. Der wirtschaftlichen Bedeutung der Frau, die vor allem in ihrer immer zahlreicheren Einspannung in die gewerblichen Berufe lag, haben sich die bevorrechtigten bürgerlichen Schichten durchaus nicht verschlossen. Sie setzten darin sogar die elementarsten Rücksichten auf das weibliche Geschlecht, ja auf die von ihm getragenen neuen Generationen hintan.

Das liegt daran, daß es hier um den alleinseligmachenden Gesichtspunkt des kapitalistischen Gewinnstrebens, um die Gestaltung der Arbeit lediglich zur Profiterzeugung handelt: Das liegt im kapitalistischen System begründet.

Deshalb ist denn auch die politische Arbeiterbewegung, auch die Bewegung der Arbeiterinnen, von anderem Charakter, auf andere Ziele gerichtet, als die bürgerliche Frauenbewegung. Und deshalb geht es bei uns auch ganz anders als bei jenen. Es geht uns nicht um den weiblichen Arzt, Richter, Rechtsanwalt, Lehrer, Vikar usw. nur. Es geht uns im Unterschied von diesem und ähnlichem im Endziel ums Ganze der Gesellschaft, um den Sozialismus an Stelle der bürgerlichen Gesellschaft.

Wilhelmine Kähler.

Die Chronik eines Frauenlebens

Zu Artur Schnitzlers Roman „Therese".

Artur Schnitzler, der Arzt und Seelenkündiger, hat in diesem Buche ein Werk geschaffen, das zu ernstestem Nachdenken zwingt. Denn in Therese, der Heldin, ist, abgesehen von dem gewaltsamtragischen Ende — der Typus einer Klasse vor arbeitenden Frauen: der Intelligenzproletarierin, mit starken und zugleich feinen Strichen gezeichnet.

In schlicht erzählender Form, so recht als Chronist, malt Schnitzler die Stationen, Wege und — Abwege dieses Frauenwesens nach. Es ist ein Alltagsgeschick in Freud und Leid, in Erleben und Erdulden, das Therese zugemessen bekommt. Als Tochter eines Obersten, der geisteskrank wird, ehe sie ihre Schulbildung abgeschlossen hat, und einer psychopathisch-wunderlichen Mutter, die es zu einer Größe der „Fünf-Kreuzer-Literatur" bringt, wächst Therese heran. Als Siebzehnjährige unfroh der häuslichen Dürftigkeit, der Mutter fremd geworden, satt an einer Liebelei, geht sie kurz entschlossen nach Wien, sich als Erzieherin ihr Brot zu verdienen. Sie tut es gewissenhaft und pflichterfüllt, doch ohne innere Anteilnahme. Ueberall fühlt sie sich unbefriedigt. Und das nimmt kein Wunder, denn was sie da von Zöglingen, Eltern und Gästen der Häuser, in denen sie arbeitet, erfährt, ist wenig danach angetan, das ohnehin schwach glimmende Fünkchen von Idealismus in ihr mehr anzufachen. Es ist ein mühsames Arbeiten, ein klägliches Schinden ums tägliche Leben — Proletarierlos, mit einem Wort, wenn auch das „Fräulein" sich vielleicht als etwas anderes, besseres vorkommen mag.

Und gleich zu Anfang dieses Lebenspfades hat sie das große Malheur: sie bekommt ein Kind, von einem Menschen, der — halb Hanswurst, halb Hochstapler — sich an sie heranmacht, von dem sie nicht einmal weiß, ob der Name, den er ihr nennt, sein richtiger ist, und den sie eigentlich ebensowenig wahrhaft liebt, wie alle die anderen Männer, deren Geliebte sie im Laufe der Jahre wird. Denn das ist es, was Thereses Leben immer wieder erschwert: ihre sexuelle Haltlosigkeit. Und sie bleibt seelisch ganz unbeteiligt dabei, gehorcht rasch einem Impuls — und ist er vorüber, ist auch die Episode abgetan. Sie erlebt in jeder Liebe nur das Alleräußerlichste an Lust und Leid.

Die Tragik ihres Daseins ersprießt aus ihrer Mutterschaft. Sie hat das Kind nicht gewollt, hat versucht, es nicht kommen zu lassen — aber mit jener plötzlichen gleichgültigen Entschlußlosigkeit, die charakteristisch ist für sie, bringt sie es dann doch zur Welt: nur freilich, um in der Stunde seiner Geburt wieder den Versuch zu seiner Beseitigung zu machen. Und sie vollendet ihn nur deshalb nicht weil ihr schließlich doch die Kraft dazu fehlt. Aber in ihrem Unbewußtsein hat sie gemordet nicht einmal, sondern oft genug. Und daraus resultiert ein Schuldgefühl, das ihr ganzes Verhältnis zu dem Sohn, den sie bewußt liebt, der aber mißraten ist, wie sein Erzeuger, vergiftet. Zeitweilig, wenn sie sich Vorwürfe macht, daß sie sich zu wenig um das Kind kümmert, übertreibt sie in Güte und Hilfsbereitschaft, um dann wieder für lange Zeiten den Sohn nur als Last zu empfinden. Und je mehr er entgleist, desto größer wird ihr innerer Konflikt.

Einmal möchte ihr das Glück lachen: ein reicher Liebhaber will sie heiraten — und stirbt ein paar Wochen vor dem Hochzeitstag. Und hat auf das rettende Testament vergessen. Und so muß die alternde Therese wieder das bittere Brot der Privatlehrerin erwerben — und damit den Erpressungsversuchen des Sohnes, der zum vollendeten Tunichtgut geworden ist, dienen. Bis er endlich, aus dem Spital kommend und wegen einer neuen Uebeltat verfolgt, eine Summe Geldes von der Mutter fordert, und, da diese sie ihm versagt, sie einfach erwürgt.

Sterbend, mit der Hellsichtigkeit, die Todesnähe verleiht, klagt Therese sich selbst an: nicht der Sohn — sie ist die Schuldige! Sie hat sein Leben auslöschen wollen, als es aufflammte, nun zertritt er das ihre. Karma erfüllt sich.

Diesen Lebenslauf, der aus dem Alltagsbereich zu den Erschütterungen der großen Trogödie sich wendet, hat Schnitzler mit all seiner Meisterschaft des Stils und der Seelenanatomie gestaltet. Es ist ein ernstes Buch, ein großes und gehaltvolles, herausgegriffen von Dichterhand „aus dem vollen Menschenleben ..."

Hedda Wagner.

Haut und Hautpflege

Die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Hautpflege erfaßt in unserem Zeitalter des Sports und der Körperkultur immer weitere Kreise. Trotz allem wird immer noch zu wenig Hautpflege getrieben, denn die menschliche Haut als der Teil des Körpers, der am innigsten mit der größten Oberfläche mit der Außenwelt in Berührung kommt, besitzt eine biologische Bedeutung, deren Tragweite noch gar nicht abzuschätzen ist. Je größer die Masse eines Organs ist, als desto bedeutsamer müssen wir seine Funktionen für den Gesamtorganismus ansehen. So ist zum Beispiel die Leber, die größte Drüse unseres Körpers und zugleich unsere wichtigste Entgiftungsdrüse, ein mäßiges Organ von über drei Pfund Gewicht.

Noch erstaunlicher jedoch sind die Zahlen, die uns in dieser Hinsicht die Haut des Menschen liefert. Sie macht beim erwachsenen Menschen etwa 13 Prozent des Gesamtgewichtes des Körpers aus, während die Leber nur 0,3 Prozent des Gesamtgewichtes einnimmt. Die Haut eines erwachsenen Menschen von 75 Kilogramm wiegt nicht weniger als 10 Kilogramm. Die Haut hat mannigfache lebenswichtige Funktionen zu erfüllen; an ihr reguliert sich der Wärmehaushalt des Körpers; sie dient als Ausscheidungsorgan für zahlreiche Stoffe, deren Verbleiben im Körper höchst schädlich wirken würde, und schließlich arbeitet sie, um nur noch eine Aufgabe zu nennen, als Aufnahmeorgan für die zahlreichen unsichtbaren Strahlungen, die auf uns einwirken. Schon allein das Gefühl der Frische, das jeden nach einem Bade überkommt, sollte uns die Bedeutung der Haut für den ungestörten Ablauf der Funktionen unseres Organismus klar machen. Hautpflege ist nicht nur ein Erfordernis der elementarsten Reinlichkeit, sondern wirkt sich auch auf die tieferen Organe aus. Eine systematische Hautpflege ist in der Tat imstande, Krankheiten zu verhüten, die sonst durch Zurückhaltung gewisser schädlicher Stoffe im Körper entstehen können.

Curt Biging.

Verschnupft

Ein Schnupfen, so belanglos er auch meistens verläuft, bedeutet für viele Menschen eine Katastrophe. Das bekannte „Brett vor dem Kopf", der dumpfe Druck, Atembeschwerden und trockener Mund während des Schlafs, angegriffene Augen und nicht zuletzt die Unannehmlichkeit, daß man seine Umgebung infiziert, machen für die meisten Menschen einen Schnupfen höchst peinlich.

Es braucht nicht in jedem Falle so schlimm zu kommen. Man kann einem herannahenden Schnupfen energisch zu Leibe rücken durch Jodoformwatte, Salzwasserspülungen, Dampfbäder, Sonnenbad und viel Luftwechsel. Aber in den meisten Fällen ist die Infektion doch nicht mehr ganz zurückzudämmen, und es kommt zu einem ausgiebigen Gebrauch des Taschentuchvorrats.

Bei Licht betrachtet, ist das Taschentuch aber geradezu der denkbar ungeeignetste Gegenstand zur Bekämpfung eines Schnupfens. Im Taschentuch fängt man die Bazillen auf und steckt sich selbst und andere immer wieder damit an, während man das Tuch zu neuem Gebrauch auseinander faltet. Selbst wenn man jede Stunde ein frisches Tuch nähme, würde die Taschentuchsitte immer noch unhygienisch und unästhetisch bleiben.

In China benutzt man Seidenpapier zum Nasenputzen. Das Papier wird nur einmal gebraucht und dann fortgeworfen. Auch das ist noch keine ideale Lösung der Frage. Denn die umhergeworfenen Schnupfenpapiere verseuchen die Straße. Aber wir können den Weg weiter gehen und das benutzte Schnupfenpapier verbrennen. Es braucht ja nicht jedes Papier immer sofort nach dem Gebrauch verbrannt zu werden. Man sammelt die Papiere etwa über Tag in einer Tüte und verbrennt das Ganze abends. Statt Seidenpapier ist die billige Zellstoffwatte empfehlenswert; sie ist aufsaugefähiger, aseptischer und weicher. Für Spaziergänge kommt in die eine Tasche eine Tüte mit frischen Zellstoffwattestückchen, in die andere die Tüte, um die gebrauchten aufzunehmen. Man spart auf diese Art der Hausfrau nicht nur einen Haufen unappetitlicher Wäsche, sondern auch die Sorge um weitere Schnupfenfälle in der Familie, denn die Ansteckungsgefahr ist auf diese Weise natürlich weit geringer. Auch das häufige und schmerzhafte Wundwerden der Schnupfennase wird beim Gebrauch der weichen, keimfreien Zellstoffwatte vermieden.

Anni Weber.